

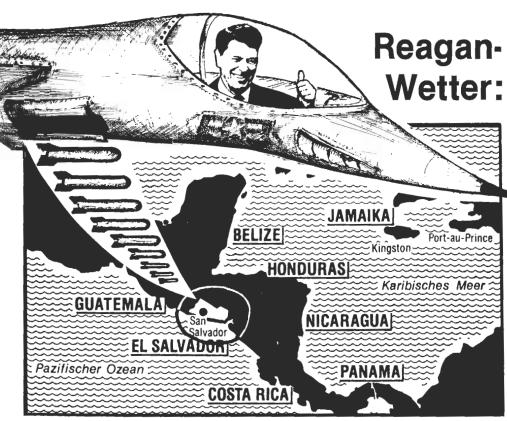
# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 89

8. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Januar 1981

Solidaritätspreis DM 3,-



# weiter Niederschlag zu erwarten

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

**EL SALVADOR:** Der Aufstand — **BRD:** Sozialdemokraten und Waffenexport — **BRASILIEN:** Neue Wirtschaftspolitik — **GRENADA:** Revolution in der Karibik in Gefahr — **KOLUMBIEN:** Bauernvertreibung — **GUATEMALA:** Interview mit Indianervertretern

## INHALTSVERZEICHNIS

	. J
ZU DIESEM HEFT	. 4
I. BERICHTE	
EL SALVADOR: Zur Lage in El Salvador  Ein persönlicher Bericht  Ein Penglo Kapal	. 8
- Landando Begegning im Beaute-Naliai	10
BRD: Eine deutsch-deutsche Beggring im Zeiten St. Tagung: big brother is watching you	24
CHILE: Hochschule als Hort geistigen Stumpfsinns Pinochets Kabinettsumbildung	27
a la demenda ()konomon	
BRASILIEN: Delfim kippt uni Der Riese wankt	33
ballor Commer für Beläunge	-
ECUADOR: Haumung des Geweinschlaftegester HAITI: Dinosaurier schlagen zu	44
CLIAVANIA: Erneliter Wanibetrug	
II HINTERGRUND	. 52
II HINTERGROND	. 52
»Ein Volk, ein Schrei: Uruguay!«  ARGENTINIEN: Campora ein Verlust für das argentinische Exil  KOLUMBIEN: Vertreibung der Bauern von EL Pato  Vertreibung der Bauern der CUC	. 56
KOLUMBIEN: Vertreibung der Badein von ELT die GUATEMALA: Interview mit Vertretern der CUC	. 68
- GUATEMALA: Interview filit vertileter doi: 000	. 75
RUSSEL-TRIBUNAL 80 » und lebendiger als sie alle	7
» uliu lebellaigei sie eie eie	

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN Jahrgang 9 der CHILE-NACHRICHTEN erscheint monatlich (mindestens 11 mal im Jahr) Redaktion: Redaktionskollektiv V.i.S.d.P.: Gisela Sommer Redaktionsschluß dieser Nummer: 15.1.1981 Abo-Preis: DM 35,-

Zahlung nach Erhalt der Rechnung Spendenkonto des Chile-Komitees--»Hilfe für Chile« PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108 Bankleitzahl 10010010

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL Savignyplatz 5 1000 Berlin 12 Tel.: 030/3135065 Vertrieb für Buchhandlungen, Bibliotheken und Institutionen im Bundesgebiet über: con Medien- und Vertriebsgesellschaft, Postfach 106545,

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist mit Quellenhinweis gestattet. Belegexemplare erbeten.

Osterstr. 36, 2800 Bremen

## **ZU DIESEM HEFT**

Hans Apel, sozialdemokratischer Verteidigungsminister, warnte dieser Tage vor gefährlichen, pazifistischen Strömungen in der Bundesrepublik. Hans Apel irrt, es gibt diese pazifistischen Strömungen nicht ; was sich ereignet hat, ist eine andere Sache: die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hat ihre Friedenspolitik zugunsten eines neuen Militarismus aufgegeben. Die Durchsetzung des Nachrüstungsbeschlusses , ohne daß die ursprünglich verkündeten Voraussetzungen (SALT II - Ratifizierung) in Sicht sind, ist wohl nicht mehr zu verhindern; die öffentlichen Gelöbnisse, die Kaltschnäuzigkeit, mit der Waffenexport betrieben wird - das spricht nicht für wachsende pazifistische Gesinnung, sondern für eine kräftige Positionsverschiebung der sozialdemokratisch geführten Regierung.

Waffenexporte und Sozialdemokratie sind zwei Schwerpunktthemen dieses Heftes. Westdeutsche Waffen auf Seiten der rechtsradikalen Militärjunta in El Salvador, der salvadoranische Partner der SPD Sprecher der politischen Opposition, die sich im Kampf mit eben jenen Waffenträgern befindet. Der wichtigste Partner in der NATO, die USA, ist zur Intervention - auch zur direkten militärischen- in El Salvador , bereit. Eine Politik voller Widersprüche. Aber diese Widersprüche werden nicht von den Pazifisten produziert, sondern zeugen ein weiteres Mal von der doppelbödigen Moral der Sozialdemokraten in der Bundesrepublik. Unisono erfolgt ein Aufschrei, wenn das Chile Pinochets U-Boote erhalten soll. Vor Jahren, als Argentiniens Militärjunta Waffen aus der Bundesrepublik bekam und die Junta dadurch auch politisch aufgewertet wurde, gab es keine Proteste.

Schwerpunkt dieser Nummer ist wieder El Salvador. Das liegt nicht an uns : den Dauerbrenner El Salvador liefern diejenigen, die längst in der Versenkung hätten verschwunden sein müssen, die Oligarchie dieses Landes in Größe von Hessen und Ihre mächtigen Verbündeten, wie z.B. der neue US-Präsident Reagan.

Zum Thema El Salvador können wir die tägliche Berichterstattung heute noch weniger als jemals ersetzen : die Ereignisse haben sich in den letzten Tagen durch die Offensive der Befreiungsstreitkräfte FMLN dramatisch verschärft, der Sieg der Befreiungsfront ist zum Greifen nahe. Morgen kann die Situation schon wieder anders sein. Wir verzichten deswegen in diesem Heft darauf, über die Tagesberichterstattung hinaus Informationen zur Einschätzung der Situation zu geben. Der Aufruf zur Spendenaktion der TAZ hat inzwischen über 700 000 DM erbracht. Das ist viel, wenig ist es aber gegenüber den Millionen, die die Militärjunta direkt oder indirekt von ihren Komplizen erhält.

Ein Mitglied der Redaktion war vor Kurzem in El Salvador. Er versucht die Alltäglichkeit zu schildern. Den Betroffenen sind die geopolitischen Überlegungen der NATO egal. Sie wollen endlich in Freiheit leben.

> Spendet für das Überleben und den Sieg eines Volkes! Postscheckkonto Berlin/West Freunde der alternativen 288 59-107 Bankleitzahl 100 100 10

Tageszeitung e.V. 1000 Berlin-65; Sonderkonto

# **EL SALVADOR**

# Zur Lage in El Salvador

Am Samstag, d.12.1.81 hat die angekündugte Endoffensive der FMLN (Frente Farabundo Marti de la Liberacion Nacional), dem Zusammensehluß aller Guerillaorganisationen, gegen die ehristdemokratische/Militärelique begonnen.

Obwohl Zeitungen und audere Medien seitdem ein Vielfaches von dem an Material liefern, als sonst üblich, obwohl die Zahl unserer Telefongespräche stark zugenommen hat, bleibt die Lage in El Salvador bis heute unübersichtlich. Wann der Krieg in El Salvador entschieden sein wird, ist dabei noch weniger klar

als das wie. Wir wollen versuchen, einige Indizien zusammenzutragen, die bei der Einschätzung der Lage hiffreich sein können. Wir werden versuchen, Faktoren zu nennen, die die Entwicklung in jüngster Zeit, bis hin zum Volksausstand, wesentlich beeinflußt haben.

### "Politisch ist der Krieg gegen die Junta schon gewonnen."

Auffällig in Gesprächen Salvadorianern ist immer wieder ihre feste Überzeugung: politisch ist der Krieg gegen die herrschende Klasse in El Salvador schon gewonnen.

Tatsächlich gibt es für die übergroße Mehrheit des Volkes in El Salvador seit dem Scheitern der ersten Junta (Jahreswechsel 79/80) - die noch üher einige Sympatien im Volk verfügte - im Moment weder eine denkbare, noch wünschbare Alternative zur FDR (Frente Democratico Revolutionario), die sich im Januar 80 gebildet hatte. Die Gründe dafür sind klar: List die Politik jeglicher Regierungen der letzten 50 Jahre nie im Interesse der Bevölkerung gewesen und gescheitert, 2. sind in der FDR alle bestehenden Parteien, einschließlich die Mehrheit der Christdemokratie, die großen Volksorganisationen, sämtliche gewerkschaftlichen Vereinigungen, zeitweise auch fortschrittliche Unternehmergruppen, sowie die gesamte unversitäre und außerunivesitäre Intelligenz zusammengeschlossen.

Andererseits wurde aber auch auf Juntaseite nie wieder der ernsthafte Versuch gemacht, ihre Politik durch ein politisches Programm zu untermauern. Das platte Herunnreiten auf der "Agrarreform" konnte dies bei den praktischen Erfahrungen der Landbevölkerung mit dieser "Reform" ebensowenig ersetzen, wie die ständigen Versuche der Regierung, sich als demokratische Gralshüter zwischen den Terroristen von rechts und links darzustellen.

Schon nach dem Massaker vom 22.1.80, spätestens jedoch seit der Ermordung Romeros und dem Gemetzel am Tage seiner Beerdigung gibt in El Salvador das Volk keinen Colon mehr auf den Willen und die Fähigkeiten der Junta, ein menschenwürdiges Leben aufbauen zu helfen, wie es der Vorsatz der nach dem Putsch vom 15.10,79 gebildeten 1. Junta gewesen war.

Das klare Bewußtsein von der Notwendigkeit, sich in der Oppostion zu sammeln, rührt auch her von der traditionell starken gewerkschaftlichen Organisierung, die nach der Repression unter der Diktatur der 30ger Jahre in den politischen Auseinandersetzungen der siebziger Jahre, zusammen mit dem Anwachsen der Volksorganisationen, erneut stark zugenommen hatte.

### Militärische Entwicklung der Opposition

In dem Maße, wie sich Bevölkerung von der Junta ab, und der FDR bzw. den Guerillaorganisationen zuwandte, richtete sich der Terror der herrschenden Junta verstärkt gegen die Landbevölkerung, die Basis der größten Guerillorganisationen FPL und ERP. Als sich die Guerilla ein gemeinsames Oberkommando schuf (April 80), war die Repression so groß geworden, daß die Mehrheit der Landbevölkerung den Aufstand zu diesem Zeitpunkt wollte. Der Aufstand war für sie zur Überlebensnotwendigkeit geworden, weil die Terrorbanden des ORDEN und der Guardia Nacional (GN) die Arbeit auf dem Lande unmöglich zu machen versuchten, um der Guerilla ihre Basis zu entziehen. Die Landarbeit aber ist die Lebensgrundlage aller dort lebenden Familien. Sie hatten gelernt, daß ORDEN und GN nur militärisch vertrieben werden könnten.

Der zu fast 100% befolgte Generalstreik vom Ende Juni zeigte die große Widerstandsbereitschaft des Volkes. Aber der Aufstand konnte noch nicht beginnen. Die militärische Seite des Widerstands war in ihrer Vielfältigkeit, ihren politischen Differenzen, ihrer Bewaffnung und Logistik hierzu noch nicht in der Lage. Der Prozeß der Vereinigung der Guerillaorganisationen dauerte noch bis zum Oktober. Verschiedene Rückschläge führten dann dazu, daß der Zeitpunkt des allgemeinen Aufstandes auf das Jahresende 80 bzw.den Anfang 81 verscoben wurde. Nichtsdestoweniger war die Opposition bestrebt, die Mobilisierung der Bevölkerung auf dem hohen Stand des Frühsommers zu erhalten. Der Bevölkerung war bald klargeworden, daß es sich bei den häufigen Ankündigungen von unmittelbar bevorstehenden Entscheidungssehlachten mehr um Propagandaschlachten gegen die Junta handelte, als um den Zeitpunkt des Volksaufstandes. Nach dem zurückgezogenen Streikaufruf vom Juli 80 war wohl deutlich geworden, daß eben die militärische Stärke der Guerilla noch nich ausreichte. In diesem Bewußtsein versagte ein Teil des Volkes, diesmal überwiegend die Arbeiter in den größeren Städten, der Opposition bei ihrem erneuten Aufruf zum Generalstreik am 15./16.8.80 die Gefolgschaft. Es scheint, als wäre für diese Menschen damals das Risiko zu streiken - bei den vorangegangenen Drohungen der Junta und bei der offensichtlich zu ihrem Schutz noch nicht ausreichenden Stärke der Guerilla - größer gewesen als der Haß auf die Junta.

Es ist zu vermuten, daß der Ausgang des Streikshierbei besonders seine (Nicht)Wirkung auf die internationale Öffentlichkeit - der Vorbereitung des Aufstandes einen Rückschlag versetzt hat, obwohl er auf dem Sektor der militärischen Koordination durchaus Fortschritte gebracht haben soll.

### Differenzen in der Guerilla

Ebenso bedeutsam scheinen die Differenzen zwischen der FARN und der sich aus den anderen 3 Guerillaorganisationen bildenden FMLN (Okt.80) für die Entwicklung des Widerstandes gewesen zu ein

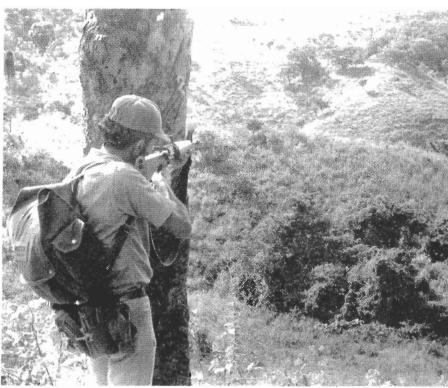
Es ist inzwischen erwiesen, daß die FARN unter Vermittlung des Panamesen Torrijos sowie einiger US-Vertreter Geheimverhandlungen mit dem als liberal geltenden Obersten Majano, Juntamitglied seit Okt. 79, geführt hat. Es bleibt Spekulation, ob Majano die FARN für einen gemäßigt linken Putseh von oben gewinnen wollte, oder die FARN den Offizier und seine Anhänger auf die Seite der Opposition ziehen wollte.

Tatsache ist: diese Gespräche, die Linie der engen Kontakte zum sog. fortschrittlichen Flügel des Militärs, führte zum Ausschluß der FARN aus dem militärischen Oberkommando der Guerilla. Sie trat jedoch Anfang November - Majano war inzwischen vollständig entmachtet worden - in die inzwischen gebildete Einheitsorganisation FMLNein, wobeisie ihre Linie selbstkritisch revidierte.

### Die Rolle Majanos

Mit dem Eintritt in die Endphase der Aufstandsvorbereitung hat die FMLN jedoch offensichtlich ihre Position bezüglich eines Bündnisses mit fortschrittlichen Militärs überdacht. Hierbei mögen die immer größer werdende Zahl der Deserteure aus dem Juntaheer ebenso eine Rolle gespielt haben, wie das offene Auftreten Majanos gegen die Junta nach dem Mord an der FDR-Führung und der 4 US-amerikanischen Nonnen bzw. Sozialarbeiterinnen.

Majano war schon im September entmachtet worden. Formell blieb er auf seinem Posten, aber nicht einmal die Junta selbst wollte ihn weiter als das liberale Aushängeschild und den Garanten der Agrarreform ausgeben. Als sich nun Majano in offenen Widerspruch zur Junta begab, wurde es für die FMLN möglich, ihn offen aufzufordern, er solle sich der FDRanschhießen, und bot ihm einen Platzin der zu bildenden GDR (Gobierno Democratico Revolucionario) an. Majano hat, allem Anschein nach, das Angebot angenommen.



Ein Freiheitskämpfer der FDR auf Wache in der Region von Morazón

Offenbar war die FMLN inzwischen zu dem Schluß gekommen, daß ihre blitzkriegartige Strategie der Endoffensive, die noch vor der Amtsübernahme der Reagan-Administration zum Erfolg führen soll, ohne die respektablen militärischen Kräfte liberaler Gruppen im Militärapparat der Junta nicht durchführbar wäre. Sie ging wohl richtig davon aus, daß Majanos Wechsel ins Lager der Opposition - mehr noch als andere schon ins Exil gegangene Offiziere-Truppenteile würde binden können, bzw. zur Befehlverweigerung und zum Überlaufen unter Mitnahme von Waffen werde bewegen können. Nach den bisherigen Meldungen scheint dies auch sehon mehrfach gelungen zu sein.

Darüberhinaus soll wohl die Person Majanos, der immer gute Kontakte zur US-Botsegaft in San Salvador hatte, der Weltöffentlichkeit (besonders der US-amerikanischen) den Eindruck vermitteln, daß diese Revolution nicht Gefahr läuft, ins berüchtigte "Moskauer" Fahrwasser zu geraten.

Andererseits bleibt die Frage offen, inwieweit mit Majano, (und ihm treue Truppen)der ja mit Sicherheit nicht vor 6 Wochen plötzlich Sozialist geworden sit, nicht die USA weiter ihren Fuß in der Tür auch des neuen El Salvador haben. Es bestünde die Gefahr, daß eines Tages diese, Reformen mittragenden, Truppen zur Putscharmee werden könnte, wie in Chile.

### Diplomatische Offensive der FDR

nur unter militärischen Gesichtspunkten zu sehen ist, hat sich auch die FDR schon seit Monaten bemüht, den revolutionären Kampf in El Salvador durch diplomatische Aktivitäten zu unterstützen. Diese haben dazu geführt, daß Mexico, Panama und Ecuador die FDR faktisch anerkennen, und eine Reihe anderer Länder (u.a. Kolumbien) ihre frühere Zusage, an einer Andenpakt "Friedenstruppe" mitzuwirken, zurückgezogen haben. In unserer sog, westlichen Welt ist ihr wichtigstes Ergebnis wohl die Erklärung der sozialistischen Internationale (SI), die sieh klar für die FDR als rechtmäßiger Vertreterin des Volkes von El Salvador ausspricht, und die sozialistischen und sozialdemokratischen Regierun-

So wie das Bündnis der Guerilla mit Majano nicht

gen auffordert, dies ebenfalls zu tun. Diese diplomatische hat auch dazu geführt, daß die Menschenrechtsverletzungen in El Salvador in der UNO ebenso diskutiert und verurteilt wurden, wie von "Amnesty International". Die Zahl der Staaten, die ihre diplomatischen Beziehungen zur Junta in dem Moment abbrechen wollen, in dem die Voraussetzungen für die Schaffung einer provisorischen Revolutionregierung gegeben sind, wächst.

Als weiterer wichtiger Schachzug des Kampfes auf diplomatischer Ebene ist die Wahl des Sozialdemokraten Ungo zum neuen Präsidenten der FDR (nach der Ermordung der FDR-Führung Ende Nov.80) zu werten. Er soll die Breite des oppositionellen Bündnisses ebenso demonstrieren wie garantieren. Es scheint jedoch als habe die Wahl eines Sozialdemokraten an die Spitze der FDR in erster Linie das Ziel, der Linie der SI international mehr Rückhalt zu geben. Diesen erwartet die FDR jetzt in erster Linie von sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien bzw. Staaten, die ihr bisher mit den verschiedensten Argumenten die Anerkennung verweigerten.

Zumindest wenn wir die Positionen der BRD-Regierung und der SPD betrachten, ist dieses Ziel bisher nicht erreicht. (Eine offenere Haltung zeigen in letzter Zeit die spanischen Sozialisten) Die westdeutsche Regierung – wie immer in völkermord-ähnlichen Auseinandersetzungen der letzten 30 Jahre-steht an der Seite ihres Hauptverbündeten, den USA. Es ist wieder die falsche Seite, ohne die verbrecherische US-Politik in Lateinamerika wären Kriege dieses Ausmaßes gegen die jeweiligen Mördereliquenüberflüssig. Von der SPD und der Regierung müssen wir weiter verlangen, daß sie schleunigst jegliche Unterstützung für die Junta einstellt, und die FMLN/FDR völkerechtlich anerkennt.

### Das Treffen Portillo - Reagan

Wir können natürlich nicht wissen, was die beiden über El Salvador geredet haben. Mit Sicherheit jedoch hat der Krieg in El Salvador bei ihren Gesprächen eine Rolle gespielt. Von Reagan und seinen Beratern gibt es ja schon einige Äusserungen zu dem Problem. Für Reagan ist Gutierrez Junta durchaus "gemäßigt", wir wissen, daß in seinen politischen Vorstellungen das alte "Hinterhofdenken", in dem die USA bestimmen, was in der Region läuft, breiten Raum einnimmt. Wir kennen die Freude der Gorilla-Regime in Guatemala, Honduras, El Salvador und Chile an Reagans Wahlsieg. Dennoch kann niemand mit Gewißheit sagen: die USA werden militärisch intervenieren.

Möglicherweise hat Reagan Portillo gefragt, was Mexico im Falle einer US-Intervention zu tun gedenkt. Denn die Rolle Mexicos ist mitentscheidend in dieser Region.

Einerseits ist Mexico zu 60 -70% von den USA außenhandelsabhängig. Zudem entspricht die innenpolitische Linie der mexikanischen Regierung, ihr Umgang mit Oppositionellen eher den Vorstellungen Reagans als denen der FMLN.(Es gibt das Gerücht, daß faschistoide Militärkreise Mexicos die Terrorbande ORDEN in E.S. mit Waffen aus Armeebeständen versorgt.)

Andererseits zieht aber jede mexikanische Regierung ihre Legitimation aus der Bauernrevolution von 1910-17 und das Volk Mexicos ist - aus Erfahrung klüg-ausgesprochen anti-US-amerikanisch in seinem Denken. Beide Tatsachen lassen eine politische Unterwerfung unter die Politik der USA nicht

Durch die auf die großen Ölfunde gegründete, und große Inlandsmärkte gestützte, wachsende wirtsschaftliche Stärke Mexicos, hat das in den letzten Jahren eine sehr wichtige Rolle im Rahmen der "Blockfreien" gespielt. Immer wieder hat sich Mexico gegen die ökonomische Umklammerung der USA gewehrt: in den letzten Jahren zunehmend mit einer oft eindeutig anti-imperialistischen Außenpo-

Die FDR hatte von Beginn ihres Bestehens an, die Möglichkeit, in Mexico zu arbeiten. Die mexikanische Regierung ist nach Angaben ihres Außenministers -wenn die völkerrechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind -sofort bereit, ihre diplomatischen Beziehungen zur Junta abzubrechen und die zu bildende GDR (Gobierno Democratico Revolutionario) anzuerkennen.

Dennoch steht die Regierung Mexicos dem Befreiungskrieg des salvadorianischen Volkes sehr viel skeptischer gegenüber als dem Kampf der FSLN gegen Somoza. Mit dem Sieg der FMLN wären bürgerliche Kräfte sehr viel weitgehender von der Macht verdrängt, als dies in Nicaragua der Fall war. Ein sozialistisches EL Salvador, ein Sieg der FMLN hätte unzweifelhaft stärkste Auswirkungen auf Honduras und Guatemala und würde die Frage der Herrschaft der Militäroligarchien dort noch mehr als pure Zeitfrage erscheinen lassen. Und genau hier fürchtet die herrschende Klasse Mexicos, wo es ja immer – auch bewaffnete – starke oppositionelle Kräfte gegeben hat, um ihre eigene Herrschaft.

Es ist von daher denkbar, wie schon der Latin American Weekly Report vom 10.12.80 spekulierte, daß Mexico einer direkten US-Intervention energisch widersprechen würde, eine "kleine Intervention" von Honduras oder/und Guatemala aus jedoch dulden würde.

### Die militärische Lage

Für die Offensive zum jetzigen Zeitpunkt sprechen folgende, grob angegebene Faktoren:

- das Volk ist zum Aufstand bereit

- die Guerilla ist durch die Vereinigung zur FMLN sehr stark geworden und kann jetzt auf Truppen Majanos zählen

 die FDR/GDR ist ihrer diplomatischen Anerkennung sehr nahe gekommen

- die Kirche in E.S. bezeichnet den Aufstand als

"legitim"

 die weltpolitische Situation ist für die USA nicht dramatisch, relative Ruhe in Afghanistan, in Polen auch, mögliche Freilassung der Geiseln des Iran Entscheidungsschwierigkeiten und politische Differenzen in der Lateinamerikapolitik der USA zwischen zwei Präsidentschaften. Auf einer Landkarte betrachtet hat die FMLN die Hauptstadt San Salvador in einem großen Halbkreis (im Süden der Pazifik) eingeschlossen. (Stand 15.1.81) Sämtliche wichtigen Städte, Ortschaften und Garnisonen sind angegriffen bzw. schon erobert. Bei einem Blitzangriff auf den größten Stätzpunkt der Luftwaffe in Ilopango wurde ein Drittel des gesamten Bestandes der Luftwaffe noch am Boden zerstört. Einige Vororte der Hauptstadt sind schon in der Hand der FMLN-Kämpfer. Die Busfahrer (die im August nicht streikten) streiken und hindern mit quergestellten Bussen die Armeefahrzeuge am schnellen Vorwärtskommen.

Diese Lage kann sich natürlich bis zum Kauf des Heftes entscheidend verändert haben. Wir schätzen jedoch heute die Lage postiv ein. Wir meinen, daß die sehr planvolle, fast offene Vorbereitung des Volksaufstandes, wie es die FMLN seit Oktober getan hat, nur aus einer Position der Stärke denkbar ist. So wie die Bausteine - wie wir versucht haben aufzuzeigen - systematisch zusammengetragen wurden, die zur Vorbereitung der Endoffensive notwendig waren, so hat die FMLN seit ca. 3 Wochen jeden ihrer nächsten Schritte offengelegt, um der ganzen Bevölkerung Zeit und Möglichkeit zu geben, sich auf diesen Entscheidungskampf vorzubereiten. Könnte El Salvador alleine entscheiden, wäre der Krieg der Bevölkerung gegen die Junta-Armee bald entschieden. Es scheint, als könne nur militärische Hilfe von aussen die Junta und ihre reichen Herren noch einmal retten.

### WAFFEN NACH LATEINAMERIKA - MADE IN WESTERN GERMANY

Land Art der Waffe/Waffenproduktionsanlage

Argentinien U-Boote, Fregatten. Werft für Kriegsschiffe,

Transportflugzeuge, Konstruktionsunterlagen

für mittlere Kampfpanzer

Bolivien Schnellfeuergewehre

Brasilien Raketen, Produktionsanlagen für Schnellfeuer-

gewehre

Kolumbien Schnellfeuergewehre, U-Boote

Chile Schnellfeuergewehre, Hubschrauber, Raketen

Ekuador Schnellboote, Schnellfeuergewehre

Peru U-Boote, Transportflugzeuge, Schnellfeuergewehre

El Salvador Schnellfeuergewehre

Venezuela U-Boote

Nicht berücksichtigt in dieser Aufstellung sind Fahrzeuge, die sowohl zivilen, als auch militärischen Zwecken dienen können.

# Ein persönlicher Bericht

Tagebuchaufzeichnung vom 18.0ktober 1980, San Salvador:

"Die Türen sind verschlossen, die Nacht ist still, das Land ist still. Es ist die Stille, die durch eine tägliche Hektik, durch Krach, Hast und Augen - Blicke abgelöst wird... Jeder spielt mit, und jeder denkt irgendwann daran. Die Augen verraten eine ständige Angst ums Leben; das hastige Gehen, wenn es dunkelt; der kaum merklich gequälte Moment des Bewn Stseins. Es herrscht die Stille, der zwanghafte Alltag, der kein Alltag mehr ist. Ich denke an Chile, bin aber hier, jeden Augenblick darüber bewußt, wie verletzbar Leben ist, wie schnell und brutal ein Leben liegengelassen wird... Wenn es Gott gäbe, ich würde ihn bitten, den Heckengewächsen genau die gleiche Kraft zu geben wie die Farbe der 'flore de fuego', der Feuerblume. Sie leuchtet ohne Angst... Aber es gibt keinen Gott, es gibt nur Menschen... Gewöhnlich, gewohnt, wohnend in sich spricht man von anderen Meinungen, der Opposition, von Verschiedenartigkeiten und Differenzen, a erheblichen Differenzen, und von Toleranz und Gemeinschaft und Recht. Aber hier gibt es keine Entschuldigung mehr; hier steht man nicht mehr in der meinungslosen Mitte, sondern hier oder dort. Der Fluß der Menschen teilt sich und sie erkennen sich an anderen Ufern, die der Fluß selbst verändert. Und sie stehen sich gegenüber - als Feinde. Es sind Feinde und können es nur sein. Das Gemetzel nimmt seinen Lauf, unabänderlich, unaufschiebbar, unvermeidlich, unvergesslich...





Häuser in San Salvador

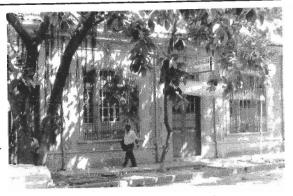
Ob ich denn auch mit den Linken reden würde, fragte mich auf dem Weg in die Hauptstadt San Salvador Senor Dr. Padilla, Rechtsberater des 'Western International', dem teuersten Hotel des Landes.
"Nun, im Grunde ist es so", antwortete ich zögernd und lehnte mich dabei in das abgenutzte Polster des Taxis zurück, "ich spreche grundsätzlich mit allen, ob nun rechts oder links", und setzte eine möglichst harmlose Touristenmiene auf.

Es war Ende Oktober 1980. Ich reiste bei strahlendem Wetter und gut informiert in das Land ein und war auf einiges gefaßt. Aus Sicherheitsgründen zog ich es vor, mich vorläufig zu verstellen. Genau das solite mir schwerfallen, denn es gab und gibt keine Touristen in San Salvador. Mit gewisser Berechtigung wird hinter jedem weißen Gesicht in den Straßen ein amerikanischer oder europäischer Journalist vermutet oder eben solche Halbidioten, die allzu blind und taub ihren Urlaub in El Salvador verbringen wollen. Ich hatte den Eindruck, daß letzeres mir anhaftete, da ich jedwede Tätigkeit journalistischer Art

von mir wies.
"Ja, Nikaragua rauoten die Kommunisten", setzte Senor Padilla unser Gespräch fort, während ich mich in meine Rolle einzuleben begann. Mit Hilfe meines ersten Gesprächspartners (sieht man von den ausgesprochen zähen Preisverhandlungen mit dem Taxifahrer ab) besorgte ich mir eine Unterkunft vahe dem Zentrum, die allerdings wenig Vertrauen im Gesicht des praktizierenden Anwalts hervorrief. Ich bedankte mich höflich und sah ihn nie wieder. In meiner Unterkunft stellte ich fest, daß ich der einzige Gast war - und blieb.

Dem auffallensten Eindruck von dieser Stadt hinterließen die bunten Parolen der 'guerreros' an den Häuserwänden. Sie bestimmten derart stark das Straßenbild, daß im Gegensatz dazu diejenigen Häuser auffielen, die 'unbeflecht' geblieben waren. Das waren im Zentrum nur wenige. Die Metallrolläden der Geschäftsfenster blieben größtenteils

geschlossen, ebenso fielen die halbheruntergelassenen Eintrittstüren auf. Die Banken standen grundsätzlich unter schwerster Bewachung. Sowohl innen als auch außen vor den Eingängen standen Sicherheitsbeamte mit kugelsicheren Westen und Schnellfeuerwaffen und beobachteten sehr genau die nähere Umgebung. Die Kollegen aus Mexiko und Guatemala hatten auf mich einen gelasseneren Eindruck ge-



macht. Das oberflächliche Bild der Stadt glich einem Belagerungszustand. Die Menschen liefen hektisch durch die Straßen oder unterhielten sich verhalten in kleinen Gruppen an den Ecken oder in den Cafes. Es war eine andere Hektik als ich sie kannte. Ein dumpfes Gefühl der Unsicherheit und Angst umfing mich nach kurzer Zeit und

verließ mich nicht mehr. Trotz alledem, nach mißlungenen Versuchen Schecks einzulösen (eswar natürlich Freitag nachmittag), dazu üblem Smog in der Innenstadt, einer stechend heißen Sonne und dem regelmäßigem Ausfall der Wasserversorgung, fühlte ich mich unverändert in Lateinamerika. Viel stärker als am ersten Tag fielen mir später die verhaltenen, gedrückten und vorsichtigen Gesichter der Menschen auf, die ihren täglichen Dingen nachgingen. Die subtil spürbare, gedrückte Geschäftigkeit der Bewohner, die entsicherten Lkw-Konvois der Militärs, schon damals durchsetzt von zivilen, paramilitärischen 'Ordenleuten' (eine Art SS der salvadorianischen Exekutive), erinnerten an das, was ich über in Lateinamerika und anderswo errichtete Diktaturen und deren Sicherung gelesen und gesehen hatte. Nicht selten mußte ich auch an die faschistische Vergangenheit Deutschlands denken, der noch so viele Menschen - und nicht nur in der BRD - nachtrausen. Die neuen Attentate der Neonazis in München und Paris beschäftigten nicht nur die Presse in Mittelamerika, sondern warfen traurige Realitäten von scheinbar Vergangenem ins Aktuelle zurück.

Über das, was sich in den vierzehn Tagen, in denen ich mich im Lande aufhielt, an Todesmeldungen ansammelte, machte ich eine makabere Aufrechnung. Es gibt lediglich eine Zeitung, die 'El Independiente' als Sprachrohr der katholischen Kirche und der militärischen Linken, die die begrenzte Möglichkeit hat, Tatsachen und Wahrheiten zu veröftentlichen. Der Rest der Publikationsorgane heuchelt um die Wette. Diese Mehrheit der Zeitungen steht unter dem Druck der rechten Militärjunta, die kein Interesse darem het, den eigenem Amoklauf ihrer verbrecherischen und bankrotten Politik wahrheitsgetreu publiziert zu sehem. In täglicher oberflächlicher Durchsicht dieser rechten Mitteilumgsorgane (i.d.R. nur zwei Zeitungen) und in der Erkenntnis, daß die täglichen Mordopfer geschiekt unter den Nachrichten verteilt wurden, zählte ich gut dreihundertsiebzig Emmordete. Ausgonommen sind die Verletzten, Verhafteten und Verschwundenen. Es ist absord zu schildern, auf welche Art und Weise Menschen (z.T. ganze Familien, einschließlich Jugendliche, Kinder und Kleinkinder) umgebracht wurden. Es mag reichen, daß das, was ich in den Zeitungen gelesen und in vertraulichem Gesprächen erfahmen habe, z.T. die Bestäalität der Monschenvernichtung im Drittem Beich übertrifft. Die Presse berichtet lediglich von den Opfer: im sinnentleerten Wokadeln wie "...durch Unbekannte...Tote darch Cewaltakt...um die





Ermordete Bürger, rechts M.M.Henriquez, 1. Vorsitzende der Mrk.

Umstände des Hergangs zu bestimmen... Keine Gruppe übernahm die Ver-

antwortung .. " Solche Formulierungen sollen die Unwissenheit und unpolitische Neutralität der Militärs suggerieren. Nun, so zerstückeln und verätzen sich wohl die Opfer selbst. Es bleiben die vielen Toten, die niemals irgendwo gemeldet wurden und werden. Ein Dickicht von Mißtrauen und Angst, unbarmherziger Isolation der Einzelnen, die sich nur in der umso herzlicheren Familiensituation löst, und Kampf gegen Illusionen erfuhr ich in persönlicheren Kontakt. Nur dank zufälliger Kontakte war es mir möglich, etwas menr von dem 'dahinter' zu erfshren, den Tragödien in jeder Familie und ihrer Verarbeitung. Einen wichtigen Besuch machte ich bei der Menschenrechtskomission, deren erste Vorsitzende Maria Magdalena Henriquez am 3. Oktober 1980 ebenso ermordet wurde wie der Rechnungsführer Ramón V. Pérez während meines Aufenthaltes. Trotz des unvorstellbar psychischen Drucks auf die Mitglieder der 'comisión de los derechos humanos' war ich überrascht von der scheinbar gleichmütigen, ja warmen Atmosphäre innerhalb des Hauses. Diese Mitglieder, wie auch alle, die mit ihnen zu tun haben, werden von den Militärs als Subversive diffamiert. Vier Wochen zuvor tötete hier eine von Ordenmitgliedern gelegt Bombe drei Menschen und zerstörte den Eintrittsvorraum. Bei meinem Besuch waren alle Attentatsspuren beseitigt. Die Eintrittstür war fugenlos ersetzt worden. Der Blick hinter den Eintretenden ist wieder reine Gewohnheit geworden. Auf meine Frage hin, wie es denn möglich sei, daß so weitergearbeitet wird, obgleich jeder jeden Tag mit seinem Tod rechnen muß, antwortete mir mein Gesprächspartner: "Es ist klar, der psychische Druck ist sehr groß, aber die Organisation ist so wichtig und der Kampf geht dem Ende zu". Wie oft habe ich das gehört und mußte daran denker, daß sich Wirklichkeit und Wunsch darin heillos verhedderten.

Neben dem Auswerten der täglichen Meldungen verbrachte ich jeden Tag damit, möglichst unauffällig mit der Kamera die Dinge aufzunehmen, die der Alltagssituation entsprachen. So z.B. die Parolen an den Wanden, die zerstörten oder beschädigten Gebäude der Regierung und die Präsenz der Militärs. Letzeres war ausgesprochen schwierig zu dokumentieren, da die gespannte Alltagszenerie sich ebenfalls in der Nervosität der Soldaten zeigte. Der Finger war immer in der Nähe des Abzuges. Nach achtzehn Uhr em Abend hatte ich den Eindruck, daß die Bewohner sich beeilten nach Amuse zu kommen. Alle Türen und Fenster zur Straßenseite hin waren geschlossen und vergittert. Nachdem es dunkelte, noch vor zwanzig Uhr, traf ich nur noch wenige Passanten auf den Straßen. Die Stadtbusse verkehren ebenfalls nur noch bis ca. zwanzig Uhr. Im Schutz der Dunkelheit begannen die Vorbereitungen der zahllosen Detonationen durch Stadtguerikkas, die die Junta zu demoralisieren versuchen. Ziele der Bombonanschläss waren Banken, Regierungssebäude und Institutionen, die von der Junta representiert oder unterstützt werden, wie z.B. Ge-Schäftshäuser oder auch das Tourismusinstitut. Dieses 'instituto sal-Vadoreno turismo' wurde so zum vierten Male empfindlich bombardiert.

Es entbehrte nicht einer gewissen Kcmik, am folgenden Tag wieder jene Marionetten im Soldatenkleid das Institut bewachen zu Sehen - bis die Ausbesserungsarbeiten beendet waren. Die Glaser hatten Hochkonjunktur.

Mal weiter, mal näher nachts blieben die regelmäßigen Detcnationen der Bomben auch in meiner Unterkunft unüberhörbar. Ab und zu konnte ich nicht nur deutlich Maschinenge-



wehrgeknatter wahrnehmen, sondern auch unterscheiden lernen; auf der einen Seite die Schnellfeuerwaffen der Militärs und auf der anderen die oft veraltet ratternden Maschinengewehre der Guerilla . Die wenigen Taxis in der Nacht fuhren zu dreifachen Normalpreis. Ich zog es vor, möglichst im Hause zu bleiben und ein Buch zu lesen. Die psychische Anspannung machte eine Entspannung in der Nacht notwendig. Dennoch schlief ich mit der Zeit schlechter. Die ungewohrte Situation ging nicht spurlos an mir vorüber. Ich befand mich mitten im Bürgerkrieg. Mit dem Verlauf der ersten Tage begann die ständige Existenzangst zur 'zweiten Haut' zu werden. Sie legte sich über einem und wurde alltäglich und allgegenwärtig.

Wichtige Eindrücke konnte ich in einem Flüchtlingslager San Salvadors sammeln. Es befindet sich im Garten des Erzbischofsamtes. Die Flüchtlinge stammen vorwiegend aus ländlichen Gegenden des Landes. Mehrheitlich lebten sie in sogenannten 'cantónes', d.h. in vereinzelt liegenden Hütten, und weniger in 'pueblas', den kleinen Dörfern des Landes. Der Organisationsgrad dieser Bauern ist wegen ihrer hoffnungslosen Lage relativ hoch, wie ich mir sagen ließ. Die Militärs vermuten unter ihnen viele Organisierte und Helfer der Guerilla. So denunzieren Mitglieder des 'Orden' diejenigen Bauern, von denen sie wissen oder vermuten, daß sie organisiert sind und mißhandeln und exekutieren die, die verdächtig erscheinen. So gelangen viele auf den verschiedensten Wegen in die Flüchtlingslager, von denen das sogenannte 'seminario' eines ist. Mehr als die Hälfte der über 700 Flüchtlinge dort sind minderjährige Kinder. Ein weiteres Viertel sind vor allem junge Frauer und ein relativ kleiner Anteil sind Männer. Das bedoutet, daß die männliche Bevölkerung umgebracht wurde, flüchten konnte oder sich der Guerilla anschloß. Sie alle hatten und haben nichts zu verlieren. Wie in allen Flüchtlingslagern fehlt es an Wasser, Decken und Medizin Auch die tägliche, eigene Tortillaproduktion deckt den Nahrungsbedarf dieser mit ihren Habseligkeiten Geflüchteten bei weitem nicht. Viele sehen keine Perspektive mehr. Jeden Tag überfliegen die neuen amerikanischen Hubschrauber der Militärs u.a. auch dieses Lager. Ein Bombenattentat an der Front des 'seminario' ließ alle Fenstergläser in näherer Umgebung zerspringen. Die Eingangspforte zum Lager wird mehr symbolisch von Männern bewacht. Tatsächlichen Schutz gibt es nicht. Nur die Kinder schienen sich schnell in die neue Situation eingefunden zu haben. Die Lagerstätte ist groß genug für Fußball-, Kreisel- und Windvögelspiele. Die Frauen sind mit der Organisierung des privaten und gemeinsamen Haushaltes, der Erziehung und Versorgung der Kinder beschäftigt, während die Männer mir apathischer erschienen. Ihren Arbeiten können sie im Lager nicht mehr nachgehen, viele sind alt oder verletzt. Ich sprach mit einem ca. fünfundzwanzigjährigen Bauern, der von den Knien bis zu den Hüften eingegipst war. Er war zwei Monate zuvor durch großkalibrige Schüsse auf der Flucht vor den Soldaten angeschossen worden. Er litt sichtlich unter den Schmerzen. Es erschien

mir unwahrscheinlich, daß dieser Mann jemals wieder laufen oder gar arbeiten können wird. Nur zur Erinnerung: Es gibt weder eine Renten-, noch eine Invaliden- oder Behindertenversicherung. Mir blieb, den Kindern Bälle zu schenken und meinen Gesprächspartnern diese Zeilen zu widmen, um die sie mich baten.

Durch weitere persönliche Gespräche, in deren Folge ein gewisses Vertrauensverhältnis entstand, erfuhr ich mehr über das Ausmaß der vielschichtigen Unterdrückung weiter Volksschichten - (eine alltägliche, umso häßlichere Maske). So wurde mir berichtet, wie viele Verwandte aus dieser oder jener schon ihr Leben verloren hatten, wer seit gestern verschwunden ist, wieviele Kommilitonen der Universität ermordet wurden. Dann, am 28. Oktober, erfuhr ich in der 'Iglesia Metropolitana' bei der Beerdigung des am Vortag ermordeten Rechnungsführers der Menschenrechtskomission, daß der Universitätsdirektor Ulloa vor einer Stunde einem Attentat des 'Orden' zum Opfer gefallen war. Am nächsten Morgen war



Cben: Eine Frau im 'seminario' Unten: Improvisierter Mädchenunterricht im Flüchtlingslager

Ulloa tot (siehe LN 88). Sein Begleiter war auf der Stelle tot; das große Kaliber hatte ihm den halben Kopf weggerissen. An dieser Stelle frage ich mich: Was soll ich schreiben? Es gibt so viele Impressionen, die nur selber erlebt tatsächlich vermittelbar

sind. Ich kann im Grunde jedem nur raten, selbst diese Erfahrungen zu machen. Aber das Risiko muß jeder selbst tragen. Es bleibt die persönliche Einschätzung und Entscheidung. Es sei in diesem Sinne noch bemerkt, wie viele Rucksacktouristen mit den entsprechenden Handbüchern derart uninformiert durch die Lande reisen, sodaß dieser eigentlich alternativ gemeinte Tourismus sich häufig selbst in seiner Romantik der Landschaft und der politischen Befreiungskämpfen

bis hin zu bornierten



Desinteresse bestenenden Realitäter gegenüber disqualifizierte.

Ich selbst bin froh, unverletzt

Ich selbst bin froh, unverletzt

das Land mit all den 'subversiven Materialien' verlassen zu haben, die nicht im Gepäck oder Jacke zu finden waren, — den Gedanken und Eindrücken in Kopf und Magen.
Ein Busfahrer der Strecke Managua – Nikaragua — San Salvador – El Salvador fuhr diese aus Sicherheitsgründen zum letzten Mal, sagte man mir. Ich wünsche ihm, daß er sie bald wieder fahren kann.

Das Foto unten wurde im 'seminario' aufgenommen - manche Auger sprechen mehr als man sagen kann...



# **BRD**

# Eine deutsch-deutsche Begegnung im Beagle-Kanal?

Die Diskussion über die BRD als Waffenexporteur ist in den letzten Wochen wieder entbrannt. Anlaß dazu waren die umstrittenen Waffengeschäfte mit Chile und Saudi-Arabien. Gegen beide läuft eine Opposition an, die sich aus so unterschiedlichen Gruppen rekrutiert wie der parlamentarischen und nicht-parlamentarischen Linken, der IG Metall und Annemarie Renger. Wie auch immer die Genehmigungsverfahren im einzelnen ausgehen werden, ein Ergebnis steht mit Sicherheit fest: die Waffenexportpraxis der BRD wird "liberaler".

Im Wahlkampf zu den Bundestagswahlen 1980, als der CSU-Politiker und Pinochet-Freund Strauß nach der Macht in Bonn griff, wurde das Chile-Abenteuer des bayrischen Kanzlerkandidaten und die überaus engen Beziehungen seiner Partei zur chilenischen Militärdiktatur nicht erwähnt. Das war verwunderlich in einer Situation, in der die Linke der SPD den Rücken kehrte und der Verlust der linken Stimmen für die SPD die sozial-liberale Koalition hätte um die Macht bringen können. Von Strauß und seinen chilenischen Freunden war die Rede nicht mehr.

War zu diesem Zeitpunkt Chile und seine blutige Diktatur aus dem Bewußtsein der Sozialdemokraten verschwunden? Hatten Leute wie Matthöfer ihr Wort von der Mörderbande vergessen? War der Gegenkandidat Strauß nicht der politisch prominenteste Verfechter jener Mörderbande?

Wie man heute weiß, war das ganze nicht zufällig; bereits am 12. Juni 1980, vier Monate vor der Bundestagswahl, hatte der Bundessicherheitsrat (Mitglieder: der Bundeskanzler, die Bundesminister des Äußeren, für Inneres, für Verteidigung, Wirtschaft und Finanzen) die Genehmigung zum Bau und Export der U-Boote nach Chile erteilt. Ob die Genehmigung widerrufen wird, kamn zur Zeit nicht abgeschätzt werden, eine Chance dazu gibt es schon; den erstens existiert noch kein Vertrag zwischen der Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft AG und Chile; und zweitens gilt die Südspitze Amerikas immer noch als Spannungsgebiet, da weder Chile noch Argentinien den Schiedsspruch des Papstes über ihre Grenzstreitigkeiten am Beaglekanal angenommen haben. Sollte dieser Vermittlungsversuch ebenso scheitern wie der Spruch der britischen Königin, liße sich der Beschluß des Bundessicherheitsrates ohne Gesichtsverlust revidieren.

In dem Grenzstreit geht es um drei Inseln südlich des Festlandes und insbesondere um den Festlandssockel sowie die Hoheitszone, da in dieser Region Erdölfunde vermutet werden. Die Formen der Ausandersetzung zwischen beiden Militärdiktaturen hatten sich 1978 bereits derart verschärft, daß militärische Konflikte nicht auszuschließen waren.

Nach Argentinien, das seit Jahren mit schweren Kriegswaffen aus der BRD versorgt wird (U-Boote, Fregatten, Planpausen für Kriegsschiffe und Schützenpanzer), soll Chile, das bisher aus der BRD lediglich Schnellfeuergewehre und 6 Polizeihubschrauber erhielt, ebenfalls mit U-Booten ausgerüstet werden.

Die beidhändige Bedienung der beiden Erzrivalen Chile und Argentinien hat für deutsche Rüstungsfirmen Tradition. Seit über einem Jahrhundert stellt die deutsche Rüstungsindustrie und die mit ihr paktierende deutsche Diplomatie ihre skrupellose Fähigkeit zum Verkauf von Militärgütern geradezu musterhaft unter Beweis. Der Aufbau beider Armeen erfolgte mit Hilfe vo. deutschen Offizieren aus der kaiserlichen Marine. An der Ausrüstung waren Krupp in Essen und die Gewehre- und Munitionsfabrik Loewe in Berlin und Oberndorf/Neckar (heute Heckler und Koch, Oberndorf) entscheidend und profitabel beteiligt.

Florierte das Geschäft nicht, weil die Kunden nicht eifrig genug Waffen bestellten, überschüttete men sie mit Informationen über Waffenkäufe des jeweils anderen Staates. Die Tageszeitungen waren danm jeweils voll von Erfolgsmeldungen der Rüstungsunternehmen über Käufe des jeweiligen Gegners; die andere Regierung zog dann in der Regel nach. Fruchtete das doch nichts, wurden Militärund Regierungsdelegationen ins Reich eingeladen und in die militärische Stärke des Gegners eingeweiht.

Mit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und der Reduzierung der Armee des Deutschen Reiches aufgrund der Versailler Verträge verschäffte sich der deutsche Druck auf die beiden Länder: die "arbeitslosen" Offiziere wanderten vorzugsweise nach Argentinien und Chile aus, um dort als Militärberater die Tradition deutscher Militärhilfe weiterhin aufrechtzuerhalten. Während des Dritten Reiches wurden die Militärbeziehungen wieder offiziell. Nach dem militärischen Zusammenbruch des Faschismus in Deutschland überschwemmten Alt-Nazis aus Armee und Partei insbesondere die südschen Länder Lateinamerikas und wurden als militärische Berater aktiv. Die Rivalitäten zwischen Argentinien und Chile bestehen weiter fort, die Waffenlieferanten sitzen immer noch in Deutschland.

Argentinien war übrigens der erste Kunde in Sachen Kriegsschiffe, der aus der BRD beliefert wurde: bereits im Oktober 1954 lieferte eine norddeutsche Werft einen "Eisbrecher" nach Argentinien, der allerdings mit Waffen ausgerüstet war, es handelte sich in der Tat um ein Kanonenboot.

Auch der U-Boot-Export der BRD hat eine unrühmliche Tradition:
- das Geschäft mit der faschistischen Militärjunta Griechenlands unter der Regierung Brandt, mühsam als NATO-Waffenhilfe kaschiert:

 die Lieferung von U-Booten an Indonesien unter Inanspruchnahme einer Hermesbürgschaft, ein Waffengeschenk also, denn Indonesien ist zahlungsunfähig;

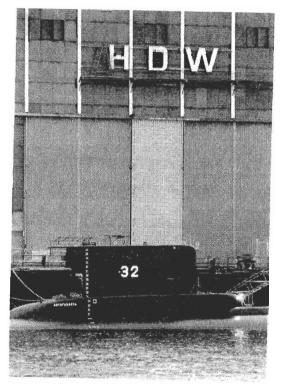
- der massive Export von U-Booten, Planungspausen dafür und Fertigungsanlagen an Argentinien und nunmehr

- der U-Boot-Verkauf an Chile.

Die beiden U-Boote für Chile schaffen im Übrigen nicht, wie häufig behauptet wird, Arbeitsplätze, sie waren sowie so schon im Bau, nur dem Kunden gibt'e nicht mehr: es war der Scham von Iran. Die Revolutionsregierung hatte die Bestellungen zurückgezogen.

Das Genehmigungsverfahren für das geplatzte Iran-Geschäft war auch damals politisch umstritten. Es wurde von der Bundesregierung mit der umwerfenden Erkenntnis verteidigt, daß "U-Boote nicht in den Straßen von Teheran auf Demonstranten schießen können!

Angesichts des andauernden Konfliktes zwischen Chile und Argentinien um den Beägle-Kanal - eine Spannungszone im klassischen Sinn also - ist das Geschäft ebenfalls umstritten. Nur zeigt die Grundsätzlich Eiskussion die Doppelbödigkeit der Diskussion. Waffen in Spannungsgebiete zu exportieren. Das Kriegswaffenkontrollgesetz von 1961 ( ein Zeitpunkt, zu dem eine nennenswerte westdeutsche Rüstungsproduktion noch nicht existierte, der deklarierte Friedenswille also nichts kostete) legt eindeutig fest, ist, wenn "die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden."



Der staumende Beobachter fragt sich selbstverständlich, welchen Sinn Kriegswaffen überhaupt haben, wenn nicht den, bei "friedensstörenden Handlungen" verwendet zu werden. Aber auch dann, wenn ein Verteidigungskrieg nicht als friedensstörende Handlung angeschen wird, muß im Fall des Waffenexportes nach Chile und Argentinien im Kriegsfall einer wehl der Angeeifer sein. Es sei denn, die Bundesregierung betrachtet Kriege als Naturereignisse.

Die Kriegsgefahr im südlichen Amerika wird durch die U-Boote für Chile nicht beseitigt, im Gegenteil, es ist eher zu befürchten, daß die Stimmung angeheizt wird. Auf solchem Hintergrund nehmen sich Äußerungen wie die von Verteidigungsminister Apel, der in der BRD angeblich "gefährliche pazifistische Strömungen" wahrzunehmen glaubt, eher wie Hintertreppenwitze aus. In diesem Zusammenhang ist es dann nur noch makaber, wenn man sich vor Augen führt, daß die Howaldtwerke/Deutsche Werft AG (HDW), die die U-Boote für Chile produziert, sich zu 74,9% in Händen der Bundeseigenen Salzgitter AG und zu 25,1% im Besitz des Landes Schleswig-Holstein befindet.

Daß die Empörung über Waffenhandel aus der BRD sich erst im Fall Chile äußert, zeigt die zwiespältige Moral westdeutscher Politiker. Daß Argentinien ebenfalls von einer brutalen Militär-diktatur beherrscht wird, haben nur wenige Politiker zu Protesten gegen den Waffendeal veranlaßt. Daß die Armee von El Salvador u.a. mit Schnellfeuergewehren aus westdeutscher Produktion ausgerüstet ist, wird in der bürgerlichen Presse nicht einmal

erwähnt.
Kriegsschiffe und Waffen werden - trotz der nach wie vor gültigen,
Kußerst restriktiven Gesetzgebung - aus der BRD in alle Teile der
nicht-kommunistischen Welt exportiert. Den Rang als der fünftgrößte Waffenexporteur der Welt hat die BRD zwar 1980 an Italien
größte Waffenexporteur der Welt hat die BRD zwar 1980 an Italien
abgetreten, sie steht jetzt an sechster Stelle, aber diese Rangabgetreten, sie steht jetzt an sechster Stelle, aber diese Rangfolge kann sich bald wieder ändern. Die augenblickliche Debatte
folge kann sich bald wieder änder und in Spannungsgebiete
um den Waffenexport in Nicht-Matoländer und in Spannungsgebiete
wird nicht folgenlos bleiben. Die Überlegungen der Bonner Politiker gehen in andere Richtung. In Zukunft sollen Waffenexporte
immer dann erlaubt sein, wenn sie in "nationalem Interesse"
immer dann erlaubt sein, wenn sie in "nationalem Interesse"
sind nationale Interessen vorrangig ökonomische Interessen. Es
gäbe keinen Grund mehr, Waffenexporte abzulehnen.

Der Vorschlag der CDU/CSU im Fall Saudi-Arabien, auch Israel mit Panzern zu beliefern, ist allerdings nicht gerade originell: gerade das kennzeichnet ja das Geschäft mit Chile. Die U-Bootgerade das kennzeichnet das Geschäft mit Chile. Die U-Bootgera



## SI-Tagung: big brother is watching you

66 volle und beratende Mitgliedsparteien sowie 59 Nicht-Mitglieder und Befreiungsbewegungen kamen: Zum großen Markt der politischen Verbindungen, anläßlich des 15.Kongresses der Sozialistischen Internationale in Madrid am 13.-16. November. Als ungeladene Gäste erschienen ferner obskure Abgesandte des US-State Department, die in der Lobby penetrant und erfolglos gegen eine Unterstützung der salvadorenischen Opposition durch die SI agitierten. Das neugegründete Nicaragua - Komitee der SI hielt dafür seine erste Sitzung in Washington ab; es soll den demokratischen (DEMOKRATISCHEN!) Prozeß in Nicaragua gegen Bedrohungen von innen und außen absichern.

### Freiheit, Gleichheit, Willy Brandt

Obwohl SI-Präsident Brandt den Weltverband sozialdemokratischer Parteien und Bewegungen als "arme Organisation mit minimalen, oft noch schlecht genutzten Handlungsmöglichkeiten" vorstellte: Keine andere internationale Organisation könnte ein breiteres und bunteres Spektrum von Parteiungen aus allen Teilen der "Ersten" und "Dritten" Welt zusammenbringen, wie es sich vom 13. bis 16. hovember im Hotel Melia Castilla in Madrid ein Stelldichein gab selbst auf der Ebene staatlicher Zusammenschlüsse wären nur die UN und allenfalls die Blockfreien-Bewegung zahlenstärker.

Dennoch hat Brandt nicht unrecht: Es gibt auch kaum eine lockerere, unverbindlichere Organisation als die SI, und ihre eigenen materiellen Mittel sind in der Tat minimal. Was zählt, sind jedoch ihre Verbindungen: Zu den internationalen Medien, zu Regierungen und supranationalen Organisationen, sowie zu den Kassen finanzstarker Einzelmitglieder, voran der SPD. Die Galerie der in Madrid versammelten Ehren- und Vizepräsidenten versinnbildlicht diese Messe von Anbietern und Nachfragern von politischen Einfluß, stellt aber auch ein Stück Zeitgeschichte dar: François Mitterand (Vorsitzender der PS Frankreichs), Giuseppe Saragat (Ehrenvorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Italiens), Joop den Uyl (Vorsitzender der niederländischen Arbeiterpartei), Olof Palme (Vors. der schwedischen Sozialisten), Mario Soares (Vors. der PS Portugals), Felipe Gonzales (Vors. der PS Spaniens), Schimon Peres (Chef der israelischen Arbeiterpartei), Anker Jorgensen (Ministerpräsident von Dänemark, Vors. der sozialdemokratischen Partei Dänemarks), Bruno Kreisky (österreichischer Bundeskanzler, Vors. der sozialistischen Partei Österreichs), und aus der 'Dritten Welt' Leopold Senghor (Vors. der PS Senegals, bis zur Konferenz auch Staatspräsident), Daniel Oduber (Chef der Nationalen Befreiungspartei Costa Ricas, früherer Staatspräsident), Michael Manley (Führer der Nationalen Volkspartei von Jamaika, als Regierungschef gerade abgewählt), und Anselmo Sule (Vors. der Radikalen Partei Chiles).

Daß auch bei dieser Konferenz das Wichtige in den Korridoren und bei abendlichen Bar-Besuchen stattfand, zeigte sich u.a. daran, daß das Plenum kaum gemeinsame Themen und Aufgaben hatte, die eine solche Konferenz nötig gemacht hätten. So hatte eine Kommission unter Federführung von Felipe González am Text einer neuen Prinzipien-Erklärung der SI in Ersetzung der nunmehr fast 30-jährigen Erklärung von Frankfurt 1951 gearbeitet - Willy Brandt schob das Thema sachte auf die lange Bank. "Die Grundsätze der SI können garmicht verschwommen genug klingen, wenn sie für alle gültig sein sollen. 'Frieden - Freiheit - Solidarität', die alte Losung von 1864, reicht dafür vollkommen aus" (DIE ZEIT 26.12.80).

Die Konferenz hörte sich die Berichte von drei Arbeitsgruppen an, die Die Konferenz hörte sich die Berichte von drei Arbeitsgruppen an, die seit dem vorigen Kongreß von Vancouver 1978 zu den Themen 'Abrüstung', 'Arbeitslosigkeit' und 'Menschenrechte' Positionspapiere erarbeitet hatten. Zum letzten Punkt etwa hieß es: "Der übertrieben individualistische, wesentlich politische und rein defensive Begriff der Menlistische, wesentlich politische und rein defensive Begriff der Menlistische, wie er in konservativen Kreisen aufrecht erhalten wird, wird zum Hindernis für den Fortschritt und für den tiefen Wandel, der nötig ist, um den Bedürfnissen der Unterprivilegierten und dem Wechsel in den weltweiten ökonomischen Beziehungen zu entsprechen." (Vorset

wärts 13.11.80). Gute Worte, denen konsequent ähnlich offene Worte über Multinationale Konzerne und über die Welthandelspolitik der Industrieländer folgten. Daß die anwesenden Parteioberen aus Industrieländern dadurch in 'den Widerspruch gerieten, eine Wirtschaftsordnung anzuprangern, die sie in ihren jeweiligen Ländern politisch mittragen, störte weder sie noch andere: Die Gymnastik des Rollentauschs ist jahrelang geübt, man hat gelernt "so unterschiedliche Dinge wie SI, bilaterale Parteibeziehungen und Regierungspolitik richtig auseinanderzuhalten." (Ein Lateinamerika-Experte der SPD, zit.im SPIEGEL 4.8.80) Sicherheitshalber betonte Willy Brandt nocheinmal, die Resolutionen des Kongresses hätten keinerlei bindende Wirkung für die Mitgliedsparteien. Die konservative Offensive, die über die letzten Jahre zur Ablösung mehrerer SI-Parteien aus der Regierungsverantwortung geführt hat (Portugal, England, Schweden, Costa Rica, Venezuela, Jamaica) und sich besonders in der Wahl von Reagan zum künftigen US-Präsidenten dokumentiert, vermag andererseits die Rechtswendung anderer SI-Mitglieder, wieder voran der SPD, zu rechtfertigen; in Brandts Worten: "In gewissen Situationen und Gesellschaften kostet es eine große Anstrengung, das Erreichte zu sichern, ohne unsere Glaubwürdigkeit zu verlieren."

Noch eklatanter trat der Widerspruch beim Thema Abrüstung zutage: Während die Regierungsmitglieder der SPD mit Zähnen und Klauen den "Nach"Rüstungsbeschluß gegen den Virus des Pazifismus verteidigen, unterzeichnet ihr Partei-Chef Brandt eine Schluß-Resolution, in der es dazu heißt: "Es ist eine Ironie, daß einige offenbar glauben, Abrüstung
könne durch eine Steigerung der Rüstungsproduktion erreicht werden."
Und während jene den Bau von U-Booten für Chile genehmigen, klagt dieser eben solche Waffenexporte an: "Die Gründe und Anstöße zum Wettrüsten in der Dritten Welt müssen weitgehend in den Industriestaaten gesucht werden.. Das Große Waffengeschäft (einschließlich der Verkäufe
an die Entwicklungsländer) wird von den beiden Supermächten und anderen Industriestaaten des Nordens gemacht.. Wer seine Taschen mit den
Erlösen solcher Waffenverkäufe füllt, will nichts wissen von den Zerstörungen, die deren Gebrauch hervorruft" (Eröffnungsrede).

Bei den Neuaufnahmen stellten lateinamerikanischen Gruppierungen die Mehrzahl; Vollmitglieder wurden: Izquierda Democratica (Ecuador), New Jewel Movement (Grenada), Partido Socialista Democratico (Guatemala); das bisherige beratende Mitglied Partido Revolucionario Febrerista (Paraguay) wurde Vollmitglied; neue beratende Mitglieder wurde je eine Gruppierung der beiden niederländischen Antillen-Inseln Aruba (Movimiento Electoral del Pueblo) und Curação (Movementu Antiyas Nobo).

### SI - SALVADOR: UNCLE SAM WANTS YOU

Auch sonst waren die Latinos in gewissem Umfang die Stars der Veranstaltung, was schon der Konferenzort Madrid - Drehscheibe der SI-Verbindungen zu Lateinamerika - nahelegte. Neben Manley waren u.a. aus Nicaragua der Außenminister d'Escoto und der Comandante Bayardo Arce angereist, aus Salvador der Chef der Sozialdemokratischen Parteil Guillermo Manuel Ungo (inzwischen zum Vorsitzender der Oppositionsfront FDR gewählt).

Beide Delegationen hielten sich mit Erklärungen zum Präsidentenwechsel in den USA zurück – auch ohne ihr Zutun war dies das zentrale Thema aller Überlegungen zu Lateinamerika. Wie um einen Vorgeschmack auf Kommendes zu geben, erschienen vier Abgesandte des US-Sonderbotschafters Bowdler – Spezialist für US-Interventionen in Mittelamerika –, die in aufdringlicher Form die versammelten europäischen Sozialdemokraten davon abzubringen versuchten, weiterhin die Oppositionsfront FDR in Salvador zu unterstützen. Mit von der Partie war u.a. der 'unabhängige Agrarexperte' Roy Prosterman, der auf einer Pressekonferenz der salvadorenischen Delegation in einer Gegenrede die dortige 'Agrarreform' verteidigte und ein Lob-Papier auf die Junta verteilte.

Prosterman Vorgeschichte kann man in dem (auch sonst sehr informativen) Artikel von M.v.Conta im STERN 47 vom 13.11.80 nachlesen:
"In Vietnam hatte er mit dem späteren CIA-Direktor Colby das 'Projekt Phönix' verwirklicht, durch das die Landbevölkerung von 'Vietcong-Elementen' gesäubert wurde. Phönix-Bilanz: 45 000 Tote...Auf seinen Rat waren bei der Landreform in El Salvador die Kaffeebarone von der Enteignung verschont geblieben. Seine Reisespesen in Zentralamerika sind in den letzten Jahren vom AIFLD bezahlt worden." Seine Mitarbeiterin Mary Temple verfolgte in Madrid vor allem Hans-Jürgen Wischnewski mit einem Termin-Wunsch, der etwa so höflich war wie eine Mitteilung über einen Haftantrittstermin.

Diese "unabhängigen Experten" waren Bowdler empfohlen worden von einem Professor Constantine C. Menges am Hudson-Institut, einem der 'think-tanks' (Denk-Panzer) der US-Rechten. In einem Telefongespräch mit Menges erfuhrt der Journalist Max Watts folgende Menges-Sentenzen: "Die Mehrheit der Morde (in El Salvador) gehen auf das Konto der kommunistischen Linken, der linksextremen Terroristen-Gruppen... Es ist eine Tragödie, daß die Sozialdemokraten in Europa ihnen ihre Legitimität verleihen, ihr Prestige, ihre Mittel, hauptsächlich an sechs mordende linke Terroristengruppen... Ich glaube, die Friedrich-Ebert-Stiftung hat einen großen Fehler gemacht mit ihrem ausdrücklichen Bündnis mit der revolutionären Linken in Mittelamerika, und daß die Sozialdemokratische Partei in Deutschland dabei ist, sich über die Friedrich-Ebert-Stiftung mit den Feinden der Demokratie, den Feinden des Fortschritts, den Feinden der USA zu verbünden. Ich glaube, wenn das so weitergeht, wird das zu ernsten Problemen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen führen."

Dies war nicht das erste Mal, daß die SPD vom Großen Bruder Schelte bekam wegen ihrer Mittelamerika-Politik: Wischnewski hatte sich bereits bei seiner US-Reise im Sommer erheblichem Druck ausgesetzt gesehen (siehe SPIEGEL 4.8.80). Und auf einer Tagung über Zentralamerika am 16./17.0ktober, zu der die Friedrich-Ebert-Stiftung Praktiker und Wissenschaftler nach Bonn geladen hatte, erschien der Direktor des Politik-Koordinierungsbüros im State Department Luigi Einaudi mit derselben Absicht, die versammelten Sozialdemokraten zur Unterstützung der christdemokratisch-militärischen Junta in Salvador zu bewegen, die sich mutig des Terrors von links und rechts erwehre und sich um soziale Reformen bemühe. Erstaunt erfuhr man, die Agrarreform mache so gute Fortschritte, daß sich solidarische Bande zwischen Militär und Bauernschaft anspönnen und nicht mehr jeder Soldat (!) um sein Leben fürchte müsse, wenn er einem Bauern begegne.



Während dieser Artikel zum Druck geht, ist die Offensive der FDR in vollem Gang. Noch ist unabsehbar, wie sie ausgehen und wie die USA sich vor und nach dem Fräsidentenwechsel verhalten werden. Wichtiger als die Stimme und Unterstützung der SI wird sicher das Verhalten Mexicos – als Nachbar, Erdölland und Wortführer in Lateinamerika und der Dritten Welt – sein. Noch nie hat ein designierter US-amerikanischer Präsident als ersten und einzigen Auslandsbesuch vor seinem Amtsantritt einen lateinamerikanischen Amtskollegen besucht; auch wemm bei den Gesprächen Mittelamerika wohlweislich ausgespart wurde, macht dies deutlich, daß die USA mit Mexico rechnen müssen.

Aber auch die SI hat sich von den USA nicht beeindrucken lassen. Die Schlußresolution ist durch des arrogante Auftreten der Emissäre Bowdlers eher noch eindeutiger ausgefallen:

"Die Sozialistische Internationale ersucht die US-Regierung, ihre politische und militärische Unterstützung für die gegenwärtige Junta in El Salvador zu beenden und anzuerkennen, daß diese es nicht vermocht hat, weiteres Elutvergießen zu verhindern. Wir weisen die These zurück. daß das salvadorenische Problem sich

darstellt als eine Junta im Kampf gegen die extreme Rechte oder Linke. Es handelt sich vielmehr um ein despotisches Regime dessen Aktivitäten zu einem Zustand des Bürgerkriegs geführt haben. Unsere tiefsten Hoffnungen und unsere aktive Solidarität begleiten die Frente Democratico Revolucionario in El Salvador, an der unsere Mitgliedspartei MNR beteiligt ist. (...)

Wir sind verstört durch einige der Bemerkungen zu Lateinamerika, die von dem damaligen Republikanischen Kandidaten für das Präsidentschaftsamt der US gemacht wurden – insbesondere seine Ausdrükke der Unterstützung für die diktatorischen Regime in El Salvador und Guatemala, und seine Angriffe auf Grenada und Nicaragua.(...) Wir werden die Politik der neuen Administration abwarten, bevor wir urteilen.(...) Aber die Haltung der USA wird ihrerseits zu einem großen Ausmaß bestimmt sein vom Druck der internationalen öffentlichen Meinung."

Die europäischen Regierungen werden jedoch nicht ausgespart:
"Gleichzeitig erinnern wir unsere europäischen Mitglieder daran,
daß die Teilnahme ihrer Länder im wirtschaftlichen Leben der Region nicht dazu beihelfen darf, Militärdiktaturen zu legitimieren,
wie es oft der Fall war." Wer wohl gemeint war?

### Das Nicaragua-Komitee

In einer wirkungsvollen Rede hatte Kommandant Bayardo Arce von Nicaragua die Gefahr eine Invasion von Nicaragua durch Söldner aus Honduras geschildert. Die Antwort der SI war die Gründung eines Nicaragua-Komitees unter Vorsitz von Felipe González, dem auch Brandt und Wischnewski als Mitglieder angehören, und das Ende Januar 81 eine Delegation nach Nicaragua entsenden will. Das erklärte Ziel des Komitees besteht darin, den demokratischen Prozeß in Nicaragua gegen drohende Isolierung durch Rechtskräfte in der Region, besonders nach dem Amtsantritt von Reagan, abzusichern. Mitgedacht ist freilich auch die Absicherung eines bestimmten Politikverständnisses im Inneren Nicaraguas.

Die erste Sitzung des Komitees fand sinniger- aber eher zufälligerweise in Washington Anfang Dezember statt, parallel zum Treffen zwischen europäischen Sozialdemokraten und linken Gruppierungen innerhalb der Demokratischen Partei. Dies gab dem Komitee Gelegenheit, dem anwesenden Außenminister d'Escoto das Stirmrunzeln der SI über die Ermordung des Unternehmerverbands-Präsidenten Salazar in einem in der Tat sehr mysteriösen Feuergefecht in Managua deutlich zu machen (siehe dazu LN 88).

## Hochschule als Hort geistigen Stumpfsinns

Ein neuer spektakulärer Akt bewaffneter Propaganda, neuerliche Kabinettsumbildung durch Pinochet und ein weiterer Versuch, die chilenischen Universitäten an die Kandare zu nehmen – das sind die Ereignisse, die den Jahreswechsel in Chile kennzeichnen.

### Bewaffnete Propaganda

Zum Jahresschluß, am 30. Dezember, gelang die bisher aufsehenserregendste Aktion bewaffneter Propaganda: der minutiös geplante und durchgeführte gleichzeitige Überfall auf drei dicht beieinander liegende Banken in Santiago. Zwei solcher synchronisierten Aktionen (auf jeweils drei Banken) waren schon im Frühjahr 80 gelungen, das neue Element diesmal: zehn der an den Überfällen Beteiligten waren als Polizisten verkleidet. Neu war auch die Größe der agierenden Gruppen: währerd ca. 20 Personen direkt an den Kommandoaktionen beteiligt waren, wird die Gesamtzahl auf 40 geschätzt, eingeschlossen die "ambulanten Händler", die plötzlich kiloweise "iniguelitos" auf die Straße warfen. Ein Kommunique der Volksmilizen, die sich zu den Aktionen bekannten, schrieb sie drei Kommandos zundie den Namen gefallener MIR- Mitglieder tragen. Mag die Höhe der Beute (nach offiziellen Angaben) von 250.000DM auch weniger spektakulär sein, so ist die psychologische Wirkung dieser Aktion um so höher einzuschätzen.

Auf der anderen Seite hat es gegenüber früheren Aktionen, über die wir berichteten (vgl. LN 88), auch Tote gegeben: 2 Polizisten und ein Wachmann, drei Verletzte. Von Opfern auf Seiten des Widerstandes wurde nichts bekannt. Trotzdem scheinen die Widerstandsgruppen grundsätzlich weiterhin die in der vorigen Nummer skizzierte Strategie zu befolgen: nur im äußersten Notfall zu schießen bzw. zur Verteidigung.

Die Reihe der erfolgreichen Aktionen des chilenischen Widerstandes im Jahre 80 zeigt, daß es gelungen ist, eine hinreichende Infrastruktur zu schaffen, die solche Aktionen mit einem jeweils neuen Überraschungseffekt ermöglicht: wichtiger aber ist, sie in einem Kontext linker Strategien einzuordnen. In dieser Richtung gibt es Erklärungen sowohl seitens der chilenischen KP wie des MIR, doch fehlen uns noch einige Elemente aus dem Spektrum der chilenischen Linken, so daß wir diese schon länger geplante Analyse noch einmal verschieben müssen.

Zwei Tage zuvor wurde ein Agent des Geheimdienstes CNI vor seiner Haustür erschossen, er hatte vor allem auf dem Universitätsgelände "gearbeitet". Die Volksmilizen übernahmen auf Flugblättern die Verantwortung für seinen Tod, da er Geheimagent, Folterer und in den Widerstand eingedrungener Spion gewesen sei. Das ständige Agieren von Geheimdienstagenten auf Universitätsgelände war übrigens einer der Konfliktstoffe, der zu immer neuen Protesten der Studenten in den letzten Monaten führten.

## Tyrannei des Studiums

Unter allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sind die Universitäten der einzige, den die Diktatur nicht im von ihr gewünschten Sinn hat an die Kandare legen können (die Kirche als gesellschaftliche Kraft außer Acht gelassen), und das trot z der selbstverständlichen Säuberungen unter Studenten und Lehrkräften, trotz der s zialen Selektion, die erhöhte Studiengebühren und verminderte Stipendien gewollt mit sich brachten. Was die Diktatur anstrebt, ist freilich die Quadratur des Kreises: eine "effiziente" Universität verbunden mit militärischer Disziplin.

Wo immer Studenten protestieren, wurde zum Mittel der Sanktion gegriffen, waren und sind sie mit dem Ausschluß vom Studium bedroht. Sich anschließende Solidaritätsaktionen wie Vorlesungs- oder (in den letzten Wochen) Hungerstreik führten zu neuen Sanktionen. Oppositionelle Studentenvertreter wurden ihrer Ämter enthoben. Über allem thront in (in der Regel auch von den juntahörigen Gerichten) nicht angefochtener Autorität ein von Pinochet eingesetzter Militär.

Trotz aller Säuberungsmaßnahmen wurde die Opposition von Jahr zu Jahr stärker. Pinochets Allheilmittel gegen "Hitzköfe": energisches Durchgreifen der Autoritäten. Diesem Anspruch genügten offenbar einige der von ihm Ernannten nicht mehr. Zum Ende des Studienjahres 80 wechselte er rasch drei der Rektoren aus und ersetzte sie – durch neue Militärs (von denen freilich einer, einen Monat später, aus gesundheitlichen (?) Gründen schon wieder zurücktrat ). Bei Amtsantritt hatte er das Patentrezept gegen aufsässige Studenten noch in der Uniformjacke: ein fugenloser Vorlesungsplan, der keine Zeit für "Herumlungern" lasse, danach Sport. An der Wirksamkeit dieser Art von Studienreform hatte auch die großbürgerliche Tageszeitung "Mercurio" ihre Zweifel. Sie begriff, daß die autoritäre Praxis der Uni-Generäle die Substanz der Universitäten untergrub, die durch das Exil renommierter Wissenschaftler eh schon geschrumpft war.

So bestand der "Mercurio" in seinen Leitartikeln immer wieder darauf, daß mit der bloßen Fortsetzung des Militärregimes unter anderen Generalssternen kein akademisches Leben zu erwarten sei. Vielmehr sei ein globales Konzept zur Neu-ordnung der Universitäten dringend notwendig, das sei allerdings schwieriger zu erarbeiten als eine Verfassung (!). "Wissenschaftliche Entfaltung ist nicht vereinbar mit einem Klima von Mißtrauen, Spionieren oder rigiden autoritären Kontrollen". (Mercurio, 30.11.80).

Am 2. Januar 81 wurde das Dekret erlassen, das diese Neuordnung in Angriff nimmt. Aus den bisher vorliegenden Informationen ergeben sich zwei Hauptziele. Die "freie Marktwi rtschaft" dringt in den universitären Bereich vor: es können private Universitäten gegründet werden. Akademische Titel werden nur noch in zwölf Berufssparten Voraussetzung sein. So formuliert, mag das gar nicht einmal schlecht klingen- es bedeutet aber auch,daß eine Riesenzahl bisheriger universitärer Studiengänge (60) diskrimini ert werden, weil sie in Zukunft von privaten Instituten, die nicht Universitäten sein müssen, angeboten werden können. Deutlicher wird die Absicht, wenn man sich den Kanon von Studienfächern ansieht, die weiterhin "Monopol" der (bestehenden oder neu zu gründenden) Universitäten bleiben - und welche darin fehlen

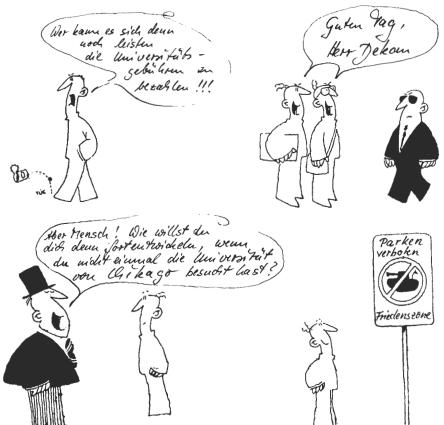
Juristen, Architekten, Biochemiker, Zahnchirurgen, Diplomlandwirte, Diplomingenieure, Forstwirte, Chirugen (warum nur er aufgeführt ist unter den Medizinern, ist unklar), Veterinärmediziner, Psychologen und Pharmazeuten benötigen ein Universitätsstudium. Alle geisteswissenschaftlichen Fächer, aus denen die Universi-

täten ja einmal hervorgegangen sind, sind ihnen nicht mehr vorbehalten. Was das u.a. für den gesamten Bereich des Erziehungswesens bedeuten soll, ist überhaupt nicht abzusehen. Auch der übergroße Bereich der Naturwissenschaften ist nicht mehr Domäne der Universitäten.

Ein dritter Aspekt tritt hinzu: neben die direkte finanziellen Unterstützung der Universitäten durch den Staat soll zukünftig in steigendem Maße eine indirekte Finanzierung treten. Sie ist daran gebunden, wie viele der jeweils "besten" 20.000 Studenten eines Jahrgangs (aufgrund des in Chile üblichen Aufnahme-Examens) sich in der betreffenden Universität immatrikulieren: d.h. "gute" Studenten sind für eine Universität einträglicher als "schwache"...

Im Vorgriff auf das neue Gesetz hatten die bestehenden Universitäten die Quoten für Studienanfänger bereits reduziert und Lehrangebote für Erstsemester gestrichen.

Unter solchen Voraussetzungen glaubt der "Mercurio" das Rezept gefunden, endlich "Ruhe" an den chilenischen Universitäten zu haben. Wer solchem Selektionsprozeß unterworfen wurde und so teuer dafür bezahlen darf (die Studiengebühren sind enorm gestiegen), hat nur noch eines im Sinn: das nächste Examen zu bestehen. Das Rezept gegen oppositionelle Studenten heißt: Tyrannei des Studiums (Mercurio, 30.11.80).



# Pinochets erneute Kabinettsumbildung

BERICHTE

Unmittelbar vor Beginn des neuen Jahres hat Staatspräsident Augusto Pinochet noch schnell eine Umbildung seiner Regierung vorgenommen, die zu einer weiteren Stärkung des sogenannten "weichen", ultraliberalen Flügels geführt hat. Mit der neuen Zusammensetzung des Kabinetts will Pinochet offenbar die achtjährige Übergangsperiode beginnen, die ihm vom 11. März an die Präsidentschaft bis zum vollen Inkrafttreten der neuen Verfassung im Jahr 1989 sichert.

Die wichtigste Veränderung ist der Wechsel des bisherigen Arbeitsminsters José Piñera in das Bergbauministerium. Neben dem Finanzminister Sergio de Castro gilt Piñera als einer der wichtigsten und vor allem taktisch geschicktesten Vertreter des wirtschaftlichen Ultraliberalismus à la Chicago. Sein"Plan der Arbeit", der in den Gewerkschaften nur als "Plan der Unternehmer" bekannt ist, hat die Rechte der Gewerkschaften zwar etwas erweitert, ihnen sogar das Streikrecht zugestanden, dafür aber die politische und besonders wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften umso mehr geschwächt. Seine Aufgabe als Bergbauminister soll es nun erklärtermaßen sein, umfangreiche ausländische Privatinvestitionen in den chilenischen Bergbau zu kanalisieren. Damit soll auf elegante Weise das letzte Bollwerk gestürmt werden, das dem totalen Ausverkauf des chilenischen Staates noch entgegensteht. Die großen Minen des Kupferbergbaus in Chile waren unter Allende 1971 durch einen einstimmigen Beschluß des Kongresses verstaatlicht worden. Bis jetzt war das Eigentum des Staates an diesem Teil der chilenischen Wirtschaft noch ein Tabu, an dem auch die ultraliberalen Wirtschaftsfachleute des Pinochet-Regimes sich die Zähne ausbissen. Der neue Bergbauminister soll dafür sorgen, daß auch dieses letzte Monopol des Staates in einem wichtigen Wirtschaftssektor fällt und dann auch die staatlichen Bergwerke der alleinseligmachenden Privatinitiative ausgeliefert werden können.

Das Amt des Arbeitsministers übernimmt der bisherige Leiter der Planungsbehörde, Miguel Kast, ein aus Deutschland stammender junger Mann, der ebenfalls der Gruppe der "Chicago Boys" angehört und von dem deshalb keinerlei Verbesserungen für die Situation der Arbeiter zu erwarten sind.



Juntachef Pinochet (2. vorne links), Militärs: "Willkürlich ausgeübte Macht ist anfällig für Mißbrauch"

## Credo der neuen Ökonomen

Das folgende Glaubensbekenntnis der chilenischen Chicago Boys, verfaßt von Pablo Huneeus, erschien am 10. September 1979 in Santiago in der Tageszeitung La Tercera de la Hora. Seine Gültigkeit reicht inzwischen weit über Chile hinaus.

Ich glaube an den allmächtigen Dollar, Schöpfer des Himmels und der Erden.

Und an seinen eingeborenen Sohn Milton Friedman, unseren Herrn, der empfangen wurde dank der Universität von Chicago.

Geboren von der heiligen Handelsmesse, gelitten unter Pontius vom Volke, enteignet, gestorben und begraben.

Niedergefahren zur Hölle des Sozialismus.

Im dritten Jahre wieder auferstanden von den Toten, am Elften aufgefahren zum Himmel, sitzend zur Rechten der Macht.

Ich glaube an den Heiligen Geist, das geheiligte Privatunternehmen und die japanischen Autos.

Ich glaube an den Kapitalmarkt, an die Finanzierungsunternehmen und an die Hemden der Marke "Pierre Cardin".

Ich glaube an die Selbstfinanzierung der Krankenhäuser, an die Entleerung der Staatskasse und an die Füllung des privaten köfferchens.

Ich glaube an die Rezession, an die Inflation und an die Deflation.

Ich glaube an die Planungsbehörde, an die neuen Institutionen und an die Rechner von "Texas Instruments".

Ich glaube an den Verbraucherpreisindex, an das Programm der Mindestbeschäftigung und an den Geheimdienst.

Ich glaube, daß Adam Smith lebt, daß Keynes gestorben ist und daß Marx ein Alptraum war.

Ich glaube, daß Chile im Oberklassenviertel Las Condes anfängt und im Stadtzentrum von Santiago aufhört.

Ich glaube an die Leute dort, solange sie an uns glauben.

Ich glaube an die Büros, die mit Teppichen ausgelegt sind, an die blonden Sekretärinnen und an die Auslandsschuld.

Ich glaube an die Geschäfte, an die guten Geschäfte.

Ich glaube an den Verkauf der Fabriken, Bergwerke und Wälder des Landes.

Ich glaube, daß die Wirtschaft eine exakte Wissenschaft ist.

Ich glaube, daß niemand sonst etwas weiß und niemand sonst eine Meinung äußern dürfte.

Ich glaube, daß die Journalisten überflüssig sind und daß die öffentliche Meinung nicht zählt.

Ich glaube, daß die Soziologen eine Pest sind und die Armen ein notwendiges Übel.

Ich glaube an die feasability studies, an das Antimonopolgesetz und an die Vergütung des Direktoriums.

Ich glaube an das Tennis, an die Arbeitsessen und an die komparativen Vorteile.

Ich glaube an die internationalen Preise, an die nationalen Löhne und die argentinischen Schuhe.

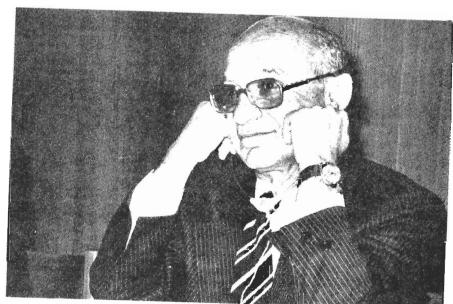
Ich glaube an die Jungfräulichkeit der privaten Effizienz, an die unheilbare Ineffizienz des Staates und an die Gummibäume.

Ich glaube, daß Carter ein Kommunist ist, daß der Kardinal ein Kommunist ist und daß die Kommunisten Kommunisten sind.

Ich glaube an das Wachstum der Wirtschaft und an den Rückgang der  $\Lambda$ rbeitslosigkeit.

Ich glaube an die Kommunion des Marktes, an die Vergebung unserer Sünden, an das Wiedererscheinen der Verschwundenen und an die ewige Junta.

Amen.



Milton Friedman\_

# **BRASILIEN**

## Delfim kippt um

Die schlimmsten Befürchtungen haben sich bestätigt: Planungsminister Delfim Neto wartet mit einer neuen Wirtschaftspolitik auf, die schwerwiegende Folgen mit sich bringt.

Erstmals nach zweijährigem Balanceakt sind nicht mehr ökonomisches Wachstum und der Kampf gegen die Inflation das vorrangige Problem, sondern der Versuch, die mit über 55 Mrd. US \$ defizitäre Zahlungsbilanz zu verbessern und die Auslandsschulden zu begleichen.

Dabei erscheint Delfim jedes Mittel recht zu sein, denn daß er auf die orthodoxe Politik seines glücklosen und gefeuerten Vorgängers, des früheren Finanzministers Mario Henrique Simonsen, zurückgreifen muß, stört ihn ebensowenig, wie die diskrete Vorbereitung der Ökonomie des Landes auf die wirtschaftspolitischen "Begleitmaßnahmen", die vom Internationalen Währungsfond IWF in der Regel an seine Kredite gebunden werden. Diese Kredite aber braucht Delfim dringend, um das große Loch in der Zahlungsbilanz zu stopfen.

Anfang November hatte der Präsident der Chase Manhatten Bank, David Rockefeller, anläßlich eines Besuches in Brasilien verkündet, er hielte es für natürlich und angebracht, daß das Land sich zur Lösung seiner Zahlungsbilanzschwierigkeiten sich an den IWF wende. Außerdem war er der Auffassung, daß, je demokratischer Brasilien werde, es umso leichter sei, die allgemeine Öffentlichkeit von schmerzhaften, möglicherweise aber unvermeidlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation zu überzeugen.

Demgegenüber hatte noch kürzlich Staatspräsident Figueiredo immer wieder betont, Brasilien lehne eine Weltwirtschaftsordnung auf der gegenwärtigen Grundlage ab. Auch Delfim hatte versucht, den Weg zum IWF dadurch zu umgehen, daß er im amerikanischen und europäischen Raum, vor allem auf dem Eurodollarmarkt, viele kleine Kredite aufnahm, ob zur freien Verfügung oder projektgebunden.

Im September und Oktober aber schossen dann die Spekulationen über seine plötzlichen recht häufigen und nicht vorher angekündigten Reisen zwischen Brasilia, Paris, Frankfurt, London und Washington wie Pilze aus dem Boden. Und in der Tat, wenn auch diese Reisen nach aussen hin so aussahen wie die "normalen" Bittgänge zu den großen Bankkapitalen, so wurde Delfim doch von Bankiers und Politikern der jeweiligen Länder mit Rücksicht auf den Nationalstolz der Brasilianer äußerst diskret darauf hingewiesen, daß es so nicht weitergehen könne. Zwar habe Brasilien ein gewisses Wirtschaftswachstum zu verzeichnen, Auslandsschulden und Inflationsrate hingegen seien jedochnicht verringert worden. Da müsse sich unbedingt etwas ändern. Und Delfim mußte sich das zu Herzen nehmen.

Anfang November begann er, den Cruzeiro wieder sukzessive abzuwerten und "Geldkorrekturen" vorzunehmen. Vorher hatte er es wedergeschafft, die Inflation zu bremsen, noch die Firmen zur Aufnahme ausländischer Kredite zu bewegen, da die vorausberechneten Raten gut unter der

Hälfte der Inflationsrate lagen. Dadurch hatte das Inlandssparen beispielsweise rapide abgenommen, und die Exporte waren weniger konkurrenzfähig.

BERICHTE

Ende Dezember holte er zu einem weiteren Tiefschlag aus, der das einschneidende Rezessionsprogramm erst komplettierte. Er verkündete eine drastische Restriktion für das Anwachsen der Geldmenge für 1981, dazu eine starke Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Einzig und allein der Exportsektor und Energieprojekte, besonders die Lieblingskinder Alkoholprogramm und Itaipu - Wasserkraftwerk sind davon nicht betrof-

Delfims Maßnahmen werden dem IWF nicht unwillkommen sein. Bei einem Besuch einer Delegation von Delfimberatern bei dem Kreditgiganten kam kürzlich das Gerücht auf, der IWF wolle zwar von Brasilien regelmässige öffentliche Berichte über den "ökonomischen Fortschritt" verlangen, aber sozusagen als kleines Zuckerl das Land sonst nicht dem starken politischen Druck des IWF aussetzen. Doch bezeichnen Gerüchte nur manchmal reale Vorgange.

Die Folgen des Rezessionsprogramms kann man schon ausmalen. So ist abzusehen, daß die Inflation, die im vergangenen Jahr eine Rekordhöhe von 110% erreicht hatte, noch übertroffenwird. Experten rechnen damit, daß das ökonomische Wachstum, 1980 immerhin noch 8,5%, auf weniger als 4% in diesem Jahr zurückgen wird, während für Delfim eine Wachstumsrate von weniger als 6% hinsichtlich der politischen Auswirkungen vorher völlig unakzeptabel gewesen war. Die Unternehmer kritisierten daß die Maßnahmen des Wirtschaftszaren Brasilien zeitlich zurückgeworfen hätten. Verzögerungen in der Wirtschaftspolitik würden noch schlechtere Bedingungen zeitigen als in der Krisenzeit Mitte 1979. Zudem wird erwartet, daß die Arbeitslosigkeit das ganze Jahr über rapide ansteigen wird.

Im einzelnen umfassen die Maßnahmen hauptsächlich Änderungen der Kredit- und Ausgabenpolitik des Staates. Allgemein soll die Šteigerung der Geldmenge auf 50 % des Budgets von Ende 1980 festgelegt werden. Das bedeutet, daß das gesamte Kreditvolumen des nationalen Finanzierungssystems nur um 50 % des Endvolumens von 1980 steigen darf, eine radikale Kürzung in der Geldversorgung, vor allem in Anbetracht der über doppelt so hohen Inflationsrate. Für die 146 staatlichen Unternehmen sollen die Steigerungsraten 66 % nicht übertreffen. Ein Viertel dieser Ausgaben bleiben für den Elektrizitäts- und Energiebereich reserviert, was im Vergleich zu umso höheren Kürzungen in anderen Bereichen führt. Sodürften die wichtigen neuen Regierungsprojekte beispielsweise in der stahlerzeugenden Industrie zum Erliegen kommen. In der Landwirtschaft sollen die Kredite bei bis zu 53 % liegen, nur die kleinen Betriebe sollen einen höheren Anteil (bis zu 100 % der

Wird schon durch die rein quantitative Begrenzung des Geldmarktes die Verfügbarkeit über die Finanzierungsquellen eingeschränkt, so sollen generell höhere Zinsen für Kredite zusätzlich ihre Aufnahme erschweren. Dies dürfte insbesondere zu einer weiteren Verschiebung der Wirtschaftstätigkeit von den brasilianischen Unternehmen, die in arge Finanzschwierigkeiten geraten werden, zu den transnationalen Konzernen führen, die zur Steigerung ihrer Kapitale auf den brasilianischen Finanzmarkt nicht angewiesen sind.

Furcht vor einer Revolution scheint Delfim im gegenwärtigen Moment nicht zu hegen. Er schlachtete mit der Abschaffung jeglicher staatlichen Subventionen für Weizen- und Ölprodukte die Kuh, die den meisten Brasilianern in ihrer elenden Situation die notwendige Hilfe zum schlichtweg überleben geboten hätte: Die Preise für Brot werden hiermit freigegeben und in für viele unerschwingliche Höhen steigen. Im Bereich der Ölprodukte dürfte diese Maßnahme zu einer weiteren rapiden Erhöhung des Benzinpreises, und langfristig zu erheblichen

Verteuerungen des Stadt- und Überlandverkehrs führen, und das in einem Land, dessen Transportwesen fast ausschließlich auf die Straße

ausgerichtet ist.

Nur der Energie- und Exportbereich werden aus den Kürzungen ausgespart bleiben. Die Exporte sind die wichtigste Quelle, um die für die Einfuhren, vor allem des öls, wichtigen Devisen zu erwirtschaften. Um die konkurenzfähigkeit der brasilianischen Produkte auf dem Weltmarkt zu erhalten, sollen von nun an monatliche Cruzeiroabwertungen erfolgen, die die Preissteigerungen aufgrund der internen Inflation für die Exportprodukte ausgleichen sollen.

In Hinblick auf den gesamten politischen Prozeß stellt sich die Frage; inwieweit dieses Paket mit dem gegenwärtig n Stand bzw. dem weiteren Ausbau der Liberalisierung vereinbar sein wird.Profitiert haben von der "abertura" hauptsächlich die kämpferischen Gewerkschaften, die defacto Lohnverhandlungen mit den jeweiligen Unternehmen durchsetzen konnten.Interessanterweise "fehlt" in Delfims Programm bisher eine eindeutige Stellungnahme zur Lohnentwicklung.Viele Gewerkschafter sind allerdings der Überzeugung, daß dies nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.Folgt somit dem wirtschaftlichen auch ein politischen Rezessionspaket?

### Die neuen wirtschaftlichen Maßnahmen

- Cruzeiroabwertung nach Abzug einer monatlich berechneten Rate für die sog. importierte Inflation (am Außenhandel berechnet) von der internen Inflation, bemessen nach dem Verbraucherpreisindex
- Indexierung der finanzpolitischen Instrumente, berechnet nach dem Verbraucherpreisindex
- Aufhebung der Beschränkungen für Zinssätze der Kreditvermittler; Erleichterung des Zinsberechnungsverfahrens für Geschäftsbanken (diese Maßnahmen wurden bereits eingeführt)
- Aufhebung der Preiskontrolle für alle, bis auf 300 der 3000 Gesellschaften, die dem ministerienübergreifenden Preisrat unterstehen
- Begrenzung der nominellen Expansion der 81er Haushalte für die 146 staatlichen Gesellschaften unter 66%
- Beschränkung des Wachstums der landwirtschaftlichen Kredite auf 53,7% und Anhebung der Zinssätze
- Abschaffung der Subventionen für Weizen und Ölprodukte
- Beschränkung des Wachstums der Geldmenge und Bankanleihen auf 50% für dieses Jahr
- Ausnahme des Export- und Energiesektors von den meisten Kürzungen, 17% der 81er Bankanleihen für den Exportsektor

"Hab' ich mich denn wirklich so verändert?"

Delfim Neto erblickt im Spiegel das Bild seines Amtsvorgängers Simonsen



## Der Riese wankt

Die "Perle" des VW-Konzerns, die brasilianische Tochter, hat einige häßliche Schrammen abbekommen.

Von über 47000 Beschäftigten in Sao Paulo wurden fast 10 % auf die Straße gesetzt. Angefangen hatte es Ende Dezember, als schon rund 1000 Belegschaftsmitglieder in den sauren Apfel beißen mußten. Zwar plant die Werksleitung vorerst keine weiteren Entlassungen, doch Vertreter der Arbeiter befürchten, daß wahrscheinlich weitere 2000 Leute "blaue Briefe" bekommen, Ein Ende der Spirale ist nicht in Sicht. Mit Sicherheit setzen sich Entlassungen in die Zuliefererbetriebe fort, in denen weitere 200000 Menschen arbeiten. Die Maßnahmen von VW do Brasil blisten jedoch nicht auf die Entlassungen beschränkt. Die Tagesproduktion ist um 10 % verringert, das bedeutet nur noch 1800 Fahrzeuge. Überstunden und Sonderschichten, auf die zehntausende Männer und Frauen angewiesen sind, sind gestrichen; einige Beschäftigte wurden in den vorgezogenen Jahregurlaub geschickt, und das Werk hat unverhergeschene Betriebsferien angekündigt. Die neugewählte "Vertretung der Arbeiter" hatte auch keinen besseren Vorschlag als den, die Fließbänder an einem Wochentag anzuhalten, um so weiteren Entlassungen vorzubeugen. Über die Gründe dieser schmerzhaften Eingriffe wird in Brasilien auch in anderen Wirtschaftsbereichen viel diskutiert. Als Hauptgrund werden erh**ebliche** Absatzschwierigkeiten genannt, was zu Bergen von Autos und Ersatzteilen besonders der Typen "käfer" und "Brasilia" im Wert von 600 Mill. Mark führte - gtwa 100 % mehr als zu Normalzeiten. Der "Gol", die brasilianische Ausführung des Golf, ist auch wenig geffagt. Einzig der Absatz von Variant, Transporter und Passat scheint einigermaßen flüssig zu laufen,

## **PERU**

# Januar 81 — heißer Sommer — erste Pannen der 'Demokratie' Belaundes

AUFRUF ZUM GENERALSTREIK AM 15.1.1981 !

Hintergründe des Streiks:

- Umfassende Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln, Fahrpreisen, Pharmaka, etc. zu Beginn des neuen Jahres.
- Vorrangegangene zahlreiche isolierte Streiks und Arbeitskämpfe für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und Gehälter und die Wiedereinstellung entlassener Kollegen in verschiedenen Sektoren.
- 3. Der politische Triumpf der Vereinigten Linken, IU = Izquierda Unida unter ihrem Kandidaten Barrentes in den Regionalwahlen am 23. Novem ber 1981.

Die CGTP, Confederación Nacional de Trabajadores Peruanos - der Dachverband der peruanischen Gewerkschaften, hat für den 15.Jan.1981 zum Generalstreik aufgerufen, nachdem eine Welle von politischen Bewegungen in verschiedenen Teilen des Landes große Teile der Bevölkerung erfaßt hat. Zum ersten Mal seit zwei Jahren gelang es der Gewerkschaftsbewegung eine Aktion von nationaler Tragweite zu organisieren.

Gleichzei tig drückt der Aufruf zum Nationalstreik den Höhepunkt einer Anzahl von Kämpfen, Steiks und Massenbewegungen aus, die sich in den letzten Monaten vor allen Dingen im Bergbau, im Bankenwesen, im Erdölsektor und auch bei den Angestellten im Öffentlichen Dienst (Streik der Angestellten im Gesundheitsministerium) entwickelt hatten. Trotz der lokalen Begrenzung der verschiedenen Bewegungen gelang es ihnen, mit wachsender Radikalität große Teile der Bevölkerung zu mobilisieren unter den Forderungen:

- Wiedereinstellung aller Entlassener
   Verbesserungen der Arbeitsbedingungen
- Lohn- und Gehaltserhöhungen

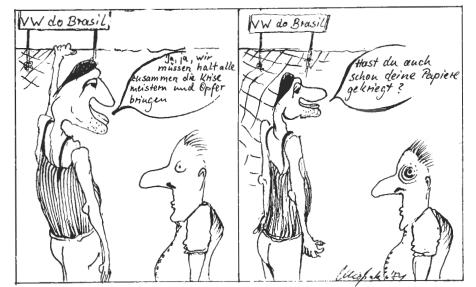
Der eindeutige Sieg der Vereinigten Linken (IU) in vielen Städten und Distrikten bei den Regionalwahlen im November 1980 hat der Bewegung zudem neuen Auftrieb gegeben. Die Vereinigte Linke konnte sich zur zweitstärksten Kraft unter den politischen Parteien des Landes entwickeln und stellt eine starke Oposition zur Regierungspartei, der Acción Popular (AP). Durch den Nationalstreik soll mit Nachdruck die eigene Stärke und Fähigkeit zum Ausdruck gebracht werden sowie die strikte Ablehnung der Wirtschaftspolitik der Regierung.

Warum bleibt man aber auf dem Blechberg sitzen? Die hoffnungslose wirtschaftliche Lage Brasiliens mit über 110 % Inflation (dazu ist an anderer Stelle dieses Heftes mehr gesagt) hat auch hier tiefe Spuren hinterlassen. Darüber hinaus schlug VW do Brasil, nachdem die Regierung im Dezember die Autopreise freigegeben hatte, durch deren "Bindung" das einst als Zugpferd des Wirtschaftswunders bezeichnete Werk 1980 zum erstenmal in seiner Geschichte Verluste (50 Mill. DM) eingefahren hatte, nochmals zu: Aufschläge von 10 - 12 % sollen nun das Geschäft wieder zum Blühen bringen. Da nimmt man auch in Kauf, daß der Absatz auf dem Inlandsmarkt - 1980 betrug der Rückgang 9 %, d.h. 420000 Autos - in diesem Jahr noch weiter schrumpfen könnte. VW-Generaldirektor Ganem weiß schon, wie darauf zu reagieren wäre: mit weiteren Entlassungen. Hauptsache, bei VW stimmt die Kasse, die Arbeiter sollen zusehen, wie sie mit der miesen Wirtschaftslage fertig werden. Selbst bei den meisten Möchte-gern-Autokäufern ist nicht genug Geld da. Erschwerend kommt hinzu, daß die Kreditkosten für Autokunden in schwindelerregende Höhen kletterten.

in schwindelerregende Höhen kletterten.

Daß der Markt gesättigt sei, ist zumindest fragwürdig, ebenso, daß die verfehlte Modellpolitik VWs Käufer abstieß. Wer sich noch ein Auto leisten kann, wird allerdings von den Vorteilen eines "Alkohol-Autos" ziemlich beeindruckt. Zur Verringerung der Erdölimporte, mit denen Brasilien über 90 % seines Erdölbedarfs deckt, setzt die Regierung auf ein forciertes Alkoholprogramm und geizt nicht mit Anreizen beim Kauf eines mit Alkoholgemisch betriebenen Fahrzeugs. Statt in einem dürfen diese Autos vom Käufer drei Jahre lang abgestottert werden, er bezahlt für das Gemisch erheblich weniger als für Benzin, und schließlich wurde die Kraftfahrzeugsteuer gesplittet. Doch haben weder VW und die anderen Auto-Multis noch die Treibstoffraffinerien ausreichende Kapazitäten zur Intensivierung des Alkoholprogramms. Immerhin bestehen in den Autofabriken schon fast die Hälfte der Produktion aus "Schnapsautos".

Das Jahr 1980 war für VW do Brasil aber doch ein recht erfolgreiches Jahr: Der Export schnellte in die Höhe, und für dieses Jahr wird mit einem Exportumsatz von 500 Mill. Dollar gerechnet.



So zeigt sich schon sechs Monate nach Amtsantritt Belaundes, daß sich die sozialen und politischen Widersprüche unter dieser Zivilregierung verschärfen werden und sich die klassenübergreifende Unterstützung, die dem Wahlkandidaten Belaunde noch zuteil wurde, schnell abgenützt hat.

Ein heißer Sommer für Belaunde kündigt sich an!



Die Abnutzung Belaundes ...

### ZU DEN KOMMUNALWAHLEN UND DEN WAHLERFOLGEN DER VEREINIGTEN LINKEN

Die Wahlen vom 23. November 1980 hatten den Charakter eines Plebizits. Die Regierungspartei versuchte zwar, - beunruhigt durch den schnellen Verschleiß ihrer Wählergunst (Streiks, Demonstrationen,etc.) -, die Bedeutung dieser Kommunalwahlen herabzuspielen, was ihr jedoch nicht gelang. Nur sechs Monate nach den Präsidentschaftswahlen im Mai des selben Jahres hat sich durch den Wahlausgang das politische Bild in Peru grundlegend verändert: die Vereinigte Linke konnte annähernd soviel Stimmen auf sich vereinen wie noch 1978 bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung , wo sie ebenfalls als zweitstärkste Fraktion hervorging.

Verteilung der Wählerstimmen in % in der Metropole Lima bei den Wahlen 1978 und 1980							
	AP	IU	PPC	APRA			
Wahlen zu Verfas-							
sungsgebenden Vers.	keine Kandi- datur	36,00	32,30	25,20			
Präsidentschafts-	20.00	40.55	45.07	22.50			
wahlen, Mai '80	39,90	19,65	15,27	23,50			
Kommunalwahlen November '80	35,00	29,00	21,00	16,00			

Quelle: MARKA No 181 und No 182, Nov./Dez. 1980

Vor allen Dingen in einigen Städten im Süden des Landes wie Arequipa, Puno und Moquegua und in Zentralperu wie Huaraz und Huancavelica stellt die Vereinigte Linke die Bürgermeister. In Limagelang es ihr in fünf Stadtteilen, die Mehrheit zu erzielen.

Aufteilung der Wählerstimmen nach Regionen für

PROVINZEN	die kandidierenden Parteien bei den Kommunalwahlen 1980 in Prozent						
	AP	IU	PAP	PPC	UNABH.	UNGÜLTIG	
Huaraz Arequipa Ayacucho Cusco Huancavelica Ica La Libertad Moquegua	29,6 33,19 31,9 39,2 18,2 28,5 15,0 23,0	37,8 44,3 30,0 33,2 45,9 28,3 10,2 47,0	23,4 7,28 9,2 15,5 13,2 19,9 56,0	4,1 7,28 4,5  14,6 12,8 3,8 1,2	4,3 0,8 8,5  1,85  15	1,4 9,5 15,7 11,6 7,9 8,36 14,8 4,18	
Huancayo Piura Puno Pucallpa	40,0 34,8 26,8 26,5	20,0 27,0 42,0 37,9	23,5 24,0 4,3 13,4	16,0  0,6 3,5	14,0	10,0  14,0 18,4	

Quelle: MARKA No 181, Nov. 1980

BERICHTE

Dem Aufschwung der Linken stehen relativ hohe Verluste der bürgerlichen Parteien gegenüber. Zwar konnte die Regierungspartei AP in den meisten größeren Städten noch die Mehrheit für sich verzeichnen, jedoch mußte sie seit den Wahlen im Mai einen Stimmenverlust von 4,9 % hinnehmen. Diese Stimmeneinbuße ist besonders hoch zu bewerten, wenn man berücksichtigt, daß die AP in ihrer Funktion als Regierungspartei für ihre Kandidaten ein bevorzugtes Wahlkampfklima geschaffen hatte. Durch diverse Schikanen und Diffamierungskampagnen gegen linke Parteien durch die Kontrolle der Massenmedien wurde versucht, die IU zu schwächen. Durch zugunsten der Regierungspartei veröffentlichte Wahlprognosen, wurde versucht die Wähler zu verunsichern , um sie ins Lager der'stärksten 'Partei zu ziehen. Jedoch , ohne Erfolg!



Wahlprognosen aus Regierungshand



BERICH

39

Der Abstieg der APRA, bisher eine der größten bürgerlichen Parteien, die sich noch für die Präsidentschaftswahlen im Mai 1980 den größten Stimmenanteil ausgerechnet hatten, ist dramatisch: in Lima nimmt sie nur noch den vierten Platz ein, in den Provinzen kam sie auf den dritten Platz, was in der Geschichte der APRA zum ersten mal vorkommt. Diese hohen Stimmeneinbußen sind u.a. auf die parteiinterne Zerrissenheit zwischen rechtem und linkem Flügel zurückzuführen, die seit der Wahlniederlage im Mai nicht gelöst werden konnten.

Der PPC, der konservativ christlichen Partei, gelang es durch einen in erster Linie auf Lima konzentrierten Wahlkampf in der Metropole den dritten Platz zu gewinnen (in den Provinzen Platz vier). Ihr Ziel in Lima war es,verstärkt Einfluß zu nehmen auf die Regierung und ihre Unternehmenspolitik.

IN WELCHEN REGIONEN VERZEICHNETE DIE VEREINIGTE LINKE STIMMENZUGEWINNE?

Analysiert man das Wahlergebnis in der Metropole Lima nach Stadtviertel, konnte die Linke besonders in den Elends- und Arbeitervierteln Gewinne verzeichnen. Wenn sie nicht die Mehrheit wie in Ate-Vitarte, San Martin de Porres, Comas, El Agustino und Carabayollo erzielen konnte so wurde sie doch die zweitstärkste Fraktion.

In den übrigen Provinzen hat sie besonders in den Zentren mit langer kämpferischer Tradition gesiegt. Ein gutes Beispiel ist die Provinz Moquegua ( IU 47 % der Stimmen) , in der sich einer der größten Minenkomplexe des Landes befindet (Kupfermine Cuajone im Besitz der Southern Copper Corp., Teil eines multinationalen amerikanischen Konzerns). Nach einem langandauernden Streik der Minenarbeiter für die Wiedereinstellung entlassener Kollegen, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne griff der Streik bei sich verschlechternden Lebensbedingungen für die gesamte Bevölkerung der Provinz auf die ganze Region über.

Die Verschärfung der Probleme in Agrarsektor - weiteranhaltende Dürre, Reprivatisierung von Ländereien, Landbesetzungen, etc. - haben auch in den ländlichen Regionen (Huaraz, Huancavelica) dazu geführt, daß die Vereinigte Linke das Vertrauen der Landbevölkerung gewinnen konnte. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß gerade in diesen Provinzen der Anteil der Analphabeten sehr hoch ist, die durch das komplizierte Wahlsystem sowieso benachteiligt waren, was dazu führte, daß in den ländlichen Provinzen der Anteil ungültiger Stimmen relativ hoch ist, die in erster Linie für die Linke verloren sind.

WORAUF IST DER STIMMENZUWACHS BEI DER LINKEN ZURÜCKZUFÜHREN ?

Neben Gründen, die schon erwähnt wurden wie die

- restriktive Wirtschaftspolitik der Regierung (Vgl. LN 88, Dez.'80)
- die Verschlechterung der Lebensbedingungen (Preissteigerungen im September 1980)
- und repressiven Maßnahmen der Regierung (Verbot der gewerkschaftlichen Organisierung für staatliche Angestellte, Einschränkung der Streiks, Versuch der Spaltung von Gewerkschaften)

sind für den Erfolg der Linken zwei Faktoren von besonderer Bedeutung:

- ihr Zusammenschluß zu einem binzigen Block, der IU

- ihre Orientierung auf die direkten Bedürfnisse der Bevölkerung während des Wahlkampfes.

Auf die Veränderungen innerhalb der Linken soll im folgenden noch ausführlicher eingegangen werden.

Schon vor den Präsidentschaftswahlen im Mai 1980 wurde ein Wahlbündnis der linken Parteien angestræbt, jedoch zerbrach es genauso schnell wie es sich formiert hatte. Die Enttäuschung der Wähler, die potenziell einer linken Partei ihre Stimme gegeben hätten, aber von dem Ausmaß und der Art der Streitereien innerhalb der Linken abgestoßen waren und in ihr keine regierungsfähige Kraft sahen, war groß. Man rechnete sich keine bzw. nur geringe Chancen für eine zersplitterte Linke aus, die sich auch noch untereinander bis auf das Messer bekämpfte. Das schlechte Abschneiden der Linken bei den Präsidentschaftswahlen wurde auch von verschiedenen Gruppierungen und Parteien der Linken mit ihrer Zersplitterung begründet.

Bei den Kommunalwahlen kam es nun zum ersten Mal zu einer Identifikation der verschiedenen linken Gruppierungen und Parteien mit dem Block der Vereinigten Linken, ohne ihre unterschiedlichen Standpunkte in den Vordergrund des Wahlkampfes zu stellen. Diese Identifikation der Militanten mit dem Block der Linken in seiner Gesamtheit verlieh ihr durchschlagende Kraft und Ausstrahlung.

Auch ergaben sich innerhalb des linken Wählerpotenzials Veränderungen:

immer breitere Kreise der Bevölkerung wurden sich durch die Demaskierung der Regierungspartei AP (Nichteinhaltung der Wahlversprechungen , harter Wirtschaftskurs) bewußt, daß sie eine Identifizierung mit einer starken vereinigten Linken suchen müssen. So stand im Mittelpunkt der Forderungen der Wähler an die Parteien der Linken: nur eine vereinigte Linke zu unterstützen, die ihre parteispezifischen Interessen zurückstellt.



Barrantes – der tatsächliche Sieger der Kommunalwahlen

Die Person des gemeinsamen Wahlkampfkandidaten der Linken, Alfonso Barrantes, war ein Symbol für diese angestrebte Einheit. Auch Wählern, die dem Bündnis der Linken noch skeptisch gegenüberstanden, konnte er durch klare ideologische Konzepte und eindeutige Stellungnahmen ihre Zweifel nehmen. Er versuchte die Wählergunst durch Konkrete Lösungsvorschläge bei konkreten Problemen zu gewinnen, d.h. Barrantes stellte klar, daß der Aufbau des Sozialismus nicht von den Bürgermeistereien ausgeführt werden kann und daß er daher auf weitreichende Wahlversprechungen verzichtete.

Die Linke versuchte zudem interne Veränder ngen in ihren Parteiorganen durchzusetzen: Demokratisierung des Parteiapparates d.h. Abbau der hierarchischen Strukturen und der Führungsansprüche einer abgehobenen Kaste von mittleren und oberen Kadern. Diese angestrebten Veränderungen fanden ihren Ausdruck in der Art des Wahlkampfes wie er von der Linken geführt wurde. Die Kandidaten suchten den direkten Kontakt zum Wähler, d.h. sie beschäftigten sich in erster Linie mit den Problemen des täglichen Lebens wie z.B. Schwierigkeiten bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in den Elendsvierteln, Transportproblemen, der miserabelen Ernährungslage, Gesundheitsproblemen, etc. Ihre Reden waren nicht wie früher auf 'hohem', abstrakten theoretischen Niveau, wodurch sie sich automatisch nur an Militante und schon Überzeugte richteten, sondern sie versuchten die 'Sprache des Volkes' zu sprechen.

Der Dialog mit den Wählern wurde in den Elendsvierteln, in den Bergarbeitercamps und bei den Bauern gesucht und oft war die Wahlveranstahltung ein Anstoß zur Initiierung von Basisorganisationen zur Lösung konkreter Probleme.

### BEDEUTUNG DER WAHL FÜR DIE LINKE

Trotz de: positiven Echosauf den Wahlerfolg der Linken muß man sich davor hüten, das Ergebnis überzuinterpretiern.



Barrante's feiert seinen Sieg auf der Straße

Die Funktion linker Volksvertreter in staatlichen Organisationen ist begrenzt auf die Einsicht und Aufdeckung von Maßnahmen, die die regierenden bürgerlichen Parteien (AP und PPC, die sich verstärkt zusammenschließen werden) zur Durchsetzung ihrer Interessenpolitik vornehmen.

Die Politik in staatlichen Gremien kenn nicht das wichtigste Auseinanderestzungsfeld linker Partelen sein. Ihre Aufgabe besteht in erster Linie darin, an der Basis Politisterungsarbeit anhand konkreter Aufgaben zu leisten und nicht wieder in alte Fehler wie Sektierertum, Parteikunkeleien und abgehobene Politdiskussionen zu verfallen.

Zudem muß sich die Linke darauf einstellen, daß durch ihr Erstarken die herrschenden Machtgruppen versuchen werden durch provokatorische und destabilisierende Maßnahmen die erstarkende Linke zurückzudrängen. Dies hat sie u.a. schon versucht durch Bemühungen die Gewerkschaftsbewegung zu spalten, die Verabschiedung eines Gesetzes "gegen den Terrorismus" zur Einführung der Todesstrafe, der Aufrechterhaltung einer Art 'Notstandsgesetzgebung', ley de movilización , die die Militärs noch kurs vor dem Amtsantritt Belaundes erlassen haben zur "Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und Ordnung".

Der Wahlerfolg der Linken sollte dazu beiträgen verstärkte Basisarbeit zu ermöglichen, um den Rückhalt der Linken zu stärken und ihren Einfluß auszudehnen.





Onkel sam befiehlt - die Regierung Belaundes gehorcht

# **ECUADOR**

## Räumung des Gewerkschaftsgebäudes der CEDOC/FENSOC

Am 30. November letzten Jahres wurde in Quito das Gewerkschaftsgebäude der CEDOC (Ekuadorianische Gewerkschaft von Klassenorganisationen) und der FENOC (Nationale Vereinigung der Bauernorganisationen) in einer Nacht- und Nebelaktion von 350 Polizisten in Begleitung von Staatssicherheitsbeamten und Angestellten des städtischen Reinigungsunternehmens geräumt.

Dank der entschlossenen Haltung tausender Arbeiter und Bauern, die eilig aus allen Provinzen des Landes zusammengerufen waren, konnten am nächsten Tag, den 1. Dezember, die Sicherheitskräfte zurückgedrängt und das Gebäude wieder besetzt werden.

So schildert es Mesias Tatamuez, Generalsekretär der FENOC, in einem Aufruf an die Öffentlichkeit:

"das Gebäude bot nach der Besetzung durch die Polizei ein Bild des Grauens: sämtliches Mobiliar, Archivmaterial und Dokumente der CEDOC/FENOC waren entweder zerstört oder an einen nicht bekannten Ort gebracht worden. Die Türen waren von der Polizei gewaltsam aufgebrochen worden, um die Büroräume plündern zu können, teilweise wurden Wände demoliert. Das Ergebnis der hemmungslosen Zerstörungswut ist von anwesenden Journalisten bestätigt und in der Lokalpresse dargestellt worden."

### Hintergründe der Ereignisse

Die Gründung der CEDOC im Jahre 1938 basierte auf der Orientierung zum katholischen Syndikalismus mit eindeutig antikommunistischer Zielrichtung. Sie sollte als Gegengewicht zur kommunistisch orientierten Gewerkschaft CTE (Ekuadorianische Arbeiterzentrale) dienen. Im Verlauf ihrer Existenz hat die CEDOC sehr viele politische Wandlungen durchgemacht. Bis in die 60iger Jahre unterlag die CEDOC eindeutig der katholischen Kirche, geriet dann in den Einflußbereich der internationalen christdemokratischen Bewegung.

Im Jahre 1971 gab sich die CEDOC den heutigen Namen, wo das "C" am Ende ihrer ursprünglichen Initialen von "Católicas" auf "Clasistas" umgeändert wurde. Die von der Basis vollzogene Wende zu einer klassenkämpferischen Haltung zeigte sich im XII. Nationalen Kongreß der CEDOC im Juli 1976, wo unter der Parole "CEDOC, Unitaria, Socialista y Proletaria", das Programm "Strategie und Politik" verabschiedet wurde. Dieses Programm bildet die ideologische Grundlage zum Kampf für eine sozialistische Revolution. Jorge Cuisana, der damals amtierende Präsident der CEDOC, wurde durch den Präsidenten der FENOC, Emilio Velasco, ersetzt. Cuisana hatte zusammen mit einigen anderen Funktionären versucht das Zustandekommen dieses Kongresses auch unter Gewaltanwendung zu verhindern. In ihren Bemühungen wurden sie massiv von der internationalen Christdemokratie, besonders von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der CDU, unterstützt. Aufgrund ihrer spalterischen Tätigkeiten wurde Cuisana und seine Gruppe aus der CEDOC ausgeschlossen.

Die einheitliche Haltung der Gewerkschaftsbasis zwang die damals herrschenden Militärs, der CEDOC unter Führung von Emilio Velasco die offizielle Anerkennung zu gewähren. Doch der erfolgreiche Verlauf des 1. Generalstreiks im Mai 1977, bei dessen Organisation die CEDOC/FENOC eine maßgebende Rolle spielte, löste eine Unterdrückungswelle der herrschenden Militärregierung gegen die militante Gewerkschaftsbewegung.

Die offizielle Anerkennung wurde nun der gespaltenen Fraktion von Cuisana ausgesprochen, obwohl sie kaum Unterstützung von der Basis hatte. August 1979 wurden die Militärs durch eine zivile Regierung ersetzt, in der Oswaldo Hurtado, der Hauptvertreter der Christdemokratie in Ecuador, als Vizepräsident eine entscheidende Rolle in der Regierungspolitik hat. Eines der Ziele der Regierung ist entsprechend die Zerschlagung der CEDOC/FENOC in ihrer jetzigen Form, um sie durch eine staatshörige "Gewerkschaft" unter Leitung einer christdemokratischen Fraktion mit Cuisana an der Spitze zu ersetzen.

Mesias Tatamuez vermerkt in seinem Aufruf an die Öffentlichkeit: "Diese Ereignisse sind nicht zufällig oder voneinander losgelöst zu betrachten. Sie sind vielmehr Bestandteil einer vermeintlich "demokratischen" Politik, die direkte Gewaltanwendung gegen Arbeiter, Slumbewohner und marginale Bevölkerungsgruppen tagtäglich einsetzt, und Gesetze erlässt, die die Interessen der Monopolgesellschaften schützen und die Arbeiter entmündigen. Die letzten Regierungserklärungen, keine weiteren Landbesetzungen und illegalen Streiks mehr zu tolerieren, sind die Antwort der Regierung auf die Protestbewegungen breiter Bevölkerungsgruppen, besonders auf die "Marcha Nacional Campesina" (Nationaler Landarbeitermarsch), der im letzten Oktober von der FENOC organisiere wurde und an der tausende Landarbeiter teilnahmen, um gegen die Regierungspolitik zu protestieren.

Das von der Polizei besetzte Gewerkschaftsgebäude in Quito gehört seit 1954 der CEDOC. Vor der Öffentlichkeit wird mit Hilfo des Vizepräsidenten Oswaldo Hurtado behauptet, das Gebäude sei bereits weiterverkauft, ein absurdes illegales Manöver, das jedlicher Rechtmäßigkeit entbehrt und uns verunsichern soll.

Wir rufen zur Solidarität mit unserem Kampf auf und bitten um

- 1) eine möglichst breite Bekanntgebung der undemokratischen Politik der jetzigen ekuadorianischen Regierung
- 2) Unterstützung bei der Forderung nach offizieller Anerkennung der von Emilio Velasco und Mesias Tatamuez angeführten CEDOC/
- 3) schriftlicher Protest gegen die Räumung unseres Gebäudes und der mutwilligen Zerstörung unseres gesamten Mobiliars und Do-

Bitte Telegramme und Briefe an:

Presidente de la República Jaime Roldós Palacio Presidencial

Adresse richten:

Ouito-Ecuador zu richten. Jegliche Post an die CEDOC/FENOC bitte an folgende Casilla Postal 1325 Correo Central Out.to-Tauador

## Die Dinosaurier schlagen zu

Mit einer Welle von Verhaftungen und Verbannungen hat sich das Regime des auf Lebensteit gewählten räsidenten "Baby Doc" luvalier aller führenden oppositionellen Journalisten und Politiker entledigt. Trotz der politischen Unterdrückung, der Korruption und Mißwirtschaft fließen aber die Gelder aus amerikanischer ( genauer: b.-amerikanischer ) und französischer Wirtschaftshilfe für das Regime stärker als zuvor.

Mit einem durch Ronald Reagans Wahlsieg eindeutig gesteigerten Telbetvertrauen haben die als "Dinosaurier" bekannten Gruppen, die innerhalb des Duvalier-Regimes eine Politik der Unterdrückung bevorzugen, seit Ende November allen Träumen und Vorstellungen von einer "Liberalisierung" in Maiti ein Ende bereitet. Schon am 13. Oktober 1980 war der Führer der Christdemokratischen Partei, Silvio Claude, verhaftet worden. Laraufhin war es in der oppositionellen Presse, in einigen Radicstationen und auf den Straßen der Hauptstadt Port-au-Prince zu Protesten und Demonstrationen gekommen, wie Haiti sie seit langer Zeit nicht mehr gehört und gesehen hatte. Die Proteste richteten sich auch gegen den offen zur Schau gestellten Luxus der Würdenträger des Regimes angesichts der allgemeinen Armut der Massen der Bevölkerung und gegen die brutalen Überfälle von Polizeikräften gegen Leute, die auf kleinen Booten das Land verlassen wollten, um in den USA oder auf den Bahmas einen Weg des Überlebens zu finden.

Ende November nun ließ Jean Valmé, der starke Mann unter den Militärs und Polizeichef von Port-au-Frince auf einen Schlag etwa hundert Personen verhaften, unter ihnen die Tochter von Silvio Claude, den Führer der Chrictlich-Sozialen Partei, Grégoire Eugène, fast alle bekannten Journalisten der privaten Radiostationen Radio Métropole und Radio Batti Inter und der oppositionellen Zeitschriften Le Petit Samedi Boir und Fraternité, sowie den früheren Justizminister Lamartinière Honorat und den Fräsidenten der Liga für Menschenrechte Gérard Gourgue. Sie alle wurden von Valmé als "nationale und internationale kommunistische Agitatoren" beschimpft, die "subversive Handlungen" mit dem Ziel begengen hätten, "ein Klima für den Terrorismus" zu schaffen.

Inzwischen ist die Zahl der Verhafteten auf etwa fünfhundert Personen gestiegen. Mehrere von ihnen wurden nacht gefoltert, unter ihnen auch der Vizepräsident der Liga für Menschenrechte, Lafontant Joseph. Um sich der Oppositionellen auf Dauer zu entledigen, ist das Regime außerdem dazu übergegangen, führende Köpfe der Opposition in die USA zu deportieren. Einer der ersten Leportierten war Grégoire Eugène, der das Regime bei seiner Ankunft in NewYork "eine Schande für die Zivilisation" nannte.

Im Gegensatz zu früheren Machrichten ( vergleiche IM Mr. 87 ) hat aber die Regierung der USA ihre Wirtschaftshilfe keineswegs eingestellt, sondern noch erweitert. Und noch kurz vor der Verhaftungs-welle versprach der französische Entwicklungshilfeminister Robert Galley eine Verdreifachung der Milfe für "Luvaliers Weg zu Demokratie und Fortschritt". Die Dinosaurier haben das Vertrauen der "freien Welt".

# **GRENADA**

BERICHTE

## Revolution in der Karibik in Gefahr

Die Amtsübernahme Reagans, der durch seinen neuen Außenminister Haig ein "entschlossenes Vorgehen gegen das 'Abenteuertum' in der Karibik und in Mittelamerika" ankündigen ließ, und die vorangegangenen Wahlsiege der Rechten in Jamaica, Dominica und St. Vincent deuten auf eine heftige Entwicklung der politischen Situation in der Karibik hin.

Für die kleine Karibikinsel Grenada, wo am 13. März 1979 das diktatorische Regime Sir Eric Gairys vom 'New Jewel Movement' (Bewegung für Wohlstand, Erziehung und Befreiung Grenadas, NJM) gestürzt wurde, ist der Weg revolutionärer Veränderung steiniger geworden. Innerhalb der englischsprachigen Karibik ist Grenada das erste Beispiel für eine bisher geglückte revolutionäre Imwälzung, die mit den behüteten Traditionen des englischen Farlamentarismus brach. Die Insel der südlichen Antillen mit etwas über 100 000 Einwohnern spielt für die Entwicklung der Befreiungsbewegungen in der Region eine wichte Rolle und ist dafür von ablehnend bis feindlich gesonnenen Regierungen nun nahezu vollständig umgeben Destabilisierungsversuchen ausgesetzt.

Eric Williams, der Premier Trinidads, ist der neuen Revolutionären Volksregierung Grenadas (PRG) von Anfang an mit Ablehnung und Boykott begegnet; Cato, der wiedergewählte Regierungschef in St. Vincent bat während des Umsturzes in Grenada die Briten um militärische Intervention. Die im Juli 1980 an die Macht gekommene Regierung von Mary Eugenia Charles verfolgt einen deutlich antikommunistschen Kurs. In Martinique und Gouadeloupe ist französische Marine stationiert und in Antigua errichteten die USA Militärbasen für harine und Luftwaffe und den Mittelwelle-Sender 'Voice of America'. Auf Barbados unterhalten die USA schon seit längerem einen militärischen Stützpunkt, die Armee von Barbados soll zu einer regionelen Einsatztruppe ausgerüstet werden.



Eine der Hauptaufgaben sieht die Revolution, Arbeitsplätze und ausreichenden Lohn für die am stärksten Benachteiligten, für die Frauen zu schaffen. Um die Frauenarbeitslosigkeit entscheidend . senken zu können, ist es notwendig, daß die Versorgung der Kinder gewährleistet ist. Daher werden momentan in ganz Grenada öffentliche und kostenlose Kindertagesstätten errichtet, die unbedingt finanzieller Hilfe bedürfen. Teilweise werden die Häuser für die Tagesstätten an freiwilligen Wochenendeinsätzen errichtet, aber sehr oft fehlt es an dem notwendigen Material, um die Arbeit fortzusetzen. Zur Finanzierung von Häusern, Spielgeräten, Erzieher/innen etc. wurde ein 'Scotilda Noel Fond' gebildet (benannt nach einer tödlich verunglückten NJM-Aktivistin), der mit unserem Geld unterstützt werden sollte - mit einigen Spenden kann in Grenada schon viel erreicht werden. Hier das Spendenkonto des deutschen Arztes Mathias Gruhl, der nach der Revolution auf Grenada arbeitete: Mathias Gruhl, 16015075 Stadtsparkasse Aachen Bankleitzahl 39050000)



MINISTER LOUISON

Das folgende Interview mit George Louison, dem Minister für Erziehung, Jugend und Soziale Angelegenheiten Grenadas, wurde am 26. 9. 1980 in der Hauptstadt Grenadas. St. Georges geführt.

LN: Im Jahr 1979 wurde die Diktatur Gairys gestürzt, 1980 ist benannt worden als Jahr für 'Erziehung und Produktion'. Was sind die Gründe und Ziele dafür ?

Louison: Das Jahr 1979 war für uns das Jahr der Befreiung. Für 1980 war unser grundsätzliches Ziel, die Revolution zu konsolidieren und uns zu bemühen, unser Volk dazu

zu bringen sich selbst zu organisieren. Wir hoffen eine bessere Ausbildung auf allen Ebenen der Gesellschaft zu erreichen. Als erstes haben wir die Lehrinhalte der Schulen revidiert und unsere Lehrer nach neuen Richtlinien ausgebildet. Als zweites entwickelten wir ein Programm für ein besseres Verhältnis von Schulen und Gemeinden. So gab es im Januar 1980 eine Kampagne zur Reparatur der Schulen, innerhalb derer über 60 Schulen auf der Insel wieder in Schuss gebracht wurden. Als drittes haben wir ein Massenprogramm des Zentrums für Volksbildung (Center for Popular Education, CPE) gestartet. Das Ziel des CPE ist es, sowohl den Analphabetismus in unserem Land zu beseitigen als auch für eine kontinuierliche Ausbildung auf allen Ebenen zu sorgen. Als viertes starteten wir ein Arbeits- und Studiumprogramm (workstudy), wo die Studenten gleichzeitig Lehrer und Arbeiter sind.

LN: Wie sieht es im Produktionsbereich aus ?

Louison: Hier liegt jetzt unser Hauptaugenmerk auf der Landwirtschaft, die unter der Gairy-Diktatur sehr gelitten hat und wo sehr wenig produziert wurde. In diesem Jahr haben wir uns bemüht, Kleinbauern z.B. mit Dünger und Saatgut Unterstützung zu bieten. haben für Strassenausbesserung gesorgt und ca. 30 km neuer Feldwege in den letzten 18 Monaten gebaut. Für dieses Jahr haben wir ein

5 Millionenprogramm für Feldwege und Zubringerstraßen für unsere Kleinbauern zur Verfügung gestellt und auch angefangen, ein anderes Hauptprojekt, das Landreformprogramm einzuführen, wo unser Hauptanliegen die Entwicklung von Landkooperativen ist. Als zweites sind wir dabei, die Fischereiindustrie zu modernisieren. Wir haben eine Fischereischule und verschiedene andere Schulen eröffnet. die sowohl ausbilden als auch produzieren, eine Hotelschule, eine Bauernschule. Kurse für Forstwirtschaft und für Management für regierungseigene Unternehmen. Weiterhin wurde jetzt auch eine Agroindustriefabrik gegründet; sie wird Säfte, Marmelade, Gelee, eingemachte Früchte und andere Agroprodukte verarbeiten. Wir haben auch eine Kaffeerösterei eröffnet, wo wir zum ersten Mal unseren eigenen Kaffee in Grenada produzieren. Dies sind ein paar Dinge, die wir im Produktionsbereich begonnen haben.

LN: Wie geht ihr die Arbeitslosigkeit an ?

BERICHTE

Louison: Als wir letztes Jahr die Macht ergriffen, war das das allergrößte Problem. Die Hälfte unserer Bevölkerung war arbeitslos. Während des letzten Jahres konnten wir das Problem massiv verringern. Aber auch in diesem Jahr sieht unsere Regierung die Arbeitslosigkeit als das größte sozioökonomische des Landes an. Heute ist die Arbeitslosenrate bei 30 Prozent. Um die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, soll uns die Gründung von Kooperativen helfen. Bei uns ist die Landwirtschaft vorrangig und produziert den Hauptteil unserer Devisen. Im Augenblick gibt es ca. 30 staatliche Farmen.

LN: Ihr habt diese Farmen alle von Gairy übernommen. Wurden noch weitere Farmen verstaatlicht?

Louison: Nein, bisher haben wir kein anderes Land nationalisiert. Unter Gairy herrschte Vetternwirtschaft und Korruption, die die herrschende Klasse begünstigte. Es ist unsere Hauptaufgabe, moderne Landwirtschaft auf die Staatsfarmen zu bringen und profitabel zu produzieren. Dies läuft ganz gut an. Genauso wollen wir den Standard der Arbeiter heben, denn sie arbeiteten und lebten unter den deprimierendsten Bedingungen, die man sich vorstellen kann. Auf diesem Gebiet war es uns in den letzten Monaten möglich. ein System der Gewinnverteilung einzuführen. Die Arbeiter dieser Farmen verteilen die Profite folgendermaßen: ein Drittel zahlen sie sich direkt aus, das zweite Drittel wird zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation der Arbeiter verwand, z.B. zum Bau von Toiletten, Bädern und später für Kultur-, Sport- und Erholungseinrichtungen. Das letzte Drittel geht an den Staat für die allgemeine nationale Entwicklung.

Die Kooperativen sind die neue Verpflichtung, die wir eingehen. Ausgangspunkt ist das viele Brachland in Grenada. Wir möchten sie hauptsächlich als Arbeiter-Kooperativen aufbauen und damit Arbeitslose anregen, der Staat gibt ihnen die nötigen Startchancen wie Kredite, Darlehen und Maschinerie und sorgt also für das Nötigste um anzufangen.

LN: Mit der Beteiligung der Jugend an den Landkooperativen scheint es jedoch nicht so einfach zu klappen.

Louison: Das ist eines unserer Probleme. Das Land hat von seiner Geschichte her ein gewisses Stigma, Landarbeit gleich Sklavenarbeit, das ist ein Problem für viele unserer Jugendlichen. deshalb wollen sie nicht auf das Land. Wir müssen kreative Möglichkeiten zur Lösung dieses Problems finden. Wir versuchten. in einer massiven Kampagne unserer Jugend zu verdeutlichen, daß Landwirtschaft die Grundlage ist, um unser Arbeitslosenproblem zu lösen. Eine Reihe weiterer Arbeitsplätze werden in der Agroindustrie entstehen, denn durch das Landwirtschaftsprogramm wird es nicht nur Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sondern auch in der Weiterverarbeitung und in der Fischerei geben.

LN: Welche Rollen spielen die Frauen in der Revolution, wie geht die PRG die Frauenproblematik an, z.B. die Frauenarbeitslosigkeit.

Louison: Ja. die ist sehr viel höher als bei den Männern. Seit der Revolution kümmern wir uns um eine Veränderung. Wir sind uns klar, daß die Frauen in Grenada und auf der ganzen Welt zu den am meisten ausgebeuteten Massen gehören. Die Revolution hat Anstrengungen unternommen, um den Frauen eine aktivere Rolle in der Gesellschaft zu ermöglichen. Wir haben ein Gesetz für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit verabschiedet und weiterhin nach Konsultation aller Gruppen der Gesellschaft einen Schwangerschaftsurlaub für alle Frauen, ledig wie verheiratet, beschlossen. Unter Gairy gab es für die meisten arbeitenden Frauen keinen Schwangerschaftsurlaub, für ledige Frauen überhaupt nicht. Viele Frauen haben jetzt wichtige Posten in der Regierung, in meinem Ministerium haben wir eine eigene Abteilung für Frauenfragen, die sich gezielt für die Verbesserung der Situation der Frauen einsetzt. In unterentwickelten Ländern wie dem unseren müssen jüngere Arbeiterinnen ihre kleinen Kinder immer größeren Geschwistern zum Aufpassen geben, meistens den Schwestern, die dann nicht in die Schule gehen können, dadurch keine Ausbildung erhalten und so wieder die schlechtesten Jobs erhalten. So zementieren sich die Probleme der Frauen. Wir werden jetzt Kindertagesstätten und Kindergärten einrichten und müssen uns bemühen, mehr Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen.

LN: Wie wird sich die Demokratie in Grenada entwickeln, ohne Wahlzettel ? Wie findet eine Beteiligung von unter an den Entscheidungen statt ?

Louison: Im Augenblick haben wir noch kein System von Volksversammlungen institutionalisiert, aber in Bezug auf die Entwicklung der Demokratie sieht es so aus, daß bi ch in unserem Land die gewerkschaftliche Organisierung mehr als verdoppelt hat. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung, denn die Arbeiter diskutieren in ihren Gewerkschaften auch alle Themen. die unsere Demokratie betreffen. Zusätzlich hält die Regierung eine astronomische Zahl von Gemeindeversammlungen ab. Dort finden Diskussionen über die Landreform, Ökonomie und anderes statt, und dies führt eine Menge Leute zusammen. Es gibt sehr viele Veranstaltungen zur Solidarität mit den Kämpfen anderer Völker statt, wir machen viele Versammlungen, um die Hauptinhalte unserer Politik zur Diskussion zu stellen. Obwohl wir erst 18 Monate an der Macht sind und noch nichts formalisiert ist, sehen wir, daß immer mehr Leute aktiv werden und sich organisieren, Frauen, Jugendliche, Milizionäre. Dies sehen wir als die Basis für eine demokratische Entwicklung unseres Landes an.

LN: Hat Grenada schon eine neue Verfassung ?

Louison: Noch nicht, aber es gibt eine Kommission, die daran arbeitet.

LN: Werden andere Parteien als die NJM erlaubt sein ?

Louison: Wir haben bisher keine Partei in Grenada verboten. Wegen der Geschichte unserer Kämpfe für und mit dem Volk ist NJM die Partei, die die Masse der Leute unterstützen. Die Leute nehmen teil an unserer Politik.

LN: Es gibt immer noch bewaffnete Konterrevolutionäre im Land,

und der Cia versucht mit verschiedensten Methoden, die Revolution in Grenada zu Fall zu bringen.

Louison: Wir sind überzeugt und haben greifbare Beweise, daß der Imperialismus eng mit den konterrevolutionären Elementen in unserem Land zusammenarbeitet. Das Bombenattentat vom 19. Juni 80 auf unsere Führung war eng mit dem Imperialismus verknüpft. Weiterhin versucht man z.B. dem Namen Grenada in der ganzen Welt einen schlechten Ruf zu geben, um die Tourismusindustrie abzuwürgen, der CIA weiß um die Bedeutung des Tourismus für unsere Okonomie. Sie haben in die verschiedensten Artikel in Zeitungen und Zeitschriften lanciert und behaupten tatsächlich, daß an jeder Straßenecke jemand mit der Waffe in der Hand steht. Sie behaupten. daß wir russische und kubanische U-Bootstationen auf Grenada hätten und all solchen Blödsinn, daß wir Guerillalager von Baader-Meinhof, PLO und anderen hier hätten. Mit dieser Destabilisierungspropaganda versuchen sie bei anderen Ländern das Image unseres Landes zu zerstören. Innerhalb von Grenada ist die Mehrzahl der Konterrevolutionäre vernichtet und besiegt. Bei ihrem letzten Anschlag vom 19. Juni 80 konnten wir sofort einige wichtige Leute von ihnen festnehmen. Es gab auch Versuche, Söldner zu rekrutieren, um in unser Land einzudringen. Aber unsere Miliz ist bestens gerüstet.

LN: Wann und warum wurde die Tageszeitung 'Torchlight', zu Gairys Zeiten durchaus oppositionell und hauptsächlich im Besitz des 'Trinidad Express', geschlossen?

Louison: 'Torchlight' wurde im Oktober letzten Jahres geschlossen. Was 'Torchlight' damals darstellte, war der Versuch reaktionärer Kreise, eine Stimmungsmache von Verunsicherung, Gewalt und Konterrevolution zu entfachen und die Zeitung als Organisationsmoment für die konterrevolutionären Kräfte zu benutzen. vergleichbar dem 'El Mercurio' in Chile vor dem Sturz Allendes. Genauso wie jetzt der jamaicanische 'Gleaner' von extrem rechten reaktionären Kräften benutzt wird. 'Torchlight' druckte eine Reihe von gemeinen und entstellenden Berichten nach, die im Ausland gegen die R. volution geschrieben wurden, z.B. einen verlogenen Artikel einer west. deutschen Illustrierten, der 'Quick', um mit dieser manipulierten angeblichen Weltöffentlichkeit unsere Bevölkerung zu verunsichern. Einmal versuchte die Zeitung eine Sektion der Rastas gegen die PRG zu mobilisieren und eine Demonstration zu veranstalten. Der größere Teil der Rastbewegung, der die Revolution unterstützt, machte eine Gegendemonstration, und so ging der Plan, die Rastas gegen die Revolution aufzuwiegeln, nach hinten los. Ein engagierter und verantwortungsvoller Journalismus soll das kulturelle Bewußtsein des Volkes heben, ihm eine reale und objektive Berichterstattung geben; 'Torchlight' setzte falsche Informationen getielt und bewußt ein, um gegen die Revolution zu arbeiten.

LN: Der Tourismus ist eine der Haupteinnahmequellen Grenadas, wie wird er sich im revolutionären Grenada verändern?

Lauison: Wir glauben daß wir mit dem Tourismus gute Chancen haben, denn unser Land ist eines der schönsten der kleinen Antillen, und wir glauben, daß der Tourismus für die Entwicklung Grenadas seinen Teil beitragen kann. Ein Hauptproblem unter Gairy bestand darin, daß Grenada nur Durchlaufstation für Touristendollars war. 90 Cent von jedem Dollar blieben nicht im Land, weil alles importiert wurde, Nahrung, Fahrzeuge etc. und sogar die Andenken. Wir glauben, daß bei dem, was wir 'neuer Tourismus' nennen, mehr von unserem Land an Lebensmitteln, Agrarprodukten, Möbeln usw. in den Tourismus kommt und die Touristen auch mehr von Grenada sehen und ereleben können.

LN: Die FRG versucht eine Politik der Blockfreiheit durchzuführen. Einige Wirtschaftsprojekte werden von Kuba und den Ländern des Ostblocks unterstützt. Wie ist das Verhältnis zur EWG und zur BRD?

Louison: Die EWG hat uns ökonomisch unterstützt, wir erwarten in nächster Zeit fast 19 Millionen EC-Dollar als Fünfjahresanleihe. Letztes Jahr, als wir eine Überschwemmung hatten, gab die EWG uns 1,2 Millionen Soforthilfe. Zur EWG haben wir ein recht gutes Verhältnis. Von der BRD haben wir bis jetzt keine ökonomische Hilfe erhalten, obwohl wit diplomatische Beziehungen haben.

LN: Was sind die Ziele und Hoffnungen der PRG für 1981 ?

Louison: Wir wollen 1981 die Revolution weiter konsolidieren. Die Arbeit dieses Jahres im Produktions- und Erziehungsbereich verbessert unsere ökonomische Situation, und das wollen wir verstärkt ausbauen. Unser Volk hat jetzt eine hoffnungsvolle Perspektive. Unser Land wird sich als ein progressives Land der Dritten Welt zeigen und mit anderen Ländern für eine neue ökonomische Welt-ordnung kämpfen, ich möchte sagen, eine neue Ordnung für Länder wie das unsere. Als revolutionäres Land wollen wir dazu beitragen, daß sich der Karibik-Raum weiterentwickelt. Wir sehen optimistisch in das nächste Jahr.



# **GUAYANA**

## **Erneuter Wahlbetrug**

"Die Wahlen in Guyana haben die Meinung der Bevölkerung nicht zum Ausdruck gebracht. Sie waren weder frei noch fair, sondern ein plump arrangierter und dreister Schwindel um Präsident Burnham an der Macht zu halten." Zu diesem vernichtenden Urteil kam Lord Avebury, Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses im britischen Parlament und zugleich Sprecher einer internationalen Beobachterkommission, nach der Auswertung der Wahlen vom 15.12.80 im südamerikanisch-karibischen Guyana.

Das von der Regierung verkündete Wahlergebnis gibt der Regierungspartei PNC des seit 16 Jahren herrschenden Burnham 77% der Stimmen und 41 von 53 gewählten Sitzen im Parlament (14 Abgeordnete werden von der Regierung nominiert). Auf die parlamentarische Opposition PPP entfielen 10 Sitze, 2 erhielt die rechtsgerichtete United Force.

Vor dem Hintergrund massiven Wahlbetrugs sowohl bei der letzten Wahl 1973 als auch bei dem Verfassungsreferendum von 1978, das Burnhams diktatorische Macht konstitutionell absicherte, stellte die internationale Beobachterkommission gravierende Wahlbehinderungen fest. Stimmabgaben fanden unter den Augen bewaffneter Militärs statt. Wahlhelfer waren offensichtliche Anhänger der PNC, und die Wahllisten waren total veraltet. In der Praxis bedeutet das, daß längst Verstorbene, z.B. die Toten des Jonestown-Massakers im November 78, in Burnham-Anhänger verwandelt werden kommten.

Die PPP erklärte, die Wahl sei eine Art Militärcoup gewesen, das Regime jedoch wäre nach innen völlig isoliert und nach außen entlarvt worden. Die Working People's Alliance, die Partei des im Juni 1980 aus dem Lager der Regierungspartei PNC ermordeten Walter Rodney, hatte wegen des zu erwartenden Wahlbetrugs zum Boykott aufgerufen. Nach ihren Beobachtungen war die Wahlbeteiligung in den städtischen Zentren äußerst gering und betrug im Landesdurchschnitt maximal 40%. Die Bemühungen Burnhams, mit diesen Wahlen unter anderem internat. Glaubwürdigkeit und Legitimität zu erzeugen, sind im wesentlichen gescheitert.







Walter Rodney

## »Ein Volk, ein Schrei: URUGUAY!«

Sieh einer an, das kleine Uruguay!

Jetzt nimmt es nicht nur den 1. Platz ein, wenn es um den prozentualen Anteil der politischen Gefangenen an der Gesamtbevölkerung geht, nein: auch im Fußball hat es Größeren den Rang abgelaufen.

Im Endspiel des 'Turniers der Weltmeister' - charmanter gesagt: mundialito - besiegte die Nationalmannschaft Uruguays am 10.1.81 in Montevideo die des großen Nachbarn und dreimaligen Weltmeisters Brasilien mit 2:1.

'Deutschlands größte Sportzeitung' hatte sich vor der Veranstaltung beharrlich ausgeschwiegen. Der politische Aspekt des Turniers in Uruguay und die Problematik einer bundesdeutschen Teilnahme fiel nicht in sein Ressort. Schließlich hat der Sport wirklich nichts mit Politik zu tun - wie man spätestens seit der Olympiade in Moskau weiß...

Lediglich über die sportlichen Chancen der bundesdeutschen Balltreter mochte das Fußball-Fachblatt sein Urteil abgeben. Es blieb von Selbstzweifeln ungetrübt und fiel optimistisch aus. Ein bißchen zu optimistisch, wie sich herausstellen sollte: 'unsere' Mannschaft gewann als einzige der sechs Teilnehmer keinen Punkt und belegte somit den letzten Platz.

Für das verwöhnte Fußballvolk in der Heimat hatte man schnell eine Erklärung parat: dolce vita am La Plata! Wer nachts um 2 Uhr noch in Striptease-Bars zu finden ist, der kann natürlich auf dem Fußballfeld nicht gewinnen...

Bundestrainer und Deutscher Fußball-Bund (DFB) hielten dieses Verhalten einiger ihrer Stars offenbar für weitaus verwerflicher als die Teilnahme in Nontevideo selbst. Kein Hinweis auf Uruguay als Lateinamerikas Folterkammer Nr. 1 durch Solidaritätsgruppen oder gar durch ein paar SPD-Bundestagsabgeordnete konnte den DFB davon abbringen, am Turnier der ehemaligen und gegenwärtigen Weltmeister (für England war der zweimalige Vizeweltmeister Holland eingesprungen) in Uruguays Hauptstadt teilzunehmen.

"Der DFB ist nicht für oder gegen ein politisches System", sprach sein Pressechef. Wofür ist er dann? - wird man sich fragen missen. Für den Fußball als reine Idee?

Als die Teilnahme des DFB unwiderruflich feststand, appellierte ai-Generalsekretär Helmut Frenz an die Mitglieder der westdeutschen Nationalmannschaft, sie sollten sich beim Bonner Botschafter in Uruguay informieren und fragen, ob z.B. in einem der schlimmsten Foltergefängnisse wie dem, das den schönen Namen 'La Libertad' trägt, Deutsche oder Deutschstämmige in Haft seien und sich dann bei den Behörden Uruguays für sie einsetzen.

Bisher ist von einer solchen Aktion nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Oder ob sich die Jungs nur geschämt haben, zum Botschafter zu gehen, nachdem sie beide Spiele verloren hatten...?

Nach der sportlichen Pleite des DFB-teams hielt sich selbst der Chefreporter des 'kicker' mit seinen massiven politischen Bedenken nicht mehr zurück. Unter der deutlich auf die Verhältnisse in den Gefängnissen und Folterkellern anspielenden Überschrift: "Ein Volk, ein Schrei: Uruguay!" gibt er die Stimmung am Endspieltag in Montevideo wieder. Doch während in all den Wochen zuvor kein Wort über die politischen Verhältnisse in Uruguay zu finden war im Fachblatt der Fußballfans, konnte man nun in der Ausgabe vom 12.1.81 Erstaunliches lesen:

"Das Land mit den schlimmsten Foltern aller gegenwärtig existierenden politischen Systeme hatte sich absentiert vom politischen Alltag. Nicht die rund 5.000 politischen Gefangenen (nach Angaben der Hilfsorganisation "amnesty international")'beherrschten die Gedankenwelt der Montevideaner, nein, 4 - 4 - 2, die Formation ihres teams, gab den Diskussionsstoff ab... Während irgendwo außerhalb der Hauptstadt Uruguays wohl die Salven der Peletons krachten, hörten wir auf dem Weg ins 'Centenario'-Stadion nur das Knattern der weiß-blauen Fan-Fahnen im Wind..."

Repression kann ganz schön romantisch sein! Aber wir wollen dem Kollegen vom 'kicker' nicht Unrecht tun, denn schließlich fährt er fort:

"Ein unwirkliches Gefühl kroch in einem hoch. Seit dem Beginn der Militärdiktatur vor sieben Jahren hat sich der Uruguayer eingerichtet im Alltag – der Fußball ist ein wichtiger Bestandteil dabei. Lachen und Weinen in der selben Sekunde – dies ist hier kein Widerspruch gewesen.

Die lauten, siegesgewissen Hupgeräusche der fahrenden Autos narkotisierten die Reste des eventuell noch vorhandenen, jedoch verdrängten Schmerzes.

Siegessicherheit auch vor dem 'Centenario': Uruguay no pierde, 'Uruguay wird nicht verlieren'..."

Wie hat er doch die Stimmung des Volkes präzise einfangen können! Fast kommen einem die Tränen vor Rührung.

Der Jubelsturm sei zum Orkan geworden, konnte man in einem anderen Blatt Lesen, als Uruguays Staatspräsident Aparicio Mendez den Gold-Pokal (Wert: 130.000 DM) überreichte. Polizeistunde und Ausgangssperre blieben aufgehoben in der folgenden Nacht: bis in die frihen Morgenstunden habe Montevideo die Wiedergeburt des uruguayischen Fußballs gefeiert.

Wie wirde man wohl erst die Geburt von Demokratie und Gerechtigkeit feiern...???



# **ARGENTINIEN**

## Campora: ein Verlust für das argentinische Exil

Mit dem Tod von Hector Cámpora verliert das argentinische Exil zweifellos seine wichtigste Persönlichkeit. Trotz seiner tödlichen Krankheit war er paradoxerweise der argentinische Politiker mit der größten Zuktur., wenn man bedenkt, daß die 49 Tage seiner Präsidentschaft im Gedächtnis des Volkes bleiben als ein ernsthafter Versuch der Demokratisierung, als ein Versuch das zu Ende zu führen, wofür das Volk gestimmt und wofür es gegen die Militärdiktaturen von Ongania, Levingston und Lanusse gekämpft hatte.

In der Persönlichkeit von Cámpora zeigen sich die Grenzen des Peronismus als Ideologie und als Bewegung. Campora war ein treuer Diener der "Seele" des Peronismus, aber - wenn auch unbewußt - nicht nur das, sondern auch einer der Vorreiter dessen, was der Peronismus hätte sein können, wenn er auf das Volk im Kampf um die Befreiung vertraut hätte. Die Biographie Cám poras bis zur Übernahme der Präsidentschaft am 25. Mai 1973 zeigt keine herausragenden Züge. Er erwies sich immer als ein bedingungsloser Anhänger von "General Perón" (wie er ihm gewöhnlich im Ton eines untergeordneten Unteroffiziers nannte). Während der beiden Präsidentschaften Peróns (1945-1955) fiel er we der durch neue Ideen noch durch den Versuch der Radikalisierung der Bewegung auf, sondern dadurch, daß er blind den Anweisungen Peróns folgte. Konservativer Herkunft - er gehörte zur Partei der Oligarchie bis er zum Peronismus wechselte - hielt er an einer rechtsnational istischen Ideologie fest, die Verbindung mit der Volksbewegung die Entwicklung des Peronismus nach links bewirkte. Dadurch wurde der Peronismus zum Dorn im Auge der argentinischen Bourgeoisie. Angesichts des totalen Scheiterns der klassischen Linken - die sich aus reinem Antiperonismus mit dem reaktionärsten Liberalismus verbündete - wandte sich die Arbeiterklasse dem Peronismus zu und machte aus ihm die Bewegung der Mehrheit des Volkes.

Als in den ersten freien Wahlen ohne Einschränkungen im Jahr 1973 – nach 18 Jahren des Kampfes – der Peronismus an die Macht kam, war Campora der Mann, den Peron zu seinem Repräsentanten bestimmte. Er regierte nur 49 Tage. 49 Tage, die

zum "politischen Frühling Argentiniens" wurden. Es waren sieben Wochen der weitreichenden Demokratisierung. Ein Erwachen für ein unterdrücktes und seiner Freiheiten beraubtes Volk. Das Volk war auf der Straße, diskutierte und brachte seine Meinung zum Ausdruck. So war es auch in der Universität, in den Gewerkschaften, in der Kultur, in den Elendsviertelorganisationen. Der Mann auf der Straße fühlte sich als wichtiger Handelnder. Die reaktionären Kräfte hatten sich zurückgezogen, sie waren angeschlagen und hatten panische Angst vor diesem Volk, das mit dem Aufstand von Córdoba gezeigt hatte, zu was es fähig war. Die persönliche Klugheit Cámporas zeigte sich in diesen 49 Tagen in seiner Fähigkeit, sich mit den fähigsten und fortschrittlichsten Menschen zu umgeben, auf die der Peronismus zählen konnte, eine Gruppe, die entschlossen war, das Programm, das der Mann auf der Straße forderte, in die Realität umzusetzen. Aber der Haupt-

feind Cámporas war seine eigene "Seele", Perón. Perón war die Regierung Cámpora zu links. Und Cámpora mußte gehen. Perón bevorzugte den korrupten Kreis um López Rega und Lastiri.

Der Rücktritt Cámporas bedeutete eine fundamentale Wende im politischen Leben Argentiniens, die "Restauration" kaum sieben Wochen nach der Revolution der Wahlurnen. Die Rechtsperonisten bemächtigten sich aller Sektoren der Macht. Es begann die systematische Repression gegen den revolutionären Peronismus und gegen jeden des Marxismus Verdächtigen. So kam es zu der lächerlichen und tragischen Situation, daß Cámpora selbst aus der Justizialistischen Partei ausgeschlossen wurde – im April 1975 – "wegen parteischädigendem Verhalten und Begünstigung der Infiltration extremistischer Ideen in den Justizialismus".

Am 13. Juli 1973 trat Cámpora von seinem Amt als Präsident der Nation zurück, aber schon am 20. Juni – kaum 25 Tage nach seinem Amtsantrift – zeigten sich die Grenzen seiner Macht. An diesem Tag wurde das Massaker von Ezeiza verübt; die peronistische Rechte beging gemeinsam mit parapolizeilichen und paramilitärischen Banden diese blutige Provokation, um Cámpora zu diskreditieren. Er hatte nun die Aufgabe, energisch zu reagieren und die Anführer der Repressionsbanden von ihren Posten zu entfernen. Noch in der Nacht des Massakers besuchte er Perón, der gerade aus dem Exil zurückgekehrt war, um von ihm die Zustimmung zu einer gründlichen Untersuchung des Massakers zu erhalten. Perón verweigerte seine Zustimmung. So blieb die wirkliche Macht in den Händen der Repressionsapparate, die 18 Jahre lang gegen das Volk gekämpft hatten und die später unter Videla unglaubliche Grausamkeiten begingen.

Cámpora war kein Staatsmann, er war kein Ideologe und noch weniger ein Revolutionär. Aber ihm fiel die Rolle eines politisch Handelnden in jener Periode der argentinischen Geschichte zu, in der das Volk soweit war, die von ihm demokratisch gewählten Männer dazu zu zwingen, die nur rethorische soziale Demokratie in die Wirklichkeit umzusetzen. Aber der Peronismus war darauf nicht vorbereitet: wegen seiner Spaltung, seiner Ideologie und wegen seines "obersten Führers". Und so begann das, was mit der kampflosen Übergabe der Macht an die grausamste Militärdiktatur auf argentinischem Boden endete.

Trotzdem begriff Cámpora in den letzten 13 Monaten seines Lebens in Mexico seine Rolle als Inspirator. Die Hoffnungen, die man auf ihn gesetzt hatte, schwanden allerdings zum Teil, als er - statt das argentinische Exil zu einigen - in einer schlimmen Rede die Spaltung vertiefte. Aber trotzdem blieb er immer irgendwie der Mann, der eine Garantie für die Konkretisierung eines neuen 1973 war, eine einigende Synthese zwischen dem fortschrittlichen und revolutionären Peronismus und einer Menge von Kräften, die für das gleiche Ziel kämpfen.

Jetzt muß diese Einheit von innen kommen, muß sich um die legitimen Autoritäten des Peronismus, Bittel und die neuerrichtete CGT, sammeln. Dies ist eine Art des Wiedrbeginns, der – wie 1972 – zur Einigung aller fortschrittlichen Kräfte führen wird. Der erste Schritt dazu muß die Bildung einer breiten Nationalen Befreiungsfront sein.

# **KOLUMBIEN**

## Vertreibung der Bauern von El Pato

Die Redaktion der Zeitschrift UNIDAD INDICEMA führte das folgende Gespräch mit Bauern aus der Mone von EL PATO (Departement CAQUETA). Dieses Gebiet wurde in mehreren Etappen von aus anderen Regionen vertriebenen Bauern kolonisiert. Bur Zeit der VIOLENCIA, dem kolumbianischen Bürgerkrieg (1949 - 1964), zogen sich liberale Bauern dorchin zurück, die aus ihrer Heimat durch Mörderbanden verjagt worden waren. Gleichzeitig aber wurde dieses Gebiet Aktionsfeld der Guerilla, insbesondere der FARC - Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia. Die im folgenden erwähnten Invasionen des PATO sind wirkliche Feldzüge der kolumbianischen Armee gegen die dort siedelnden Bauern, mit denen sie - unter dem Vorwand, die Guerilla bekämpfen zu wollen - das gesamte Cebiet unter ihre Kontrolle zu bringen versucht. Dies aus zwei Gründen: erstens kann es sich kein Hationalstaat leisten, so etwas wie hefreite Gebiete auf seinem Territorium su dulden, und um der Guerilla jede Aktions- und Lebensgrundlage zu entziehen, muß die gezante ansässige Bevölkerung vertrieben werden. Zweitens wird die Zone nach erfolgreicher Vertreibung der Bauern und Liquidierung der Guerilla für den Agrobusiness und große Tandbesitzer wirtschaftlich interessant, da die kosten der Landerschließung ja bereits von den Siedlern getragen wurden.

Die durch die Militärektion vertriebenen Bauern sind geschlossen Ende August nach NEIVA marschiert, der Hauptstadt des Nachbardepartements HUILA, von dem aus das koloniaierungsgebiet erschlossen wird. Sie besetzen dort das Stadion, um gegen die Militarinvasion zu protestieren und den Rückzug der Streitkräfte zu fordern. Wir haben darüber in Ld 3; berichtet.

Das Vorgehen der Militärs gegen die kolumbianischen Bavern und Indios In anderen Zomen des Landes ist dem im Interview dargestellten sehr ähmlich und verfolgt die gleichen Ziele: Zerschlagung der politischen und ökonomischen Selbatorganisation und Aneignung der Arbeitskraft und des Bodens und seiner Reichtümer durch nationale Grundbesitzer und das internationale Kapital.



Interview von »UNIDAD INDIGENA« mit einer Delegation aus »EL Pato« — Popayan, 15. November 1980 Auch politische Menschen dürfen Gedichte lesen

Frage (F): Die kolumbianische Regierung hat vor kurzem wieder Gebiete militarisiert, die von Indios und Bauern bewohnt werden, wie zum Beispiel Urabá, El Pato, den Norden des Departements CAUCA, das Reservat RIO DE ORO im ALTO ANDÁGUEDA (CHOCÓ),

wo ein Massaker an Indios verübt worden war. Wir würden gern von Euch wissen, wie es zur Militarisierung von EL PATO kam, wo Ihr wohnt, und welches Ziel die Regierung mit dieser Aktion verfolgt.

Antwort (A): Die Militarisierung begann in der Zone von GUAYA-BERO. Die Regierung und die nationale Presse hatten schon Wochen vor der Invasion von Mt. PATO durch das Heer eine allgemeine Säuberungsaktion in der Zone von GUAYABERO angekündigt, und als Ziel dieser Aktion ein "Aufräumen mit allen Subversiven" angegeben. Danach würde dann das Heer in das Gebiet von EL PATO weitermarschieren, wie die Zeitungen meldeten und wie es dann ja auch tatsächlich geschehen ist. So fing alles an. Als sie mit dem GUAYABERO aufgeräumt hatten, begannen sie im PATO zu bombardieren und zu schleßen. Sie fingen damit an einem Ort namens LAS PERLAS an und beschuldigten uns Siedler, einen geheimen Flughafen zu haben, was aber gar nicht stimmt, denn dieser Flughafen gehörte einem Dr. Hartiniano und ist verlassen, seit dieser Herr bei einem Flugzeugunglück ums beben gekommen ist. Die Regierung weiß seit menr als dreißig Jahren von diesem Flughafen. Es wird auch berichtet, daß dieser Dr. Martiniano der Regierung das Anrecht auf den Flughafen überlassen habe. Außerdem hatte ja die Regierung bei den militärisenen Invasionen von 1964 und 1965 den Flughafen selbst benutzt. Und schließlich sagen die Militärs selbst, daß ihnen die Guerilla dort einen Hubschrauber und ein Flugzeug heruntergeholt hat - aber heute sagen sie, daß sie diese Landebahn might kennen würden ... Also dort in LAS FERLAS fingen die Bombardierungen an, und die Familien, die in der Nähe wohnten, mußten in die Berge fliehen. Sogar wir sahen die Abwürfe und hörten die Detonationen, obwohl wir einen Tagesmarsch entfernt leben. Also haben wir eine Abordnung von Compañeros dahin geschickt, um herauszubekommen, was da los war, aber da kamen auch schon die anderen Familien, die zu uns in den Busch geflüchtet waren und uns warnen wollten. Wir hatten inzwischen schon damit begonnen, Versammlungen abzuhalten, und so nach und nach wurde uns klar, daß diese Aktion nicht gegen die Guerilla gerichtet war, sondern daß das eine neue Invasion vom PATO war. Die Gemeindeversammlung ('comunal') fing dann damit an. die Compañeros zu versorgen und Leute zu informieren, um gegen diese Sache zu protestieren.

- F: Companero, ist das die erste militärische Invasion im PATO?
- A: Neim. Compañero, mit dieser sind es bereits drei.
- F: Könnt far uns etwas über die beiden vorangegangenen sagen?

- A: Naja, ich kenne mich da nicht so gut aus, weil ich noch nicht so lange im PATO lebe, aber ich habe natürlich viel darüber erzählen hören. Die erste Invasion war so um 1953, 1954, 1955, die zweite in den Jahren 1964 und 1965. Danach wurde die ganze Zone für einen Zeitraum von rund 10 Jahren verlassen. Schließlich gab uns die Regierung wieder die Erlaubnis, dort zu siedeln, wollte. daß wir dort wieder arbeiten sollten und kündigte ein Programm zur Förderung der Landwirtschaft in dieser Zone an. Außerdem versprach sie uns Sicherheit, daß wir dort in Ruhe siedeln könnten, ohne daß uns etwas passieren würde. So gingen also wieder Siedler in diese Zone. Zuerst die alten Bewohner des PATO, zu denen einige neue hinzukamen, darunter auch ich. Ich bin jetzt seit 5 Jahren in dieser Zone, und jetzt passiert uns also wieder das gleiche: Unter dem Vorwand, die Guerilla anzugreifen, fielen sie erneut in die Zone ein und zwangen uns praktisch, diese zu verlassen, weil sie uns nicht glauben. Mach Meinung der Regierung sind wir von der Guerilla geschickt. Das stimmt aber nicht, denn wir haben gar keinen kontakt mit ihr. Die Guerilleros kommen vorbei und sagen Guten Tag und wir grüßen zurück. Es ist genau wie in anderen Gegenden des Landes, wo auch Guerilla ist. Aber deshalb braucht man uns noch lange nicht als Guerilleros zu behandeln und uns zu bombardieren und aus der Luft zu beschießen, ganz so, als ob wir uns gegen die Regierung erhoben hätter. Nein, Companeros, wir wollen mit allen in Frieden leben. Aber sie zwangen uns auf diese Art, das Gebiet zu verlassen. Sie haben uns vorher noch nicht einmal was gesagt, damit wir uns in Sicherheit bringen können, denn schließlich ist das Leben ja mehr wert als alles andere. Und so haben wir unsere Parzellen verlassen, bevor sich die Militars noch weiter ausbreiten würden, denn wir wußten schon, daß diese Invasion genauso schlimm oder vielleicht noch schlimmer als die vorangegangenen sein würde. Und daß sie zu Land vorrückten und schon vor drei Tagen die Kordillere überquert hätten und alles durchkämmen würden, aber versteckt, nicht auf den Wegen, um nur ja nicht gesehen zu werden.
- F: Was für kriegsmaterial hat das Heer bei der Invasion der kolonisierungszone vom PATO eingesetzt, und gibt es ungefähre Zahlenangaben über die Anzahl der Soldaten?
- A: Wir haben die ungefähre Angabe, daß es sich um 4 Bataillone handelt, zusätzlich zur Luftwaffe, die anfing, die Zone zu bombardieren.
- F: Während die vorherigen Regierungen behaupteten, daß Ihr Liberale seid, die durch die Violencia heimatlos geworden sind, erdreistet sich die jetzige Regierung, die ja immerhin eine liberale Regierung ist, ständig zu behaupten, daß Ihr kommunisten seid, um damit zu verhindern, daß Ihr kritisiert, daß eine liberale Regierung ihre eigenen Parteigenossen umbringt und verfolgt. Wie seht Ihr das, Compañeros?

- A: Die Härte der politischen Gewalt (Violencia), die in der Epoche von Laureano Gomez ausgeübt wurde, war es, die die früheren Siedler dazu zwang, sich ins PATO zu flüchten. Ich zum Beispiel komme aus dem (Departement) VALLE. Wir hatten mit meiner Mutter einen mehr oder minder einträglichen kleinen Bauernhof, oberhalb vom RIO TULUA, und wir mußten ihn vollständig verlassen. Dieser Hof lag in einem Ort namens LAS ESMERALDAS. Dort lebten und arbeiteten wir. In jenem Juli hatten wir schon die Kaffeesträucher gesäubert und ein Stück Land gerodet um Mais und Bohnen anzubauen, als einige Verwandte und Freunde von uns auf dem Weg überfallen und umgebracht wurden, umgebracht von politischen Gegnern, d.h. von konservativen, die bewaffnete Gruppen (Pajaros) gebildet hatten und in dieser Gegend operierten. Sie brachten noch viel mehr Bauern um, und dann Angst, und die Ankundigung, daß sie uns alle ausradieren würden! Wir sahen uns gezwungen, die Gegend zu verlassen, und als wir den Entschluß dazu gefasst hatten, sind wir in die Stadt BUGA gegangen, wo wir das Begräbnis unserer Verwandten abgewartet haben. Danach sind wir nach VILLA COLOM-BIA bei CALI gezogen. Dort sind wir 7 Jahre lang geblieben, ohne aber in dieser Zeit zu etwas zu kommen, denn ein Fremder hat es dort sehr schwer. Deshalb sind wir dann ins Departement SANTANDER gegangen, wo wir aber auch nichts zuwege gebracht haben. Einer meiner Brüder war schon dahin vorausgegangen und hatte eine Parzelle gekauft. Dabei hat er einen Kolonisten aus dem PATO getroffen, der ihn dorthin mitgenommen hat. So hat uns dann mein Bruder geschrieben, daß der Boden im PATO gut ist, und daß wir alle dort arbeiten könnten. So bin ich dann voraus und die ganze Familie kam hinterher, und so haben wir mit aller Kraft und der Hilfe unserer Compañeros ein Häuschen gebaut und alles so mach und mach voran gebracht.
- F: Compañero, können Sie uns erzählen, wie der "comunal" (Gemeinderat) in der Gegend vom PATO funktioniert?
- A: Es gibt dort drei "comunales" (Räte), früher hießen sie "Juntas de Acción Comunal" (vom Staat geschaffene Gemeindeorganisation), heute heißen sie 'comunales', denn letztere sind von uns selbst geschaffen worden, nach unseren Bedürfnissen. Ja, jetzt gibt es vier 'comunales', die jeweils zu den Orten LOS ANDES, EL OSO, ALTO PATO DE SAN JORGE und ROVIRA gehören. Diese Gemeinderäte funktionieren gut, und so muß es ja schließlich auch sein, denn sonst hätten wir sie schon längst abgeschafft. Also sind diese Räte uns nichts Fremdes. Wir haben sie ja selbst geschaffen. Wir unterstützen sie und sorgen für ihre Funktionstüchtigkeit. So können sie sich auch nicht in Instrumente irgendeines Politikers verwandeln, wie es mit den "Juntas de Acción comunal" geschieht. Wir haben keine Probleme mit Grenzziehungen oder irgendwelchen anderen Sachen. Der Gemeinderat löst das immer zur Zufriedenheit aller Parteien. ohne sich auf eine der beiden Seiten zu stellen, denn wir, die wir die Frucht der Violencia sind, haben gelernt, daß all das mit der konservativen und der liberalen Partei dazu gemacht ist, um uns zu entzweien, uns Bauern, während die in den hohen Rängen die Beute nach Hause tragen.

- F: Was geschieht, wenn ein Führer im Rat nicht seine Pflicht erfüllt?
- A: Dann setzen wir ihn ab, dann versammelt sich der ganze Ort und diskutiert und sucht einen Nachfolger. Und wir sagen dann dem Compañero, daß uns der Neue besser gefällt.
- F: Was sagen Sie zu den Behauptungen der Regierungen, daß die Leute in den Räten Guerilleros der FARC sein sollen?
- A: Schau mal, Compañero, das ist genau der Vorwurf, den uns die Regierung macht, um uns anzugreifen. Ich bin in ganz Kolumbien gewesen, und nirgends habe ich eine Organisation gefunden, die sich so um uns bemüht wie die Comunal, denn diese ist aus unseren eigenen kräften erwachsen. Der PATO ist die Gegend, in der es sich am besten leben läßt, naja, leben ließ. Das ist die Erfahrung aus den fünf Jahren, die wir dort leben. Dort gibt es keinen Raub, keine persönlichen Streitigkeiten. In den fünf Jahren, die ich dort lebe, habe ich noch keinen gesehen, der in persönlichen Streitereien verletzt worden wäre, und auch noch nicht davon gehört, dabei ist das überall an der Tagesordnung, nur da nicht. Da greift keiner einen anderen an und alle sind sehr hilfsbereit, höflich und halten zusammen. Dort haben wir wirklich Formen von Gemeinschaftsleben entwickelt.
- F: Compañero, reden wir etwas über die aktuelle Situation. Ihr seid dann nach NEIVA (Departementshauptstadt von HUILA) marschiert, um gegen...
- A: ... die Militärinvasion zu protestieren und um von der Regierung die Einstellung der Verfolgung von Siedlern und eine schnelle Lösung unseres Problems zu fordern, denn wir haben allen unseren Besitz zurückgelassen: Hühner, Rindvieh, Schweine und unsere Felder, die Bohnenernte stand kurz bevor. Auch der LULO müßte geerntet werden. Und das ist auch wichtig: Diese Zone produziert Getreide, das in Neiva und im HUILA überhaupt gut verkauft wird. Und Bohnen, Erbsen, Mais, was alles in HUILA gegessen wird, kommt aus unserer Region. So sind nicht nur die Siedler die Leidtragenden. Die Regierung sagt, daß mit dieser Aktion die Guerilla bekämpft werden soll, aber die Guerilla ist nicht in den Zonen, in denen gearbeitet wird. Kann sein, daß sie in den bergigen Gebieten ist, aber warum suchen sie sie denn dann nicht da? Die wissen aber sehr gut, daß sie innerhalb der Güter keine Guerilleros finden werden, sondern daß das nur ein Vorwand ist, um uns zu verjagen.
- F: Wurde es Euch von der Armee untersagt, die Region zu verlassen?
- A: Die Armee hat den Ort LAS PERLAS bombardiert, und wir haben mit dem Exodus angefangen und sind Richtung BALSILLA gegangen; als wir an dem ersten Militärposten anlangten und ein Leutnant uns fragte, was das denn solle und wer uns eigentlich befohlen hätte, das Gebiet zu verlassen, haben wir ihm gesagt: "Nein, Leutnant, uns hat niemand befohlen, hier

wegzugehen, nur die Bombardierungen haben uns befohlen. die Gegend zu verlassen." Und ein anderer Companero hat zu ihm gesagt, "daß die Flugzeuge über uns brummen und aus den Hubschraubern scharf geschossen wird, das hat uns dazu gebracht, wegzugehen. Niemand hat uns befohlen, wegzugehen, aber niemand hat uns auch gesagt, daß wir wieder eine Invasion erleben würden." Denn das hatten wir immer die Regierung gefragt, und die Regierung hatte immer gesagt, daß die Zone nicht mehr besetzt würde und keine Invasion mehr erleben würde. Der Leutnant meinte, daß wir von jemandem geschickt worden sein müßten, daß wir selbst ganz alleine nie auf diesen Gedanken gekommen wären. Wir haben ihm geantwortet, daß die Invasion vom GUAYABERO und dann vom PATO der Grund dafür sei, daß wir die Gegend verlassen würden, um dabei nicht das Leben zu verlieren, wie es einigen Leuten bei den zwei vorangegangenen Invasionen passiert ist, und um die Konsequenzen der Invasion zu erleiden, unter denen die alten Siedler gelitten haben, und von denen sie uns erzählt hatten. als die Familien in den Bergen Zuflucht suchten und dort viele von ihnen vor Hunger oder Kälte starben oder sie, bedrängt vom Heer oder um ihre kleinen Kinder nicht verhungern zu lassen, sie diese in die Flüsse warfen. Also wollten wir diese Erfahrungen nicht erdulden, und deshalb organisierten wir den Marsch nach NEIVA. Dort in BALSILLA sagte uns der Leutnant, daß sie schon wüßten, daß wir marschieren würden und daß sie schon einen passenden Ort für uns gefunden hätten. Aber wir antworteten ihnen, daß wir schon genau selbst wüßten, wo wir hinwollten. Wir haben den Marsch fortgesetzt bis zu dem Punkt, den wir uns ausgesucht hatten und kamen an einem Montagnachmittag an. Sofort bemerkte das die Regierung, und am Tag darauf kam der Gouverneur des Departements und der General und sagten. daß sie mit uns reden wollten, um das Problem zu lösen. Der Gouverneur sagte, daß ihm alles aus den Händen gleiten würde, weil das nicht sein Hoheitsgebiet sei und zum Departement CAQUETÁ gehören würde, aber daß es trotzdem zu einer Einigung kommen könnte, da er mit dem Sekretär der Intendanz (vom CAQUETÁ) zusammenarbeiten würde, und sofort ergriff der Sekretär das Wort und meinte, daß es eine Übereinkunft geben würde und deshalb ja alles kein Problem sei. Wir sagten ihm, daß wir wohl wüßten, daß diese Region nicht zu HUILA gehören würde, und daß wir gerade deshalb nach NEIVA (Hauptstadt von HUILA) gehen würden, weil HUILA die Produkte nutzt, die wir produzieren.

- F: Machte Euch die Regierung konkrete Vorschläge? Welche waren es? Fordertet Ihr die Entmilitarisierung der Zone?
- A: Ja, Compañero, wir forderten die Entmilitarisierung der Zone, um auf unsere Parzellen zurückkehren zu können. Der Kommandant der IX. Brigade in NEIVA, dieser Herr heißt Luis Enrique Rodriguez Botiva... also man sagte uns, daß man alles Mögliche unternehmen werde, um dieses Problem zu lösen, und daß wir nicht weitermarschieren sollten, daß sie es auf keinen Fall erlauben würden, daß wir in NEIVA ankämen, denn wir würden dort nur Unruhe stiften und das wäre es ja auch genau, was sie uns befohlen hätten, gut und schön,

daß wir Subversive wären.

- F: Wieviele Personen waren bei dem Marsch dabei?
- A: Mit Frauen und kindern waren wir 3.160 Personen.
- F: Blieb irgendeine Familie oder Einzelperson in der Zone zurück?
- A: Nein, Compañero, wir alle sind weggegangen. Wir haben vollzählig die Region verlassen. Aber alles blieb zurück: unsere Felder, unser ganzer Besitz, Werkzeug, Decken, alles, alles.
- F: Was fordert Ihr jetzt genau?
- A: Wir fordern von der Regierung, daß sie uns zurückkehren läßt, ohne Lebensgefahr für uns, und wenn das nicht der Fall sein sollte, daß sie uns für die durch die Invasion verursachten Verluste entschädigt, denn für uns sind ja die Tiere wie Hühner, Schweine, Rinder, schon längst verloren. Wir haben auch gehört, daß das Zinkblech, mit dem wir Unterstände bauen wollten, ebenfalls verloren ist, weil die Armee damit ihre Quartiere gebaut hat. Auch die Kaffeeernte... in diesen Gebieten haben wir eine gute Saatzeit im Oktober und November, aber all' das ist verloren, weil jetzt der Regen aufhört. Auch die Bohnen, die wir gesät hatten, konnten wir nicht ernten.
- F: Könnt Ihr uns was über die Genossenschaften erzählen, die Ihr aufgebaut habt? Wie funktionierten sie, erhielten sie Unterstützung...
- A: Nein, Compañero, diese Genossenschaften wurden mit den Beiträgen der einzelnen Witglieder aufgebaut, ohne fremde Hilfe. Es wurde erst darüber geredet, und dann ein Plan gemacht und ein Antrag gestellt, weil die Regierung angeblich über die Caja Agraria (Landwirtschaftskasse) Kredite an arme Bauern vergeben wollte, damit diese Genossenschaften einrichten könnten. Aber wir sammelten ungefähr 50 000 \$ Pesos unter uns Siedlern, und so fing praktisch die Kooperative EL GUATABAL an, und nach einiger Zeit hatte sie schließlich ein Vermögen von 140 000 \$. Das Militar wollte diese Kooperative auch gerne kontrollieren. So zum Beispiel ließen sie uns keine Büchsen binbringen, wie kondensmilch oder Sardinen, weil es hieß, daß das für die Guerilla sei. Und heute sagen sie, daß diese Kooperativen nicht mehr funktionieren dürfen, weil sie von der Guerilla gegründet worden seien und diese dort einkaufen würde.
- F: Gibt es einen ausdrücklichen Befehl, daß diese Kooperativen nicht mehr weitergeführt werden dürfen?
- A: Naja, wir wissen nicht, ob es ein desetz oder einen Befehl dieser Art geben wird. Sie sagen ganz einfach, daß die in Zukunft nicht mehr weiterlaufen würden, weil diese Genossenschaften der beste Weg wäre, um der Guerilla Nachschub zu ließern. Dabei bringt die Genossenschaft nur Nachschub

- für die Bauern in der Zone. Also, alle Mitglieder der Genossenschaft erbringen eine Einlage, um sie zu unterstützen. Und von nun an gingen die Mitglieder nicht mehr selbst, um die notwendigen Güter zu beschaffen, sondern warteten, daß dies die Genossenschaft alle 8 Tage für sie tat. Stellen Sie sich vor, Nachschub für 3 000 Fersonen! Die Kooperativen hatten alle Hände voll zu tun, und da kommen die Militärs und sagen, die Lebensmittel wären für die Guerilla. Essen wir vielleicht nicht?
- F: Was geschieht mit den Kooperativen, jetzt, wo das Militär die Zone kontrolliert?
- A: Wir haben erfahren, daß die Genossenschaft von GUAYABAL vom Militär besetzt worden ist. Das gleiche ist mit der Schule passiert, dort sind ebenfalls die Militärs untergebracht, und nach unseren Informationen gibt es dort keine Waren mehr, alles hat das Heer aufgegessen, es gibt keinen Stacheldraht mehr, keine Werkzeuge, noch Lebensmittel, nichts ist mehr übrig. Wir hatten dort Macheten, Draht, Hufeisen, Lebensmittel, Saatgut und sie haben mit allem aufgeräumt, d. h. es ist nichts mehr übrig von dem, was wir zurücklassen mußten. Das Gleiche geschah nach unseren Informationen in der anderen kooperative, der in ROVIRA, wo es auch eine vom ICCE (Institution für Schulbauten) gebaute Schule gab.
- F: Ihr habt einen Führer, Humberto Moncada, der vom Militär festgenommen wurde, was war sein Schicksal?
- A: Der Compañero Moncada wurde festgenommen, zur IX. Brigade gebracht und dort gefoltert. Der F'2 (Geheimdienst des Heeres) nahm ihn fest und folterte ihn, und dann brachten sie ihn zur Brigade, wo er verhört wurde. Nach 8 Tagen wurde er unter der Bedingung freigelassen, daß er ein Papier unterschreiben sollte, worin er die gute Behandlung von seiten des Militärs bescheinigt; um die Freiheit zu erlangen, muß der Gefolterte ein solches Papier unterschreiben! Wir finden es ungesetzlich, daß die "Behörden". nachdem sie solche Vergehen begangen haben, die Menschen auch noch zwingen, solche Dinge zu unterschreiben. Den Companero haben sie 6 Stunden lang an den Händen aufgehängt, dann nahmen sie ihn runter und banden ihn fest und verhörten ihn und schlugen ihn ins Gesicht und stießen ihn in eine Grube, aus der sie ihn erst einen Tag später wieder herausholten, und ihn dann der Brigade übergaben. Denn von diesem Compañero behaupteten sie, daß er weder Fräsident der Kooperative noch des Rates, sondern ein Guerillero sei. Sie nannten ihn den "Leutnant Moncada".
- F: Compañero, warum erzählen sie uns nicht von der Straße, die das Heer in dieser Gegend baut um die Region des PATO zu öffnen und an die Zentren anzuschließen?
- A: Genau diese Straße wurde vom Heer vor viereinhalb Jahren angefangen. Es wurde ein Vertrag unterschrieben, um die Straße bis San Vicente zu bauen. Vorher hatte dort eine zivile Gesellschaft gearbeitet. Gleich als das Militär

die Arbeiten übernahm, ahnten wir, daß es eine neue Invasion im PATO geben würde. Also sind wir losgegangen und haben die Sache untersucht. Kurz danach wurden wir Siedler alle zu einer Versammlung nach LA COLONIA befohlen. Dort empfing uns der Coronel, ich erinnere mich nicht an seinen Namen, er fragte uns nach allem Möglichem und versicherte uns dann mehrmals, daß sie unter keinen Umständen bei den Bauern requirieren oder diese sonstwie belästigen würden, und ungefähr zwei Jahre lang haben sie sich wirklich daran gehalten.

Dann aber fingen die Requirierungen an, die Personenüberprüfungen, die Nachforschungen nach Guerillas, ob wir dies
oder jenes wüßten, und wir mußten eten reden...
Zum Schluß war die Situation sehr kritisch, denn sie ließen
uns aus den Wagen steigen und die Einkäufe ausladen, um
Stück für Stück zu überprüfen, und oftmals zwei oder dreimal dieselbe Ladung! Das war einfach unerträglich, Companeros, ot es regnete oder nicht, immer diese Schickane.
Wir sind im Juni nach Bogotá gefahren, um gegen diese Dinge
zu protestieren und um die Regierung zu bitten, mit dieser
Verfolgung aufzuhören. Die Regierung in Bogotá aber lehnte
ab und behauptete einfach, daß sie uns sehr gut behandelte
und daß wir uns keine Sorgen machen sollten, weil sie in
keinem Koment daran dächte, EL FATC zu besetzen, daß sie
auf keinen Fall eine Invasion machen würden.

- F: Compañeros, erzählt uns etwas über die derzeitige Situation in NEIVA. Wir haben gehört, daß es einigen Kindern sehr schlecht gehen soll und daß es fast keine medizinische Versorgung geben würde.
- A: Ja, Compañeros, die Situation im Stadion von NEIVA ist schrecklich. Einige Kameraden von uns haben das Stadion inzwischen verlassen und sind zu Freunden und Verwandten gezogen. Jetzt sind ungefähr 2.560 Personen im Stadion, davon 818 kinder unter 10 Jahren. In den letzten 10 Tagen sind 6 von ihnen gestorben, letzte Woche starben drei. Kinder und Erwachsene haben viele Krankheiten, Erbrechen und Magenschmerzen. Die Ernährung ist völlig unzulänglich, es gibt kein Fleisch, nur Yuca, Bananen, kartoffeln und Reis. Essen gibt es überhaupt nur dank der Unterstützung und der Solidarität des Volkes. Mur deshalb konnten wir ien kampf bisher fortsetzen, denn, Compañeros, es ist wirklich ein kampf, den wir, die Siedler vom PATO hier führen. Aber uns fehlt es an Decken, an Betten, an kleidung, die Situation ist wirklich dramatisch.
- F: Haltet Ihr fest an der Entscheidung, im Stadion zu bleiben bis die Regierung Eueren Forderungen zustimmt und die Soldaten aus dem PATO abziehen?
- A: Heute ist die Antwort der Regierung, daß sie ihre Truppen nie mehr aus dem PATO abziehen wird. Ganz im Gegenteil, daß sie ständige Militärbasen dort errichten wird, damit das Heer dort präsent ist, und daß wir an einen Abzug des Militärs erst gar nicht denken sollten. Aber wir fordern, daß sie, wenn sie schon in der Zone bleiben wollen, wenigstens die Zone entmilitarisieren, daß sie in ihren Stützpunkten bleiben und uns nicht behelligen, denn wir brauchen

sie nicht, es ist schließlich eher so, daß ihre Anwesenheit immer zu unserem Wachteil war. Wir wollen ja nur arbeiten und ernten und unsere Einkäufe tätigen, aber nicht, daß uns das Heer auf unseren Höfen belästigt. Ich habe persönlich mit dem General gesprochen und habe ihm die Gesichtspunkte auseinandergesetzt, daß uns am meisten daran liegt, daß wir nicht mehr um unser Leben und das unserer kinder bangen müsser, und daß wir freien Zugang zur Zone brauchen und nicht mehr befürchten müssen, mitten in der Nacht zum Verhör geholt zu werden. Und daß sie endlich auch damit aufhören, einen nachts aus dem Bett zu holen und sagen "wir sind die Guerilla, bring uns da und da hin". Nachdem man dann eine Weile gegangen ist, heißt es "von jetzt ab geht es aufs Konto des Militärs, und du bist ein Kollaborateur der Guerilla, jetzt mußt du singen, sonst legen wir dich um". Und bei vielen Gelegenheiten haben sie die Compañeros auch wirklich gefoltert und umgebracht.

In der Presse erschien ein Fall, der in SAN JUAN DE ARAMA passiert ist, wo nachts ein Compañero aus dem Bett geholt worden war und zum Militärposten gebracht wurde. Dort folterten sie ihn drei Tage lang und dann ließen sie ihn frei und rieten ihm, in den Busch zu gehen, bis er von den Foltern wieder hergestellt wäre und drohten, ihn umzubringen, wenn er Anzeige erstatten sollte.

- F: In Kürze werden in NEIVA die Nationalen Olympischen Spiele stattfinden, und das Stadion, in dem Ihr Euch befindet, ist einer der Austragungsorte. Was habt Ihr gedacht, in dieser Hinsicht zu unternehmen?
- A: Ler Gouverneur hatte uns dazu gesagt, daß er uns aus dem Stadion ausquartieren würde, wenn wir nicht freiwillig gingen, und daß sie eine beträchtliche Summe investieren würden, um NEIVA zu verschönern und der Stadt damit auf nationaler Ebene ein gutes Ansehen zu verschaffen, und daß die Augen aller Kolumbianer vom 26. 11. an, dem Tag der Eröffnung der Nationalen Olympischen Spiele, nach NEIVA blicken würden, und daß er wegen einiger Siedler, die ihr Land verlassen haben, die Gelegenheit nicht versäumen würde, sein Departement den Augen der kolumbianischen Nation zu präsentieren. Als der Gouverneur nach Bogotá gereist war, um den Präsidenten Turbay zu den Spielen und der Einweihung des neuen Stadions einzuladen, wurde er vom Radio interviewt. "Mun, Herr Gouverneur, und was meinen Sie zu der Sache mit den Siedlern vom PATO?" und er antwortete "Also, ich glaube ja, daß dieses Problem schon gelöst ist." daß nämlich, zusammen mit den Oberbefehlshabern, schon entschieden worden war, die Siedler zu vertreiben. Aber sie sagen nicht, wie sie uns dort wegbekommen wollen, auf friedliche Art oder aber mit Gewalt.
- F: Und was gedenkt Ihr nun zu tun, Compañeros?
- A: Unsere Position ist die, solange im Stadion zu bleiben, wie unser Problem nicht gelöst ist. Und schließlich, wohin sollen wir denn gehen, Compañero? Wir haben einfach nichts, wo wir hingehen könnten. Wenn uns die Regierung das Problem löst,

dann gehen wir. Wir wollen uns ja nicht das Stadion aneignen, wir wissen, daß das Stadion ihnen gehört. Die Regierung, bzw. der Gouverneur sprach ganz öffentlich davon, daß sie uns mit Lebensmitteln und mit Zelten versorgen würden, aber das war eine Lüge, denn bisher haben wir noch nichts bekommen.

- F: Compañeros, Ihr habt eine Rundreise durch das ganze Land begonnen, um die Situation der Siedler von EL PATO bekannt zu machen. Was meint Ihr, welchen Solidaritätsbeitrag die ständischen Organisationen und die Volksorganisationen für Euch leisten können?
- A: Unsere ursprüngliche Idee war, unsere Situation bekannt zu machen, denn die Presse hat ja schon längst wieder aufgehört, darüber zu berichten - und das leider in einem für uns sehr dramatischen Moment. Außerdem erhoffen wir Protesterklärungen der verschiedenen Organisationen, sowohl den berufsständischen wie den politischen, von den "Juntas de Acción Comunal", den Studenten, der kirche und allen Demokraten. Wir möchten, daß sie sich für uns aussprechen, für unsere Bewegung, und daß sie von der Regierung die Lösung unseres Problems fordern, was heißt, daß die Bedingungen erfüllt werden, damit wir ohne Angst um unser Leben haben zu müssen auf unsere Höfe zurückkehren können. Und das muß bald geschehen, well die Bohrenernte naht und sich sonst unsere Verluste noch erhöhen. Auch erhoffen wir die moralische und finanzielle Solidarität dieser Organisationen, denn, wie ich ja schon vorher sagte, wenn wir bisher überlebten, dann dank dieser Unterstützung. Wir brauchen Nahrungsmittel und Medikamente, Decken und kleidung für die Kinder ...

Das ganze Land muß sich über die Situation klar werden, in der wir uns befinden. Das kolumbianische Volk muß fordern, daß die landwirtschaftlich genutzten Gebiete nicht verlassen werden, ganz im Gegenteil müßte die Regierung uns Sicherheiten geben, damit wir in Ruhe arbeiten können. Das aber macht die Regierung nur, wenn die Wahlen nahen... sagen, daß sie uns helfen werden, aber sieh mal, was mit uns passiert... die meisten Versprechen werden nicht einmal ansatzweise erfüllt.

- F: Wie schätzt Ihr die Position der Regierung ein? Meint Ihr, daß es sich um eine politische Verfolgung handelt?
- A: Aber ganz offensichtlich ist das eine politische Verfolgung! Wir vom PATO hängen am PATO! Es heißt, sie verfolgen Guerilleros, aber in Wirklichkeit zwingen sie uns Bauern, das Land zu verlassen... Wir glauben, daß die Argumentation der Regierung, daß eine militärische Präsenz in der Zone notwendig sei, einfach nicht stimmt. Denn wir brauchen sie nicht, da ich, wie ich Buch ja schon gesagt habe, noch keinen Verletzten in den fünf Jahren gesehen habe, die ich dort lebe, und auch noch keinen Konflikt zwischen Siedlern. Und wir kämpfen auch nicht gegen das Heer, so daß es uns als Gegner ansehen könnte. Sie wollen unsere Comunales und Genossenschaften physisch zerstören, und gegen die Compafieros, die an der Spitze dieser Organisationen stehen, ist

eine scharfe Verfolgung ausgelöst worden mit der Begründung, daß diese Compañeros Guerilleros seien und die Kooperativen zu deren Unterstützung Wären. Das ist eine politische Verfolgung! Wir wünschen, daß diese Verfolgung aufhört, denn wir wollen endlich unsere Ruhe haben. Wir sind seit 26 Jahren nicht zur Ruhe gekommen... Immer die gleiche Verfolgung, erst von seiten der konservativen Regierungen, weil wir Liberale waren, und nun durch die liberale Regierung, die behauptet, wir wären Kommunisten. Aber ist die Zerstörung von Aussaat und Ernten, das Abschlachten von Vieh ein Schlag gegen die Guerilla? Sind die Bombardierungen von uns Bauern eine Aktion gegen die Guerilla, oder etwa, daß das Filitär nachts auf den Hof kommt, alle Ecken durchsucht und schließlich auf die zum Trocknen aufgehängte Wäsche schießt, ist das eine Aktion gegen die Guerilla? Sie finden nichts, und wenn man dann gegen diese Behandlung protestiert, dann schlagen sie einen mit dem Gewehrkolben nieder.

- F: Habt lhr daran gedacht, einen Antrag auf Entschädigung für die entstandenen materiellen Schäden und den Verlust der Ernten zu stellen?
- A: Das schon, Compañero, aber wer könnte das von den Militärs fordern? Wir haben darüber öfter in unseren Versammlungen gesprochen, aber wir wissen nicht, an wen wir uns wenden könnten, an welche Institution wir unsere Forderungen richten können, damit diese sie an die Militärs weitergibt, schließlich leben wir ziemlich isoliert von irgendwelchen politischen Kungeleien. Hach unseren Erfahrungen kann niemand die Militärs zu irgendetwas verpflichten, nicht einmal der Präsident... vielleicht einfach deshalb, weil sie bewaffnet sind.
- F: Aber Compañero, die Gesetze können doch gar nicht derart verletzt werden, denn das würde ja heißen, daß hier eine Militärdiktatur herrscht...
- A: Wir verstehen davon nicht sehr viel, aber das einzige, was ich weiß ist, wenn das, was die Militärs machen, innerhalb der Gesetze ist, diese Gesetze ungerecht sind, und eine Regierung, die sowas akzeptiert, ist dann ebenfalls ungerecht, und man müßte sie ablösen.

# **GUATEMALA**

## Interview mit Vertretern des CUC

Über das Ausmaß der Repression in Guatemala, die sich in erster Linie gegen die indianischen Campesinos und ihre Organisationen richtet, haben die LN in den vergangenen Jahren immer wieder berichtet.

Im Anschluß an das Russel-Tribunal in Rotterdam waren zwei guatemaltekische Indios, Mitglieder des Comite de Unidad de Campesinos (CUC) in der Bundesrepublik. Bei dieser Gelegenheit konnte mit ihnen das folgende Gespräch geführt werden:

LN: Zuerst: wer seid Ihr und in welcher Organisation arbeitet Ihr?

Wir kommen aus Guatemala und vertreten das indianische Volk. Der spezielle Grund unserer Reise war, unseren Fall vor dem IV. Internationalen Russell-Tribunal darzulegen, den Fall der spanischen Botschaft. Wir sahen, daß es möglich ist, oder besser: daß es wichtig ist, andere Völker zu besuchen, wie z.B. das deutsche Volk. Wir sind also gekommen, um andere Völker über unsere Situation als Indios aufzuklären. Und wir sind auch als Vertreter unserer Organisation, dem Comite de Unidad Campesina (CUC), in dem die Mehrheit Indios sind, gekommen.

LN: Das CUC ist Mitglied im Frente Democratico contra la Represión, Ihr arbeitet mit ihm zusammen. Wie schätzt Ihr die Beziehungen der Indigenas zum Frente einerseits und zu den vier Guerilla-Organisationen andererseits ein?

Der Frente Democratico contra la Represión ist ein breiter Organismus, an dem alle Volksorganisationen teilnehmen, um ihren Kampf zu organisieren. Das ist der Grund, warum wir, die wir im CUC organisiert sind, am Frente beteiligt sind. Denn der Frente nimmt die Ziele unseres Kampfes auf, welche im Moment der Sturz des Lucas-Regimes und die Errichtung einer guatemaltekischen Regierung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Gleichheit sind.

LN: Thr seid also nicht der Meinung, da der Frente Eure Interessen nicht genügend vertritt?

Da der Frente ein Organismus ist, in dem alle Volksorganisationen zusammenlaufen, wird dort auch in der Tat das Volk der Indigenas vertreten. Der CUC, der zu 80% aus Indianern besteht, ist ja Beteiligter am Frente; in dem Fall besteht also schon eine Beteiligung des Volkes der Indigenas. Im CUC organisieren sich Quichés, Kachiqueles, Sotuiles, Achiles, Mams, Canjovales und andere Gruppen mehr.

LN: Sind die Indigenas auch in Führungspositionen vertreten?

Ja, es gibt eine totale Beteiligung unsererseits im CUC. Wir beteiligen uns nicht nur von der Basis aus, sondern wir beteiligen uns auch im Führungskörper, in der Leitung unserer Organisation. Und nicht nur wir Männer sind beteiligt, sondern auch unsere Frauen. Wir sind beteiligt an den Basisaktivitäten, wir sind beteiligt an der Organisation, wir sind beteiligt an der Organisation, wir sind beteiligt an der Orientierung, wir sind beteiligt an der Direktion, d.h. wir sind an der gesamten Struktur der Organisation beteiligt.

LN: Gibt es im Frente Democratico Gruppen, die die Bedeutung der Beteiligung der Indigenas, der Mehrheit der Bevölkerung Guatemalas, nicht akzeptieren oder nicht erkennen - nämlich, daß ohne Euch keine gerechte, revolutionäre Veränderung zustandekommen kann?

Zur Zeit gibt es innerhalb des  $^{\rm F}$ rente niemanden, der nicht mit der Beteiligung der Indigenas einverstanden wäre. Denn es ist unmöglich in Guatemala an eine Veränderung zu denken ohne unsere Beteiligung. Wir stellen 75% der Gesamtbevölkerung!

LN: Nun zu den Guerilla-Organisationen, die ja zum größten Teil marxistisch orientiert sind. Akzeptiert Ihr diese Gruppen oder meint Ihr, daß der Marxismus nichts mit den Problemen der Indigenas zu tun hat und man also auch nicht mit diesen Gruppen zusammen kämpfen sollte?

Als Mitglied des CUC kann ich zu keinem Moment sagen, daß die Guerillabewegung klar auf eine marxistische Linie fixiert wäre. Die revolutionäre Bewegung in Guatemala ist nicht zufällig entstanden. Schon gar nicht, weil irgend welche Kubaner, Russen oder Chinesen, wer auch immer, nach Guatemala kommen und sagen, man müsse eine Revolution machen. Wir Indigenas erleiden seit dem Jahre 1524 die Landvertreibung und den Landraub, die Vergewaltigung unserer Frauen, unserer Schwestern und unserer eigenen Mütter. Deshalb sind wir auch jetzt hier in Europa, um die ganzen Massaker, die bei uns geschehen, am Beispiel eines besonderen Vorfalles zu verurteilen. Es handelt sich um die Sache mit der spanischen Botschaft, bei der es um die Unverletzlichkeit spanischen Territoriums in unserem Lande geht. Dies erlaubt uns, unsere Situation der großen Weltöffentlichkeit bekanntzumachen.

Das heißt, unsere momentanen Ziele, das Regime zu stürzen, sind nicht willkürlich, sondern das Ergebnis einer langen historischen Entwicklung. Die Armee okkupiert zur Zeit Solola, El Quiché, Chimaltenango, San Marcos, Quetzaltenango, Totonicapan, Las Verapazes und die Südküste. Wir konnten nie mit ihnen verhandeln; nicht, weil wir nicht wollten, sondern weil sie uns die Türen geschlossen haben. Im Januar 1980 reiste eine Delegation von Quichés und Ixiles in die Hauptstadt, damit man sie dort anhöre. Aber wenige Tage nach der Ankunft und wenige Stunden nach der Botschaftsbesetzung gab man uns nur noch ihre verbrannten und massakrierten Leichen zurück. Es bleiben uns keine Möglichkeiten mehr zu verhandeln. Diese so schwierige Situation hat uns dazu gezwungen, unsere Ziele in diesem Moment sowohl auf der Ebene der revolutionären Bewegung als auch auf der der Volksorganisation zu setzen.

LN: Die vier Guerilla-Organisationen haben ein gemeinsames Oberkommando gebildet, von dem in der hiesigen Presse behauptet wird, es bestehe aus von Kubanern ausgebildeten Marxisten. Ist das so?

Die politische und militärische Ausbildung der Mitglieder der Guerilla geschieht nicht durch Marxisten, wei behauptet wird. Die Guerilla ist nicht erst vor drei Jahren entstanden, ihre Geschichte ist schon zwanzig Jahre alt. Sie hat schwere Schläge erlitten, wie in den 60er Jahren. Die gesamte revolutionäre Bewegung ist an der Wurzel in einer Geschichte von Kämpfen und Repression entstanden. In der Leitung der bewaffneten revolutionären Gruppen, bei den Dorfbesetzungen, den bewaffneten Propaganda-Aktionen, nehmen indianische companeros, arme Ladinos, Arbeiter und Studenten auf den verschiedensten Ebenen teil, auch in leitenden Stellungen mit Aufgaben der Direktion und der Koordination.

Man muß bei der Sache in Betracht ziehen, daß die Armee, die Regierung und die Reichen die Massaker und den Genozid in unserem Land rechtfertigen, indem sie sagen, sie bekämpften die Subversion und die Verbrechen der Guerilla und der marxistischen <sup>G</sup>rüppchen und weiteres dieser Art.

Die Wahrheit ist die, daß wir gar nicht den Marxismus angenommen haben können, weil wir, die Nehrheit der Guatemalteken, überhaupt nicht wissen, was dieses Wort bedeutet. Weil wir nicht die Mög-lichkeit eines Studiums haben, nichts über das Volk und seine Geschichte wissen. Was wollen wir denn damit anfangen, alle die Buchstaben, die wir da sehen, verstehen wir nicht. Unser Ziel ist, in einer Gemeinschaft nach dem Vorbild unserer Vorfahren zu leben. Das ist alles, was wir wollen.

LN: Seht Ihr deshalb eine Gefahr in diesen sog. marxistischen Gruppen oder glaubt Ihr, daß eine Zusammenarbeit mit ihnen ein wichtiger Schritt hin zu einem freien Guatemala mit einer den Indigenismus einbeziehenden Regierung sein könnte?

Es ist keine marxistische Bewegung, die in unserem Land entsteht, und wir suchen auch keinen marxistischen oder kommunistischen oder was auch immer für einen Staat. Wir wollen eine Gesellschaft, in der wir Indios auf fundamentale Weise das politische, ökonomische, soziale und religiöse Leben bestimmen werden.

LN: Was uns jetzt doch mal interessieren würde: gibt es Kubaner, ja oder nein?

Wir können nichts bestätigen, was wir nicht wissen. Wir haben keine direkten Beziehungen zur Guerilla. Was aber offensichtlich ist, das ist die Tatsache, daß man bei allen Besetzungen der EGP oder der ORPA bzw. bei Auseinandersetzungen der FAR sowie des Kerns der PGT nie die Teilnahme eines Kubaners, Nicaraguensers oder Sowjets bemerkt hat. Bei einer solchen Besetzung wird man sogar in der Hauptsache Indianer sehen. Wir glauben nicht an die Teilnahme solcher Leute. Ob sie möglicherweise auf hoher Ebene Beziehungen haben, können wir nicht beurteilen.

Was den CUC betrifft: ein volles Nein! An der Führung unserer Organisation nehmen Indios teil - in der Mehrzahl - und andere ethnische Gruppen, die Ladinos.

Man sieht das auch bei den Dorfbesetzungen der Guerilla und bei ihren Meetings, wo sie in reinem Dialekt sprechen. Sie stellen ihre Ziele in den entsprechenden Sprachen, in Ixil, Canjoval, Quiché, in jeder Sprache vor dem Volk dar. Daraus ersehen wir, daß sich das ganze Volk erhebt...

Im Fall des CUC werden die companeros an der Basis orientiert. Das geschieht in Quiché, Canjoval, Kachiquel, Sotuil usw. Da gibt es keine Marxisten. Das ist lediglich eine Rechtfertigung der Regierung, der Armee und der Reichen für die kämpferischen Antworten, die das Volk, das in diesem Augenblick in eine offensive Phase getreten ist, austeilt.

LN: Da Ihr schon von der Offensive sprecht: wie seht Ihr die Möglichkeit einer offenen militärischen Intervention?

Uns würde es nicht wundern, wenn es mit Amtsantritt Reagans eine Intervention geben würde, aber eine direkte und ungeschminkte, dem Interventionen hat es in unserem Land schon immer gegeben. Es gibt Hilfe der Gringos für die Armee Guatemalas; die Kaibibs, spezialisierte konterrevolutionäre Einheiten, die der Armee unterstehen, werden in Panama und den Vereinigten Staaten von den Gringos

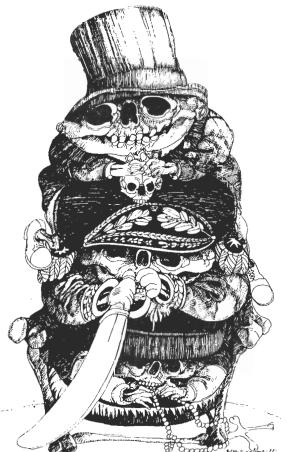
ausgebildet. Was wir in diesem Moment befürchten ist, daß es eine offene Intervention geben wird. Zu bedenken ist in dieser Hinsicht auch der Waffenverkauf an Guatemala, der über Israel und andere Länder abgewickelt wird. Es ist also nicht so, als ob es nicht jetzt schon Intervention geben würde. Wir fürchten nur, daß es jetzt offener werden wird.

Die andere Sache ist die, daß das Militär, das Lucas-Regime und die Besitzer der Ländereien, die in der Franja Transversal die Repression dirigieren und ausführen, durch die Wahl Reagans moralisch gestärkt worden sind und begonnen haben, das Volk stärker zu treten. Doch trotz allem ist die Moral in der Armee und sogar in der Regierung aufgrund der machtvollen Antworten des Volkes, der Streiks bei der Zuckerrohrernte, der Streiks bei der Kaffee-Ernte, der Streiks in den Baumwollplantagen, in den Fabriken, in den Universitäten, in den Oberschulen, aufgrund des Protestes der Christen und der Bewohner der Elendsviertel, tief am Boden.

LN: Wie wir festgestellt haben, ist die Situation für die Bevölkerung sehr gefährlich. Glaubt Ihr, daß die Bevölkerung Angst hat, oder dß sie für ihre Befreiung kämpfen will?

Vor allem fürchten wir uns natürlich vor dem schrecklichen Terror, in dem wir leben; aber in zweiter Linie kann man auch bemerken, daß das ganze Volk Mut faßt und sich bemüht. Wir, das ganze Volk: Kinder, Frauen, Alte, Männer sind bereit, für die Befreiung zu kämpfen. Un ser ganzes Volk sieht, wie der Kriminelle Lucas es unterschiedslos massakriert. Wir ziehen es vor, etwas zu tun, während man uns umbringt, als daß man uns tötet während wir in unseren Betten liegen, essen oder mit unseren Familien sprechen. Es ist immer noch besser, wenn sie uns töten, weil wir uns verteidigen.

LN: Glaubt Ihr auch, den Kampf gewinnen zu können?



NUEVA SOCIEDAD

In diesem Moment ist das Volk bereit zu kämpfen, und es hat schon begonnen zu kämpfen - gegen eine Minderheit, um sie zu stürzen. Es gibt nicht diese Angst, daß man sagt, ich versteck mich lieber, sondern man sagt, natürlich haben wir Angst, aber hier muß was getan werden. Denn es ist klar, daß die Regierung und das Heer Krieg gegen eine Mehrheit führen. So gibt es auch eine entsprechende Antwort, es gibt eine Entwicklung hin zum Volkskrieg. Die Streiks an der Küste, wo bei der Zuckerrohrernte mehr als 70 000 Arbeiter mobilisiert werden konnten, zeigen das. Und dort ist die Beteiligung der Indios umbestritten, denn sie sind die fundamentale Produktivkräft im Lande, sie sind es, die Kaffee, Baumwolle und Zuckerrohr anbauen.

Und auch bei der Kaffee-Ernte gab es etwas, was noch nie zuvor erreicht werden konnte. 10 000 Arbeiter wurden mobilisiert. Das heißt, es gibt eine Antwort. So z.B. auch im Quiché bei der Vertreibung der gesamten Geistlichen: nach drei Tagen reagierte das Volk mit Propagandaaktionen, verteilte Flugblätter in allen Gemeinden des Quiché und sabotierte die Straßen. Man konnte hunderte von companeros in zwei Stunden mit einer koordinierenden, orientierenden und dirigierenden Organisation mobilisieren.

Aber der Kampf wird nicht nur auf der ländlichen, sondern auch auf der städtischen Ebene geführt. Die Beteiligung der Studenten ist in letzter Zeit stärker geworden. Die Teilnahme der Christen ist heute völlig anders als in früheren Zeiten. Es gibt jetzt eine stärkere und klarere Linie: viele Priester leben im Untergrund, und andere haben die "guatemaltekische Kirche im Exil" gegründet. Die Beteiligung der Arbeiter mit Streiks in den Fabriken, ihre Solidarität mit den Streiks an der Südküste und ihren eigenen

Forderungen wird in immer stärkerem Maße kämpferisch. Die ganze Entwicklung der Selbstverteidigung ist in diesem Moment viel tiefer. Dies alles stellt eine einheitliche Antwort des Volkes dar. Das hat auch den Einigungsprozeß sowohl auf der Ebene der Volksorganisationen als auch auf der Ebene der Avantgardeorganisationen hervorgebracht. In Kürze wird eine gemeinsame Plattform und ein Regierungsprogramm ausgearbeitet und bekannt gemacht werden.

An dem Programm werden sich in der Ausarbeitung auch die Indios, Frauen und Kinder beteiligen.

Alle, die wir im CUC, CNT, FASGUA organisiert sind, werden beteiligt sein.

LN: Kann man sagen, daß die Mehrheit der 4 Millionen Indigenas schon organisiert ist? Und welche Rolle spielt der CUC quantitativ in diesem Kontext?

In der Hauptsache ist es momentan der CUC, der die Indianer vertritt und in dem eine mehrheitliche Beteiligung der Indianer besteht. Es ist allerdings schwer, genaue Daten zu geben, wieviele der 4 Millionen Indianer organisiert sind, denn wir haben nur ungenaue Kriterien. Das heißt z.B., die Wirkung eines Aufrufs kann ein Indikator sein: man kann erreichen, daß an der Südküste 70000 die Produktion fast völlig lahmlegen. An solchen Dingen messen wir unsere Kraft.

LN: Könnt Ihr uns etwas über die Gruppe ATANASIO TZUL sagen und ob es noch andere Organisationen gibt, die die Indigenas vertreten?

Es gibt auf der Volksebene verschiedene indigene Gruppen, die aber einen rein kulturellen Charakter haben. Zur Zeit gibt es aber keine andere Organisation außer dem CUC und natürlich den companeros, die in der CNT und der FASGUA organisiert sind, welche aktiv mit indianischer Beteiligung am Kampf teilnehmen. Das soll aber nicht heißen, daß die kulturellen Gruppen reaktionär sind, aber

ihnen fehlt im Moment die Fähigkeit, richtig zu analysieren, um sich in den großen Kampf des Volkes zu integrieren.

Auf der Ebene der Guerilla gibt es in Guatemala tatsächlich die Meldung von der Entstehung einer Guerillabewegung ATANASIO TZUL, aber bis heute haben sie nur zwei Aktionen durchgeführt, konkret in Totonicapan. Laut unseren Informationen setzt sich die Gruppe aus ehemaligen Militärs zusammen, aber mehr weiß man nicht. Sie erscheinen nicht wie z.B. die ORPA und sagen, wer sie sind. Die ORPA hat in wenigen Monaten 50-75 bewaffnete Propagandaaktionen - Dorfbesetzungen und Hinrichtungen - durchgeführt. Das sind Kriterien, die wir benutzen können um festzustellen: dies ist eine Volkscrganisation, die wirklich beteiligt ist. Daß sie es in der Praxis zeigt, beweist, daß es sie wirklich gibt und daß sie sich dem Einigungsprozeß anschließt.

LN: Wie stehen die zum Indigenismus tendierenden Indios, von denen Ihr spracht, zum CUC und zum FDCR? Wollen sie überhaupt den Kampf, der zur Zeit organisiert wird?

Das wollte ich eben ausdrücken, als ich sagte, daß sie nicht reaktionär sind, weil sie sich nicht am FDCR oder dem CUC beteiligen. In der Tat sind sie mit dem Kampf einverstanden. Aber sie haben noch Probleme, sich zu entscheiden und Klarheit zu gewinnen. Wir sind aber völlig überzeugt, daß es einen Moment geben wird, in dem sie einen qualitativen Sprung machen und sich dem großen Sturm anschließen werden...

Wir sehen heute, daß, wenn wir nur gegen die Diskriminierung kämpfen, dies nicht der richtige Zeitpunkt ist. Wir haben die Klarheit, Einsicht und Erkenntnis und kämpfen gegen die Respression, was in

der jetzigen Lage soviel heißt wie unser Leben zu verteidigen. Und wir kämpfen gegen die Ausbentung, die der fundamentale Grund für die Misere ist, in der wir leben. Die Ausbeutung, die Regression und die Diskriminierung geben Hand in Hand, und wir könne nicht nur gegen eine ein ihnen vergehen.

LN: Euer erstes 74 % dat also die Regierung zu stürzen, und das zweite, eine mehrheitlich von Indigenas getragene Regierung einzusetzen?

Genau das ist unser Ziel: eine Regierung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Gleichheit zu installieren. Was wollen wir damit sagen? Es muß eine Regierung unterschiedlich der Nicaraguas, der Kubas und der der UdSSR sein. Wir können nichts übernehmen, denn dies hier ist eine Sache, in der fundamental wir Indios kämpfen, um später aktiv am politischen, sozialen und ökonomischen Leben teilhaben zu können. Wir wollen z.B., daß das Land nicht mehr in Parzellen aufgeteilt wird, sondern wir streben an, es so zu mehen wie unsere Vorfahren. Wir wollen das Land gemeinschaftlich besitzen und gemeinschaftlich bebauen. Wir suchen ein Modell, das wie unser altes funktioniert, indem es die Befähigten, diejenigen, die die meiste Erfahrung haben, sein werden, die unser Volk führen und an der Macht teilhaben. Und wir suchen z.3., daß man uns respektiert und daß man uns unsere Religion ausüben läßt, daß man uns wie Indios denken läßt, daß man uns die Welt, die Entstehung der Welt und des Menschen wie Indios verstehen läßt. Damit wollen wir nicht sagen, daß wir die anderen Lebensweisen ausrotten wollen. Ganz im Gegenteil, von den anderen werden wir das übernehmer, was notwendig ist, um gemeinsam leben zu können. Wir kämpfen dafür, daß man unsere Sprachen respektiert und daß unsere Kinder in Quiché. Kakchiquel, Ixil und allen anderen Sprachen ethnischer Gruppen erzogen werden. Es ist nicht so, daß wir gegen das Kastellanische wären, denn wir brauchen es ja auch. Das würde bedeuten, gegen die Geschichte zu sein, gegen die Wissenschaft und den Fortschritt.

Wir wollen z.B. auch, daß man unsere Trachten respektiert, daß man sie uns tragen läßt. Ich z.B. benutze meine Tracht nicht mehr, denn diese Tracht kostet jetzt 150 Dollar, und der Indigena, der Quadrillero, verdient 3,20 Quetzal (1 Quetzal = 1 Dollar). Ein Pfund Bohnen kostet zur Zeit 75 Centavos. So verdienen wir praktisch nicht einmal genug, um die Tortilla, das Salz und das Chili, unsere traditionellen Nahrungsmittel zu erwerben...

Wir suchen aber nicht ein von den Kubanern oder Russen kopiertes System, wie es die Regierung behauptet. Sie sagen, es sind die Kubaner und die Russen, die unser Land infiltrieren - Lüge, es ist das Volk, das aufsteht gegen sie, weil sie es dazu gezwungen haben.

LN: Es gibt hier zwei unterschiedliche Auffassungen über die einzuschlagende Richtung unserer Solidaritätsarbeit. Die einen sagen, man sollte die Indianern in Guatemala helfen, indem man versucht, auf internationale Organisationen, die UNO und die Regierungen Einfluß zu nehmen, damit diesen Euer Problem bewußt wird. Gedacht wird dabei vor allem an eine indianische Vertretung in den Vereinten Nationen. Die anderen sagen, man müsse den direkten Weg wählen, d.h. die Indianer in ihrem Kampf gegen das Regime propagandistisch und vor allem materiell unterstützen...?

Grundsätzlich ist für uns zur Zeit die Unterstützung Deutschlands wie der ganzen Welt wichtig. Es muß aber eine Unterstützung der Organisationen des Volkskampfes sein, der zur Zeit geführt wird.

Damit wollen wir nicht sagen, daß es nicht wichtig ist, was die UNO oder die OAS tut. Es ist auch wichtig, daß von hier aus, von Euch, dem deutschen Volk, Druck ausgeübt wird, daß über unseren Fall gesprochen wird, daß er verurteilt wird, daß Solidarität geschaffen wird, daß die europäischen Völker verstehen, daß wir Opfer von Massakern, von einem Genozid sind. Und, daß es dem gegenüber auch eine Antwort git.

Für uns ist die effektivste Unterstützung im Moment die des Kampfes, der in <sup>G</sup>uatemala ausgetragen wird. Eine Sache ist, das Schweigen zu brechen, das über dem Kampf des Volkes steht. <sup>D</sup>ie europäischen Völker sollen nicht denken, wir seien Marxisten oder Kommunisten.

LN: Wir danken Euch für das Gespräch!

Wir danken Euch für die Möglichkeit, die Ihr uns gegeben habt, unsere Stimme, die der Indios Guatemalas, der Indigenas zu erheben – und wir bitten Euch, unsere Situation gut zu beobachten und uns auf effektive Weise im Rahmen Eurer Möglichkeiten zu unterstützen.

Wir wollen Euch auch sagen, daß wir als Vertreter des CUC in Europa sind, um im Fall des Massakers in der spanischen  $^{\rm B}$ otschaft vor dem IV. Russell-Tribunal auszusagen.

Im Namen unserer Organisation und unseres Volkes danken wir Euch mit einem kämpferischen und solidarischen Gruß. Wir hoffen auf Eure Solidarität!

## Russel-Tribunal '80



Das Vierte Russell Tribunal im November 1980, das die Weltöffentlichkeit über die aktuelle bedrohliche Situation der Indianer in Nord-, Mittel- und Südamerika informierte, wurde im Gegensatz zu den vorangegangenen Tribunalen in der hiesigen bürgerlichen Presse mit größerer Resonanz bedacht.

Nach dem ersten Tribunal 1967 zum amerikanischen Vietnam-Krieg, beschäftigte sich das zweite 1975/76 mit der Menschenrechtssituation in Lateinamerika. Anfang 1977 beschloß die Stiftung ihr drittes Tribunal über Menschenrechte in der BRD, die sie nach dem Radikalenerlaß gefährdet sah, abzuhalten. In zwei Verhandlungsrunden 1978 wurde so erstmals die innenpolitische Situation eines westlichen Industriestaates zum Thema – entsprechend scharf waren die Reaktionen.

Im letzten Tribunal endlich verlagerte sich die Problematik Menschenrechtsverletzungen wieder jenseits des Ozeans.Ins Blickfeld kamen die US-amerikanische Innenpolitik sowie mittel- und südamerikanische Regierungen.Diese wurden ernster Verletzungen des internationalen Rechtes,in einigen Fällen sogar des Völkermordes und kulturellen Völkermordes angeklagt.Die Jury behandelte 14 Fälle,davon 6 aus den USA und Kanada,zwei aus Mittelamerika und 6 aus Südamerika.

Den Arbeitsrahmen der Tribunale bilden das Völkerrecht und die Menschenrechte, die Gesetze der angeklagten Länder, sowie Verträge, Konventionen und Gesetzgebung im Kontext der zu verhandelnden Fälle. Grundlage ist dementsprechend der Artikel 1 des UNO-Abkommens über wirtschaftliche, kulturelle und soziale Reschte der Völker aus dem Jahr 1976: "Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechtes entscheiden sie frei über ihren politischen Status und verfolgen in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung. "Der Terminus 'Völker' wird zwar in keinem Abkommen definiert, aber es ist eindeutig, daß er sich auch auf die einheimischen Bevölkerungsgruppen erstreckt, deren ethnolinguistische Merkmale sie von anderen Populationen unterscheiden. Diesen einheimischen Völkern werden zwar im Völkerrecht weitreichende Rechte zugestanden, aber die Mittel zur Durchsetzung werden ihnen im Zusammenhang mit der politischen und ökonomischen Realität der abhängigen Drittweltländer verwehrt. Die Problematik erhält zusätzlichen Sprengstoff, wenn wie in einigen Ländern Südamerikas ethnolinguistische Bevölkerungsgruppen die Mehrheit der Gesamtbevölkerung bilden.

Nach einwöchiger Sitzung wurden die ins Blickfeld gerückten Regierungen allesamt für schuldig erklärt. Zugleich wurde der Vorwurf erhoben, bestimmte Missionsorganisationen arbeiteten mit Regierungen zusammen, Völker zu entrechten, ihre Sprache und andere Kulturelemente durch dominante 'weiße' Sprachen wie englisch, spanisch und die Einführung neuer Technologien zu ersetzen und somit einen Kulturimperialismus par excellence zu betreiben.

Um durch das Tribunal diese weltweit bekannt gewordenen Probleme in der Öffentlichkeit präsent zu halten und um in der Zukunft ein Forum für neue Aussagen zu schaffen,lautete eine Empfehlung des letzten Tribunals wie auch der vorhergegangenen, daß nicht-staatliche und zwischenstaatliche Organisationen Konferenzen,Lehrgänge und Kolloquien auf verschiedenen Ebenen – regional,national,global – veranstalten sollten,und zwar unter vollberechtigter Teilnahme der einheimischen Völker.

Abgesehen von allen juristischen und völkerrechtlichen Fragen, gewann eine allgemeine Erkenntnis auf dem Tribunal die Oberhand:Wo immer sich der Weiße und seine Gesellschaftsform etablieren, wurden und werden sie tödlich für die Menschen, die vor ihm dort lebten, oder für Völker, die andere gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Strukturen haben. Vielerseits mündete liese Feststellung in einer Kritik an der Industriegesellschaft, und es wurde der Einsatz für die Erhaltung oder Schaffung autonomer Lebensformen gefordert.

Wünschenswerte Ergänzung zu den bereits erfolgten moralischen Apellen an die betroffenen Regierungen und die Weltöffentlichkeit wären eine zunehmende Aktivierung der indianischen Zusammenarbeit, die auch eine Auflehnung gegen zentrale Macht und politische, soziale und kulturelle Unterdrückung bedeutet, welche abwechselnd als Amerikanisierung, Industrialisierung, Kolonialismus oder Imperialismus bezeichnet werden kann.

Ebenso sollte aber auch die nicht-indianische Zusammenarbeit z.B. in den Städten gefordert werden. Dahin tendierte auch die Aufforderung indianischer Vertreter an das weiße Publikum:Wir sollen uns mit unserer eigenen Entfremdung von kollektiven Lebensformen auseinandersetzen. Somit wäre die Zerstörung gemeinschaftlicher Beziehungen zwischen den Menschen entsprechend ihren Traditonen und die Zerstörung der Umwelt nicht nur ein indianisches Problem. Ohne Zweifel hat auf diesem Tribunal eine Sensibilisierung für die Kritik an der 'weißen' Industriegesellschaft stattgefunden, die den ausgebeuteten Völkern Nord-, Süd- und Mittelamerikas nicht als d-i-e erstrebenswerte Zivilisation ersc heint. Auf der anderen Seite sind die Aussichten für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in den betroffenen Ländern gering. Die zukünftige Außenpolitik der Reacan Regierung , die in Mittel- und Südamerika die Stützung der etablierten Regime vorsieht, wird dort kaum das Recht der einheimischen Bevölkerungsgruppen auf Selbstbestimmung fördern.



## ... und lebendiger als sie alle

Auch politische Menschen dürfen Gedichte lesen

wenn mir
mein deutscher freund
die zeitung übersetzt
sind da immer und immer
die nachrichten von
rauschgifttoten und selbstmord
das ist der unterschied
lächelt er
bei euch
killt man die leute
bei uns überläßt man es ihnen
sich selbst
beiseite zu schaffen

Dieses Gedicht ist der Sammlung "... und lebendiger als sie alle" entnommen, die als dritter Band bei Bernhard Bruscha erschienen ist. Der Verfasser ist Urs M. Fiechtner, der für Amnesty schon die beiden ersten Bände dieser Reihe erstellt hat, zusammen mit dem Graphiker Sergio Vesely. Fiechtner, 1955 in Bonn geboren und in Chile aufgewachsen, und Vesely gehören dem deutsch-lateiname-rikanischen "Autorenkollektiv 79"an, das durch Initiative des Lyrikers gegründet wurde.

Die besondere Situation Fiechtners ist es, die dem Buch, gerade

Die besondere Situation Fiechtners ist es, die dem Buch, gerade für den Leser in unerem Land die Möglichkeit gibt, sich darin wiederzufinden: er lebt als linker deutscher Schriftsteller in der BRD, beschreibt gleichzeitig die Wirklichkeit Lateinamerikas aus der Sicht des Lateinamerikaners, der er ist, und die Situation in dem Land, in dem er lebt, indem er die Lebenssituation und die Zusammenhänge zu Lateinamerika miteinander verbindet. Unterstützt werden die Gedichte durch Zeichnungen Veselys und durch eingestreute Zeitungsausschnitte, die vom jeweiligen Tag stammen, an dem die Gedichte verfasst wurden. Beim Lesen des Buches stößt man darauf, daß die Unterdrückung, die wir in Lateinamerika anprangern, auch bei uns Alltag ist.

Niemals zuvor hatten wir weniger Grund zu träumen

Niemals zuvor hatten wir weniger Recht das Träumen aufzugeben

"...und lebendiger als sie alle", erschienen bei Neuer Verlag Bernhard Bruscha, Tübingen 1980 in der Reihe Schriften für amnesty international.

## Zeitschriftenschau

BLÄTTER DES IZ3W Nr. 90, Dezember 1980

c/o iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Schwerpunkt des Heftes ist El Salvador: Krieg der Militärs gegen das Volk, Solidarität, Kirche kann nicht neutral sein,

Außerdem: Chile: Selbsthilfe und Widerstand, Richtlinien statt Knüppel und Zensur, Mut zum Kämpfen

ILA-INFO Nr. 41, Dezember 1980 Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

> Chile: Risse im Machtgefüge Nicaragua: Erste Errungenschaften

Brasilien: Arbeiterbewegung und Multis Teil 1

Länderkurzberichte und Nachrichten aus der Solidaritäts-

bewegung

GUATEMALA-NACHRICHTEN Nr. 5/1980 c/o Informationsstelle Guatemala

Friedrichstr. 25, 8 000 München 40

Thema: Trilateralismus und "Trilaterale Kommission"

mit weiteren Literaturhinweisen

ANTIIMPERIA LISTISCHES INFORMATIONSBULLETIN Nr. 1/1981

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

El Salvador: "Direkte US-Militärintervention - nicht auszuschließen. Erklärung der FDR zum "Friedensvertrag" mit

Bolivien: Putschisten im Zugzwang. Erklärung von Siles Zuazo. Gespräch mit Minenarbeitern

FORUM ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN Nr. 36, Dezember 1980

Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Bolivien: Vulkan vor dem Ausbruch

Kolumbien: Zur Amnestie

Bericht vom Seminar "Frauen in der 3. Welt"

Dazu Nachrichten und Informationen aus der Solidaritäts-

bewegung

CULTRUN Nr. 23 (Winter 1980), Postfach 3339, 8031 Zürich

Guatemala: Gespräch mit Priestern der "Kirche im Exil"

Nicaraqua: Nuestra Tierra, nuestra revolución

Basismedizin im Nordosten Brasiliens

Berichte über die OAS und die Strategie der Christdemokratie

PARAGUAY-RUNDBRIEF Nr. 27, Dezember 1980 c/o PAG, Sandbergstr. 45

61 Darmstadt

Die ökonomische und politische Bedeutung des La-Plata-Beckens

Südamerikas Diktaturen - Stützen des Westens

AKTUELLE NACHRICH TEN AUS DEN KIRCHEN LATEINAMERIKAS Nr.1

c/o ESG Essen, Universitätsstr. 2,43 Essen 1

Zusammenstellung von Meldungen zur Kirche in Lateinamerika

### Freiwillige Entwicklungssteuer

IN KURZE WIRD VOM ÖSTERREICHISCHEN INFORMATIONSDIENST FUR ENTWICKLUNGS-POLITIK DAS BUCH

### AKTUELLE BEITRÆGE ZUR ENTWICKLUNGSPOLITIK

HERAUSGEGEBEN VON MARGARETHA KOPEINIG UND KUNIBERT RAFFER, ERSCHEINEN

FOLGENDE BEITRÄGE KÖNNEN SIE IN DER PUBLIKATION

KUNIBERT RAFFER: "ÖLKRISEN, ÖLPROFITE UND ENERGIEVERSORGUNG - EIN BEITRAG ZUM ROHSTOFF-PROBLEM ERDÖL

ARNO TAUSCH: RUSTUNG UND PERIPHERER KAPITALISMUS

HANS HEINZ FABRIS/BENNO SIGNITZER: FUR EINE NEUE WELTINFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONS-

MARGARETHA KOPEINIG/KLAUS RITZBERGER: NICHT-KAPITALISTISCHE PRODUKTIONSWEISEN UND DER POSTKOLONIALE STAAT IN DER "DRITTEN WELT"

PREIS: 65,- ÖS/ 9,- SFR/ 9,- DM ZU BEZIEHEN ÜBER DEN ÖSTERREICHISCHEN INFORMATIONSDIENST FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK A-1010 WIEN; TUCHLAUBEN 8/6/16

### EL PARCIAL

GUATEMALA - EL LABORATORIO DE LA CONTRA REVOLUCIÓN CENTROA MERICA NA

Die Broschüre enthält neben einer kurzen Einleitung eine Pressedokumentation von ca. 126 Seifen. Sie ist nach folgenden Themenkomplexen gegliedert:

- sozio-ökonomische Struktur
- ausländische Beteiligung an Ausbeutung und Unterdrückung des guatemaltekischen
- Systematik der Repression
- Volkswiderstand (Gewerkschaften und Guerrillabewegungen)

Die Artikel sind in ihrer überwältigenden Mehrheit spanisch.

Ausgewertet wurden vor allem mexikanische und guetemaltekische Periodika.

Preis: DM 5,-

Bestellungen an die Lateinamerika-Nachrichten

### SOLIDARITÄT KOSTET AUCH GELD

Die Ausbeutung der "Dritten Welt" wird nicht enden ohne grundlegende politische und ökonomische Veränderungen bei uns.

Wir können nur dann neue Strukturen durchsetzen, wenn viele dafür eintreten. Andere zu überzeugen, erfordert persönliches Engagement - und Geld.

#### 1. Wir haben Geld für Sie

Viele entwicklungspolitische Aktionen scheitern an der Finanzierung. Vieileicht haben Sie gute Ideen und konkrete Pläne für entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit. Wenn etablierte "Dritte-Welt-Institutionen" Ihnen kein Geld geben wollen oder können, wenden Sie sich an

Möglicherweise können wir Ihnen heifen,

#### 2. Wir brauchen Geld von Ilmen

Unser gegenwärtiger Wohlstand ist gar nicht denkbar ohne die Ausbeutung der "Dritten Welt" in Vergangenheit und Gegenwart. Um dies zu ändern, geben wir eine regelmäßige an unserem Einkommen orientierte "Steuer" und unterstützen mit diesen "Steuergeldern" entwicklungspolitische Bewußtseinsarbeit und beteiligen uns an geeigneten Projekten in der "Dritten Welt".

Als Mitglied bestimmen Sie mit über die Verwendung Ihres (steuerlich absetzbaren) Beitrars.

(Mitgliederbeitrag: 2 - 3 % des monatilchen Einkommens; jährlicher Mindestbeitrag: 25,- DM (für Mitglieder ohne regelmäßiges Einkommen und fördernde Mitglieder).

AKTION SELBSTBESTEUERUNG E. V.

DURCH

GERECHTE

ENTWICKLUNGSPOLITIK

ash, Lerchenstr, 84, 7 Stuttgart 1